

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänemark, Ostpreußen und Memelgebiet, Österreich, Litauen, Lettland, Estland, 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Sachkunde und Kleinanzeigen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmahl.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Tönhoff 992-295
Verlag: Tönhoff 2306-2507

Freitag, den 13. März 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Telefon: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion der Telefontelegraphen, Telepostkassette Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig, Restzeile 4.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das selbstdruckte Wort 20 Pfennig (außer zwei selbstdruckte Worte). Jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellensuche das erste Wort 10 Pfennig, weitere 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben abhien für zwei Worte. Familienanzeigen für Wohnungszwecke 30 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abzugeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Die bürgerliche Sammlung gescheitert.

Der Loebell-Ausschuß gesprengt.
Marx - Hellpach - Jarres als Kandidaten aufgestellt.

Nachdem die Demokraten beschlossen hatten, der Kandidatur Gehler zuzustimmen und im Zentrum bereits eine Mehrheit für diese Kandidatur zu bestehen schien, kam es gestern abend im Loebell-Ausschuß zu einem erassen Konflikt. Den höheren Anseh zu gab eine Forderung des Zentrums auf eine Stunde Bedenkzeit. Die schroffe Ablehnung der Forderung veranlaßte Zentrum und Demokraten, den Loebell-Ausschuß zu verlassen. Der Ausschuß war damit gesprengt. Der Rest beschloß nunmehr, Dr. Jarres aufzustellen. Unmittelbar darauf beschloß der Parteiauschuß des Zentrums den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Marx aufzustellen.

Die Demokraten beschloßen die Aufstellung von Dr. Hellpach.

Die Wirtschaftspartei hat sich der Kandidatur des Loebell-Ausschusses wieder angeschlossen.

Der Vertreter der Bayerischen Volkspartei ist abgereist. Man spricht von einer Kandidatur Lechl.

Die Sozialdemokratie wird im Präsidentschaftswahlkampf getragen von dem festen Willen zur Republik. Sie will dem Deutschen Reich einen Präsidenten geben, der ein würdiger Repräsentant des deutschen Volkes ist. Sie hat Otto Braun als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Otto Braun ist der bewährte Staatsmann, dessen ruhiges Abwägen der staatlichen Notwendigkeiten, dessen unbefangener Blick für die Interessen des ganzen Volkes, dessen Pflichttreue und hingebende Tätigkeit für die wahren Interessen des Staates bis weit in bürgerliche Kreise hinein noch bis in die letzten Tage gerühmt worden ist.

Die Sozialdemokratie war nicht nur bemüht, dem Volke als Präsidentschaftskandidaten eine würdige Persönlichkeit mit dem Formate eines großen Staatsmannes zu präsentieren. Sie hat Wert darauf gelegt, die Aufstellung und Nominierung ihres Kandidaten in würdigen Formen zu vollziehen. Ihre Beratungen haben sich weder in jenen tumultuösen, reklamehaften und im Grunde genommen wenig würdigen Formen vollzogen, wie sie bei der Nominierung amerikanischer Präsidentschaftskandidaten üblich sind, noch in jenen Formen, die wir bei den Verhandlungen der bürgerlichen Parteien in Deutschland, die im Loebell-Ausschuß zusammenfanden, in den letzten Tagen erlebt haben. Die Haltung der Sozialdemokratie war getragen von Verantwortungsgesühl gegenüber der Autorität des künftigen Präsidenten. Denn für das Ansehen des künftigen Präsidenten der Deutschen Republik ist nicht nur maßgebend die Macht seiner Persönlichkeit, und nicht nur die Anzahl der Stimmen, die er bei der Wahl auf sich vereint. Die Formen, in denen seine Nominierung sich vollzogen hat, und die Art, wie der Wahlkampf für ihn geführt worden ist, müssen notwendig auf sein Ansehen im Inland wie im Ausland zurückwirken. Was das letztere anbetrifft, so ist jeder Kandidat, der auf die Stimmen der Rechtsparteien zählt, von vornherein in einer ungünstigen Situation. Wer es auch immer sei: er ist belastet mit der Tatsache, daß die Rechtsparteien noch vor dem Tode des ersten Präsidenten den Wahlkampf vorbereitet hatten in einer Weise, die nicht anders denn unwürdig und schmachvoll bezeichnet werden kann. Und zum ersten: Wenn es auch dem Sammlungsausschuß um Herrn v. Loebell gelungen wäre, am Ende doch einen gemeinsamen Kandidaten aller bürgerlichen Parteien aufzustellen, so wäre diese Kandidatur von vornherein diskreditiert gewesen durch die Verhandlungen, die von diesem Ausschuß hinter seinen Kulissen und um ihn herum in den letzten Tagen geführt worden sind. Dieser Sammlungsversuch des Ausschusses unter dem Vorsitz des Herrn v. Loebell war nicht nur unehrlich, nicht nur unwürdig, er war kläglich und lächerlich.

Dieser Versuch ist gescheitert. Er hat gezeigt, daß die Rechtsparteien, die den Loebell-Ausschuß als Instrument für ihre Versuche zum Bürgerblock geschaffen hatten, bei diesem Sammlungsversuch wahrhaftig nicht in erster Linie im Auge gehabt haben, dem deutschen Volke einen würdigen Repräsentanten zu geben. Sie verfolgten damit vielmehr ein politisches Manöver. Sie wollten die bürokratischen Mittelparteien in eine Situation hineinziehen, in der sie schließlich gezwungen sein würden, sich den Plänen der Bürgerblockpolitiker zu verschreiben oder die im anderen Falle zu einer politischen Diskreditierung dieser Parteien führen sollte, von der die Rechtsparteien sich willkommenes Angriffsmaterial erhofften. In

dieser Vermischung der Präsidentschaftskandidatenfrage mit den politischen Plänen der Bürgerblockanhänger tritt der starke Mangel der Rechtsparteien an Verantwortungsgesühl gegenüber dem Staat und gegenüber der Person des künftigen Reichspräsidenten zutage.

In der Art und Weise aber, wie die Rechtsparteien unter Benutzung des Loebell-Ausschusses dies politische Manöver durchgeführt haben, zeigt sich ihre vollendete politische Unfähigkeit.

Nun hat sich der Ausschuß des Sammlers Loebell glücklich auseinander gelammelt. Wenn Väterlichkeit politisch töten würde, so wären die Männer und Parteien der Rechten, die in diesem Ausschuß den Ton angegeben haben, heute politisch mausetot. Ihre Verhandlungen vom Mittwoch waren schon bunt und lächerlich genug, und doch nichts im Vergleich zu dem, was sie gestern geleistet haben. Die trodene und nüchterne Aufzählung des Ganges der Verhandlungen vom Donnerstag ist für jeden politisch Denkenden die Quelle eines unangenehmen Gelächters. Wir erzählen den Gang der Verhandlungen nach den Berichten, die die Beteiligten selbst darüber ausgegeben haben:

Die Demokraten hatten sich gegen 15 Stimmen für die Kandidatur Gehler entschieden. Der offizielle Beschluß des Reichsparteiaussschusses des Zentrums stand noch aus. Es ließ sich jedoch schon absehen, daß er in kurzer Frist fallen würde. Gegen 5 Uhr nachmittags hat deshalb das Zentrum den Loebell-Ausschuß, der zu seiner entscheidenden Sitzung zusammentreten wollte, um eine Stunde Bedenkzeit. Inzwischen hatte sich bei der Deutschen Volkspartei die Stimmung sehr stark gegen Gehler gewandt. Man wollte sich nicht an die Wand drücken und Herrn Jarres nicht so schnell in der Verrentung verschwinden lassen. Man hatte deshalb den Beschluß gefaßt, auf der Kandidatur Jarres zu bestehen. Den Deutschnationalen war inzwischen bei ihrem Wohlwollen für die Kandidatur Gehler sehr lau geworden. Man sagt, es hätten sich schriftliche und telegraphische Vorzeichen einer Rebellion ihrer Anhänger im Lande bemerkbar gemacht.

Beim Zusammentritt des Loebell-Ausschusses waren beide Parteien über die Forderung des Zentrums nach einer Stunde Bedenkzeit sehr ungehalten. Sie verlangten in ziemlich scharfer Weise eine sofortige Erklärung des Zentrums, ob ja oder nein. Die Zentrumsabgeordneten bestanden auf ihrer Forderung. Für sie legten sich die Vertreter der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei ein.

Aus dieser Differenz ergab sich eine einzig dastehende Diskussion. Man diskutierete über die Frage, ob dem Zentrum eine Stunde, d. h. 60 Minuten Bedenkzeit gewährt werden sollten. Diese Diskussion dauerte genau 38 Minuten, nach der Uhr gezählt. Es fehlten nur noch 22 Minuten, bis die geforderte Stunde herum war. Um das Maß der Väterlichkeit voll zu machen, war inzwischen bekannt geworden, daß der Reichsparteivorstand des Zentrums sich bereits mit 18 gegen 6 Stimmen für eine Kandidatur Gehler erklärt habe. Aber nach 38 Minuten Diskussion beschloß der Loebell-Ausschuß, die Forderung des Zentrums auf 60 Minuten Bedenkzeit abzuweisen. Die Zentrumsvertreter weigerten sich, sofort eine Erklärung abzugeben. Die Verhandlungen wurden darauf für abgebrochen erklärt. Die Zentrumsvertreter und die Vertreter der Demokraten verließen darauf den Saal, mit ihnen aber auch die Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei.

Nach diesem Ende des Loebell-Ausschusses beschloß der Reichsparteiaussschuß des Zentrums einstimmig, Dr. Marx als Präsidentschaftskandidaten zu nominieren. Der Kumpi-Loebell-Ausschuß nominierete Jarres.

Der Loebell-Ausschuß hat damit sein Ende gefunden. Aus dem Sammlerausschuß ist ein Sprengungsausschuß geworden. Es gibt in der politischen Geschichte nur eine Erscheinung, die sich mit diesem Loebell'schen Ausschuß messen kann, sowohl an Grobgrübigkeit des ersten Auftretens, wie an innerer Unfähigkeit und Väterlichkeit. Diese Erscheinung, die der Loebell-Ausschuß und sein Ende wieder in die Erinnerung ruft, steht den Machern dieses Ausschusses politisch sehr nahe. Es ist die Kapp-Regierung. Dieser Loebell'sche Sammlungs-ausschuß ist im Grunde genommen die zweite Auflage der Kapp-Regierung. Wie einst die Kapp-Regierung

magte er sich an, den künftigen Repräsentanten des deutschen Volkes und den künftigen politischen Kurs in Deutschland bestimmen zu wollen. Wie einst die Kapp-Regierung, wollte er den Diktator Deutschlands spielen — aber heute wie damals war keiner da, der sich von ihm diktieren lassen wollte. Wie einst in der Kapp-Regierung hatten die Machter dieses Ausschusses einen Mann, den sie selbst für keinen wirklichen Mann hielten, und wie einst die Kapp-Regierung suchten sie darum nach einem wirklichen Mann aus einem anderen Lager. Es ist ja bekannt, daß die Kapp-Regierung seinerzeit die Leute, die sie krampfhaft suchte, dort genommen hätte, wo sie sie hätte haben können, gleichgültig, ob Deutschnational oder Sozialdemokrat, ob Demokrat oder Zentrums-mann, ob Jude oder Antisemit. Wie einst die Kapp-Regierung wollte der famose Loebell-Ausschuß sein politisches Geschäft mit jedem anderen machen, nur nicht mit dem, den er zuerst auf den Schild gehoben hat. Wie in der Kapp-Regierung sind die Leute des Loebell-Ausschusses durcheinandergelaufen, ohne Ziel, ohne Konsequenz, ohne bewußten politischen Willen. Aus den Kreisen rund um die Kapp-Regierung ist seinerzeit das Wort gefallen, daß es dort zugegangen sei wie in einer Judenthule. Die Herren des Loebell-Ausschusses, die sich ähnlich benommen haben, haben nicht beachtet, daß, wenn man einen Papst wählen will, man ein Konklave veranstalten muß und nicht eine Judenthule.

Am 29. März wird das deutsche Volk zwischen mindestens fünf Präsidentschaftskandidaten zu wählen haben. Unter diesen Kandidaten steht Otto Braun, der Kandidat der Sozialdemokratie, weit voran. Seine politische Vergangenheit, sein Verantwortungsgesühl und seine Staatsgesinnung, die er in der Zeit seiner preussischen Ministerpräsidentenschaft gezeigt hat, sprechen für ihn. Mit Stolz blickt die Sozialdemokratie zurück auf die Amtstätigkeit Friedrich Eberts, des ersten Präsidenten der Republik. Für den ersten Präsidenten der Republik, der aus der deutschen Sozialdemokratie hervorgegangen ist, zeugen laut alle Republikaner in Deutschland, Otto Braun ist der würdige Nachfolger Friedrich Eberts. Für ihn wirbt deshalb die Sozialdemokratie nicht nur in den eigenen Reihen, sondern im ganzen Volke.

Das Scheitern der Sammelkandidatur Gehler

Wir veröffentlichen im folgenden die wesentlichen Redungen der an den Verhandlungen über die Sammelkandidatur Gehler beteiligten Organisationen. Die Vorgänge von gestern nachmittags werden in den Parteiaussschüßbeschlüssen der bürgerlichen Parteien wahrscheinlich eine Rolle spielen.

Das Vorspiel.

Von der entscheidenden Sitzung des Loebell-Ausschusses tritt die III. mit:

Der Parteiaussschuß der Deutschen Demokratischen Partei hat mit großer Mehrheit (gegen 15 Stimmen) folgende Entschlußfassung zur Reichspräsidenten-Kandidatur angenommen: Der Parteiaussschuß bedauert, daß durch die Aufstellung einer sozialdemokratischen Partei-Kandidatur die Möglichkeit einer republikanischen Einheitskandidatur zerstört ist. Er billigt die Haltung der Parteileitung in der Frage der Präsidentschaftskandidatur, insbesondere die Zustimmung zur Kandidatur Gehler.

Der Reichsaussschuß der Deutschen Volkspartei hat nach Wieder-einnahme der Beratungen nach der Mittagspause mit allen Stimmen bei drei Enthaltungen folgende Entschlußfassung angenommen: Der Reichsaussschuß der Deutschen Volkspartei begrüßt den Gedanken der Zusammenfassung aller bürgerlichen Parteien bei der Wahl für den Reichspräsidenten. Er hält in der Persönlichkeit des Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres die Voraussetzungen für gegeben, alle bürgerlichen Stimmen auf sich zu vereinen. Er ersucht seine Vertreter, in dem unter Vorsitz des Herrn v. Loebell gebildeten Ausschuß mit aller Entschiedenheit in diesem Sinne zu wirken.

Der Konflikt im Loebell-Ausschuß.

Das Nachrichtenbureau des B.D.Z. teilt mit: Im Loebell-Ausschuß kam es gestern in den späten Nachmittagsstunden zu einem Konflikt. Offizielle Mitteilungen der einzelnen Parteien liegen darüber noch nicht vor. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, forderten die Vertreter des Zentrums unter der Führung des Abg. Hellpach, als die Nachmittagsverhandlungen eröffnet wurden, noch eine Stunde Bedenkzeit. Von den Vertretern der Rechten wurde aber eine sofortige Erklärung des Zentrums gefordert. Die Zentrums-

vertreter beharrten aber bei ihrem Verlangen. Die Vertreter der Rechtsparteien zogen sich darauf zu einer internen Besprechung zurück und lehrten nach einer halben Stunde mit der erneuten Forderung zurück, das Zentrum möge sofort seine Stellungnahme darlegen. Als das Zentrum sich weigerte, wurden die Verhandlungen darauf für abgebrochen erklärt.

Wie in der Zwischenzeit bekannt wurde, hatte der Reichsparteivorstand des Zentrums sich bereits mit 18 gegen 6 Stimmen für eine Kandidatur Gehler erklärt. Die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung sollen erklärt haben, daß sie sich von einer gemeinsamen Kandidatur zurückziehen würden, wenn dem Zentrum die gewünschte Frist nicht gewährt würde.

### Jarres — der Kandidat der Rechten.

Von zuständiger Stelle des Loebell-Ausschusses wird mitgeteilt:

Der unter Vorsitz des Staatsministers v. Loebell beratende Ausschuss für die Reichspräsidentenwahl, in dem die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei sowie die in Betracht kommenden bürgerlichen Organisationen vertreten sind, hat heute abend nochmals mit den Vertretern des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei über eine gemeinsame Kandidatur aller bürgerlichen Parteien und Organisationen verhandelt. Von der Zentrumspartei war für diese Sitzung eine bestimmte Erklärung über die Teilnahme an einer gemeinsamen bürgerlichen Kandidatur in Aussicht gestellt. Diese Erklärung wurde auch in dieser Sitzung nicht abgegeben, obwohl die Verhandlungen des Ausschusses bereits viermal vertagt waren, und zwar lediglich, um dem Zentrum Zeit für seine Entscheidung zu lassen. Durch die Verzögerung der Verhandlungen wurden sachliche Schwierigkeiten, die inzwischen für eine gemeinsame Kandidatur Gehler in weiten Kreisen mehrerer bürgerlicher Parteien aufgetreten waren, verstärkt.

Der Ausschuss hat dann, nachdem die Vertreter des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei auf eine weitere Teilnahme an den Beratungen verzichtet hatten, an der schon am Sonnabend einstimmig beschlossenen Kandidatur Jarres festgehalten. Oberbürgermeister Dr. Jarres hat die Kandidatur endgültig angenommen.

Auch die Vertreter der Wirtschaftspartei haben sich ausdrücklich in den weiteren Verhandlungen dieser Kandidatur angeschlossen.

Die Bayerische Volkspartei, deren Vertreter wegen einer dringenden Reise nach München am Abschluß der Verhandlungen sich nicht mehr beteiligen konnte, wird umgehend um Stellungnahme ersucht werden. Die in Betracht kommenden bürgerlichen Organisationen unterstützen gleichfalls die Kandidatur Jarres.

### Die Darstellung des Zentrums.

Wie die Eca. erzählt, ist in der Frage der Einheitskandidatur für die Reichspräsidentenwahl eine entscheidende Wendung dadurch eingetreten, daß der Reichsparteivorstand des Zentrums heute in den späten Nachmittagsstunden Dr. Marx als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt hat.

Damit ist die Einheitskandidatur Gehler erledigt. Der Beschluß des Zentrums ist letzten Endes auf die bereits bekannte Entscheidung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei zur Präsidentschaftsfrage zurückzuführen. Der Reichsausschuss des Zentrums kam nämlich zu der Ansicht, daß die Formulierung der völksparteilichen Entscheidung nicht klar sei. Infolgedessen forderte der Zentrumsvorstand die Bayerische Volkspartei eine Klärung der fraglichen Stelle. Dieser Forderung auf Klärung schlossen sich die Bayerische Volkspartei, die Demokraten und die Wirtschaftspartei an. Die Deutsche Volkspartei gab zur Antwort, daß nach ihrer Auffassung alles klar sei, erbat sich demnach über eine kurze Bedenkfrist, noch deren Ablauf jedoch ebenfalls keine befriedigende Auskunft gegeben werden konnte. Infolgedessen kam der Reichsausschuss der Zentrumspartei zu dem bereits eingangs erwähnten Beschluß. Es scheint,

daß dieser Zentrumsbeschluß in gewissen Kreisen der Deutschen Volkspartei große Unruhe hervorgerufen hat.

Entscheidend für den Beschluß des Zentrums war ferner die Tatsache, daß der sogenannte Loebell-Ausschuss, ohne die Entscheidung des Reichsausschusses der Zentrumspartei über die Kandidatenfrage abzuwarten, Jarres als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl nominiert hat.

### Hellpach — der Kandidat der Demokraten.

Die Deutsche Demokratische Partei teilt spät nachts mit: Nachdem die Einheitskandidatur Gehlers an den tatsächlichen Manövern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gescheitert war, haben sich Vorstand und Partelausschuss der Deutschen Demokratischen Partei mit übermächtiger Mehrheit für die Aufstellung einer eigenen demokratischen Kandidatur entschieden. Der Parteivorstand bot dem Reichswehrminister Gehler die Kandidatur an, Dr. Gehler lehnte aber mit Gründen, die die Partei anerkannte, die Kandidatur ab.

Vorstand und Partelausschuss der Deutschen Demokratischen Partei beschloßen darauf einstimmig, den badischen Staatspräsidenten Prof. Dr. Will Hellpach zum demokratischen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl zu proklamieren. Der Beschluß wurde vom Parteivorstand und Ausschuss mit großem Beifall aufgenommen.

### Vor der Entscheidung.

Kampf oder Recht in der Reichsbahn.

Auch die Einigungsverhandlungen, die gestern im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind, wie wir bereits gemeldet haben, an der Haltung der Hauptverwaltung der Reichsbahn gescheitert. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn verweist sich auf die Ablehnung einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit und einer allgemeinen Lohnzulage. Sie behauptet, daß jeder Pfennig Lohnzulage eine monatliche Mehrausgabe von einer Million ausmachen würde.

Die Richtigkeit dieser Ziffern vorausgesetzt, muß unterstrichen werden, daß bei einem Milliardenbudget eine derartige Summe nicht ins Gewicht fallen kann. Dieselbe Verwaltung, die sich außerstande erklärt, eine Erhöhung der Löhne von 40 Millionen jährlich vorzunehmen, hat jedoch für Zulagen der leitenden Beamten und für die sogenannte Korruptionszulage bereits über 50 Millionen ausgegeben. Wenn man an höhere Beamte Zulagen verteilt, die weit hinausgehen über die Dienstzulagen eines Reichsministers, wenn man die etatismäßig zu streichenden Wohnungsgelder der höheren Beamten, die eine Dienstwohnung haben, bestimmungswidrig zur Auszahlung bringt, dann ist man gewiß nicht berechtigt, zu behaupten, daß die Reichsbahn nicht in der Lage ist, die unzureichenden Löhne der Eisenbahner um einige Pfennige zu erhöhen.

Im übrigen stimmt die Rechnung der Hauptverwaltung der Reichsbahn nicht. Die Eisenbahnerorganisationen fordern nicht nur die notwendige Erhöhung der im wahrsten Sinne des Wortes Hungerlöhne der Eisenbahner, sondern auch die Angleichung der Arbeitszeit an die Arbeitszeit in der Privatindustrie, d. h. die Wiederherstellung des Achtstundentages, die Wiederherstellung der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit. Da es sich bei den gegenwärtig umstrittenen Löhnen der Eisenbahner um Stundenlöhne handelt, würde eine entsprechende Erhöhung der Löhne keineswegs zu einer Mehrausgabe führen, die irgendwie ins Gewicht fallen könnte, vorausgesetzt, die Arbeitszeit wird entsprechend verkürzt.

Der ganze Konflikt würde bei einer anderen Einstellung der Reichsbahnverwaltung überhaupt nie entstanden sein. Es gibt keinen praktisch tätigen Techniker in der Reichsbahn, der behauptet, daß das jetzt übliche System der verlängerten Arbeitszeit und der verkürzten Löhne produktionsfördernd ist. Getrieben von den Schwerindustriellen, die im Verwaltungs-

rat der Reichsbahn sitzen und sich für ihr Ehrenamt außer den Sitzungsgeldern noch eine Jahrespauschale von 24 000 M. bewilligt haben, verordnen die Verwaltungsjuristen vom grünen Tisch Bestimmungen, die sich in der Praxis verhängnisvoll auswirken.

Die Herren Verwaltungsjuristen in der Hauptverwaltung der Reichsbahn, die der Kontrolle des Reichstages entrückt sind und nur noch der Kontrolle der Schwerindustrie unterstehen, glauben den Eisenbahnern alles zumuten zu dürfen. Die Frage steht aber so, ob das Wirtschaftsleben des Deutschen Reichs es ertragen kann, daß die Eisenbahner um der Selbstherrlichkeit der Hauptverwaltung der Reichsbahn willen zum Streik getrieben werden. Daß es zu einem der schwersten Kämpfe, dem das deutsche Wirtschaftsleben je ausgesetzt war, kommen muß, wenn den so bescheidenen Forderungen der Eisenbahner nicht Rechnung getragen wird, darüber dürfte heute kein Zweifel mehr bestehen. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn will es darauf ankommen lassen. Von der Entscheidung des Schlichtungsausschusses und der Haltung des Reichsarbeitsministers wird es abhängen, ob es zu diesem Kampf kommen wird.

In späterer Nachstunde teilt die Telegraphen-Union mit, daß gegen den Streik in Spandau Technische Nothilfe eingeleitet worden sei.

### Die „verschobene“ Wahrheit.

Das „Deutsche Tageblatt“ Reinhard Wulles führt seinen „politischen Kampf“ auf acht völkische Art. Es bewirkt in jeder Nummer besonders sozialdemokratische Politiker mit Dreck. Eine Refordleistung solcher Kampfesweise sei hier niedriger gehängt.

In seiner Nummer vom 12. März leistet es sich unter der Überschrift „Zentrum und Marxismus“ eine fast unglückliche Fälschung. Es behauptet, daß schon vor sechs Jahren der Name Severings in „besonders unerträglichem Zusammenhang“ mit einer riesengroßen Schußschlebung auftaucht, daß eine „keine Anfrage“ des Zentrums in der Nationalversammlung vom Dezember 1919 daran Anstoß nahm und an die Reichsregierung die Frage gerichtet hätte, was man zu tun denke, um derartige Vorgänge zu verhindern? Das „Deutsche Tageblatt“ gibt sogar die Anfrage anscheinend wörtlich wieder, so daß dadurch Severing unzulässiges Eingreifen als „Reichsbevollmächtigter“ zugunsten der beanstandeten Ausführung eines großen Postens Schutze vorgeworfen wurde. Diesen Mann, so zitiert das Wulle-Blatt, dessen Ungeeignetheit damals das Zentrum selbst erkannt habe, halte es heute für fähig und geeignet zum höchsten Verwaltungsbeamten und Vorgesetzten zahlreicher Beamter!

Man liest diesen Artikel, staunt und bemerkt sich: Severing — 1919 — Reichsbevollmächtigter für Ein- und Ausfuhrbewilligung? Das ist doch ganz ausgeschlossen! Schnell und mühelos werden die Druckfächer der Nationalversammlung des Dezember 1919 herausgeholt. Was ergibt sich nun?

Merdingen fragten in dieser Drucksache Nr. 1818 einige Zentrumsvorstandsmitglieder nach dem Sachverhalt der Ausführung eines großen Postens Schutze — aber der Name Severing kommt überhaupt nicht darin vor, sondern der Name des damaligen Reichsbevollmächtigten Görzig genannt.

Severing, der mit der ganzen Sache auch nicht das mindeste zu tun hatte, wird durch eine glatte Fälschung, einer parlamentarischen Drucksache einfach in diesen Zusammenhang hineingeworfen in der Hoffnung, daß dieses Gift der Lüge bei einigen schon seine Wirkung tun wird! Wenn der preussische Minister des Innern aber gegen die Verleumdung das Verbot anruft, werden sie — freigesprochen, weil ihre Infamie angeblich zur „Wahrung berechtigter Interessen“ verübt wurde!

Sunjaßen gestorben. Aus Schanghai wird jetzt offiziell bestätigt, daß der Präsident der sibirischen Republik Sunjaßen an Magenkrebs gestorben ist. Neben seinen Nachfolger ist noch keine Entscheidung getroffen.

## Das Volkstheater Romain Rollands.

Von Richard Reiner.

Die Volkstheaterbewegung, die sich zum kulturellen Ziel gesetzt hat, das Kunstleben aus seiner Vereinsfassung zu befreien und wieder zum Gemeinschaftsleben zu erheben, darf zu den Vätern ihrer Idee die gewaltige ethische und künstlerische Persönlichkeit Romain Rollands zählen. Jenes Rolland, der gesegnet mit aller Lebenskraftlichkeit der französischen Volkseele, die Zustrome der germanischen und slawischen Seelenwelt empfing — seine Lebensbilder eines Beethovens und Tolstois sind Zeugen dieser Empfängnis — und der aus der Synthese dieser Wesenheiten den großen Bildungsroman „Johann Christoff“ schuf. Der Franzose Rolland darf diesen zum plastischen Zeitbild und endlich zur unvollkommenen Kulturkritik erweiterten Roman mit vollem Bedacht im Fach der Weltliteratur Wilhelm Meister zur Seite stellen.

Unsere Bühnen vermitteln uns jene von blutiger Fleischgewordenen Ideen bewegten Dramen aus der französischen Revolution: die „Wölfe“ und den „Danton“. Sie sollten Quadern zu einem monumentalen Dramenblock sein, der die „Atlas des französischen Volkes“ darstellen sollte. Für ein Volkstheater waren sie geschaffen.

Am Ende desselben neunziger Jahrzehnts, zu dessen Beginn die junge deutsche Dichtung und die junge deutsche Arbeiterbewegung in brausenden Akkorden zusammenklangen, als das Dichterwerk Rollands seine Germinationszeit hatte, aus deren Saat auch die Berliner Freie Bühne hervorging, erlebte Paris an einer Elite der geistigen Jugend ein Gleiches. Rolland war unter ihr, und er erwartete in ihrem Auftrage einen Aufruf zu einem internationalen Kongress für Volkstheater in Paris, deren prächtige Säle die künstlerische Rot des Theaters unserer Zeit zum vollen Ausdruck bringen.

„Die Kunst ist die Beute der Selbstsucht und Anarchie. Eine kleine Anzahl hat sich aus ihr ein Vorrecht geschaffen und schließt das Volk aus. Der zahlreichste und lebendigste Teil des Volkes findet keinen Ausdruck mehr in der Kunst. Es gibt nur noch eine Kunst für Klaferte. Zur Rettung der Kunst muß man sie den törichtesten Vorrechten entreißen, welche sie erschaffen und muß ihr die Tore des Lebens öffnen; allen Menschen muß sie zugänglich sein. Endlich soll man dem Volk eine Stimme geben und in jeder Nation das „Theater für alle“ gründen, wo die Kraft aller zur Freude aller arbeitet. Wir rufen alle zu uns, die sich von der Kunst ein menschliches Ideal und vom Leben ein drüberliches Ideal machen — alle diejenigen, die nicht den Traum von der Handlung, das Wahre vom Schönen, das Volk von der Elite trennen wollen. Es ist eine Frage von Leben oder Tod für Kunst und Volk; denn wenn die Kunst sich nicht dem Volke öffnet, ist sie verdammt, zu verschwinden; und wenn das Volk nicht den Weg zur Kunst findet, verliert die Menschheit ihre Bestimmung.“

In einem Buche „Le théâtre du peuple“ (Das Theater des

Volkes) hat Romain Rolland nochmals eine historische und ästhetische Einführung in das Wesen des Volkstheaters gegeben. Seine Pläne zerstreuen sich, weil es nicht im Bereich der sozialen Funktion des Dichters lag, der Idee den Körper zu geben, und weil sich in Frankreich, anders als bei uns, bisher keiner fand, der das zähe Werk der Organisation durchführte. Die soziologischen Ursachen dieses geringen Widerstands hat der Dichter mit scharfem Blick erkannt und in dem gleichwohl nicht völlig resignierenden Vortwort zur Neuauflage des Buches von 1913 niedergelegt:

„Unser Glaube an ein Volkstheater, das den entneroten Raffinements der Pariser Genuewelt eine männliche und starke Kunst entgegenzusetzen sollte — dieser inbrünstige Glaube ist eine der reinsten und heiligsten Kräfte unserer Jugend gewesen. Nie werden wir ihn verleugnen. Doch die Erfahrung hat uns genötigt, einzusehen, daß eine Volkstheater nicht leicht aus einem alten Boden aufblüht, dessen Volk sich allmählich durch die bürgerlichen Klassen hat erobert, von ihren Gedanken hat durchdringen lassen, und das keinen lebhafteren Wunsch hat, als ihnen zu gleichen. Wir fühlen dies, als wir 1903 beim Abschluß dieses Buches schrieben: „Ihr wollt eine Kunst fürs Volk? Fangt damit an, ein Volk zu haben!“ Und dennoch haben wir unsere Hoffnung auf eine nahe Zukunft nicht aufgegeben, in der beides aufzusteigen wird.“

Romain Rollands Hoffnung ist unsere Hoffnung. Das große, aus dem Gemeinschaftsleben durch den Mund des Dichters geborene dramatische Gesamtkunstwerk wird eine der schönsten Früchte der erstarkenden Ideologie des schaffenden Volkes werden.

Der Berliner Volkstheater sich am Dienstag in der Garnisonkirche Händels „Messias“ wieder aufleben, dieses große und gewaltige Werk, in dem ein erhabener Kunstgeist sich weit über die kirchlichen und konfessionellen Bindungen erhebt und in Bezirke des Lebens führt, die immer noch und stets allen Menschen verständlich bleiben werden. Hat doch auch die neuere Händel-Forschung den Gedanken ausgegeben, in dem Tonhörsen in erster Linie den gläubigen Christen zu sehen: Schätzte sie ihn doch nimmermehr als den Musiker, der diesseitiges Leben mit stärkstem Formvermögen sah, der dieses Leben in der Oper bei weltlichen Stoffen packte und erst später, ausgehend von diesem Opernstoffen und auf derselben Linie weiterdrehend, seine Dramen schuf. Die Wucht seiner inneren Dramatik, die äußere Theatralität viel verschmährt, gewinnt im „Messias“ den meisten Boden. Diese wichtige, großzügige Art war Dr. Ernst Fehder der Anknüpfung für Auffassung und Wiedergabe. Er stellte alles auf edel Große, auf gerundeten, ja stellenweise warm sinnlichen Klang ein. Das gab dem Chor Gelegenheit, des öfteren als seine Klangschönheiten zu entfallen. Vielleicht hätte eine mandantlich schlagkräftigere Theatralität eine tiefere Gesamtwirkung gesetzt. So geriet der Höhepunkt des Halleluja mehr pompös-erhaben als beglückend-hinreißend. Alle vier Solisten erwiesen sich als eine glückliche Wahl. Albert Fischer, der in den großen Bohären die bekanntesten denkbaren Aufgaben meisterhaft (Frau v. Hel. Wildes flehlicher Sopran, Paula Weinbaum, die im „Er warb ver-

schmäh“ sichtbarlich ergriff und Herr Mansfeld als Tenorist. Gertrud Markus wirkte erfahren am Flügel und verschmolz sich nach Möglichkeit dem Blüthner-Orchester. Von der Orgel zu sprechen, die Otto Friede bediente, hieß Betrachtungen über die Tüde des Objekts anstellen. Die Königin der Instrumente sollte sich doch einer größeren Reinheit befleißigen.

Ein Friedrich-Fröbelhaus in Bad Liebenstein. Zum 75. Todestage des großen Kinderfreundes Friedrich Fröbel wird für Bad Liebenstein, seiner letzten Wirkungsstätte, die Errichtung eines Friedrich-Fröbelheims geplant, das, wie Reg.-Rat Döpel im „Kinderparade“ schreibt, ein neues Heim mit neuen Formen als Ausdruck eines neuen geistigen Deutschlands werden soll. Die häusliche Gestaltung wird dem Heim Walter Gropius geben, ein Abschiedsgeschenk an Thüringen vor der Ueberführung des Bauhauses nach Dessau. Die Pläne zu dem Bau zeigen die Gropius eigene Art vereinfachter Form, zweckmäßiger Raumanlage. Das Heim soll umfassen: Kinderhort, Kindergarten, Jugendheim, Kindererholungsheim, damit soll verbunden werden eine Mütterkloster. Vielleicht soll auch eine Kinderpflegerinnenschule im Anschluß an die Wächterberufsschule angegliedert werden.

Wer soll Professor heißen? Die deutschen Hochschullehrer machen wiederum zum Schutze ihres früheren Privilegs für den „Professor“ mobil. Diese Bezeichnung, bis 1918 so vielseitig verstanden, schien durch die damals erfolgte Abschaffung der Titel, die keine Amtsbezeichnung sind, hinreichend geschützt; aber die letzten Jahre haben allerbald Wandel gebracht. Eine Entscheidung des Darmstädter Hochschultages betont einmal, daß die Bezeichnung Professor kein Titel, sondern eine Amtsbezeichnung für bewährte Hochschullehrer ist; sie könne nicht gleichzeitig anderen Berufen als Titel gemährt werden. Gegen die Verleihung der Dienstbezeichnung Professor an die Beamten von Forschungsanstalten, deren Hauptaufgabe die wissenschaftliche Forschung ist, hat der Hochschulverband nichts einzuwenden.

Die Generalversammlung des Deutschen Opernhauses, die auf gestern einberufen war, wurde nicht verhandlungsfähig und soll zum 5. April aufs neue einberufen werden.

Der Berliner Verleger und -orchestrierer führt unter Leitung von Dr. Kurt Singer und unter Mitwirkung von Marquitta Seiden, Julia-Lotte Stern, Gerhard Bedner und Eia Widor in seinem Konzert am Dienstag im Saale der Hochschule für Musik folgendes Programm aus: Bach: Brandenburgisches Konzert Nr. 3 G-dur; Bach: Kantate Nr. 70; Mendelssohn: Die erste Walpurgisnacht.

Gemälde des ungarischen Expressionisten Micho-Kayo und des ungarischen Expressionisten Luno Schreiber werden auf der März-Ausstellung des „Sturm“, Goldammer Str. 134 a, gezeigt. Die Ausstellung ist täglich von 10-6, Sonntags von 11-2 Uhr geöffnet.

Opern-Regieprof. „Reisiger“ erzielte bei ihrer denkmalen Neuaufführung im Hamburger Staatstheater einen vollen Erfolg.

Das ägyptische Grab, das in Gizeh neu entdeckt wurde, ist nach Ansicht von Dr. Hall, dem Direktor der ägyptischen Abteilung im Britischen Museum, das Grab des Königs Senosert, der 1800 Jahre vor Toten kamen regierte hat. Sollte sich erweisen lassen, daß die in dem Grab aufgefundenen Mumie die balsamierte Leiche des Königs Senosert ist und nicht nur die eines Hofbeamten, so würde die neue Entdeckung von weit größter Bedeutung sein als die Auffindung des Totentamens-Grabes.

# Nie wieder Krieg!

Das Pazifistenprogramm der Regierung Stresemann-Schiele. — Der Außenminister über das deutsche Sicherheitsangebot und den Eintritt in den Völkerbund.

Außenminister Dr. Stresemann läßt die Rede, die er in der vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses über das deutsche Sicherheitsangebot gehalten hat, plötzlich, „einer Bitte der „Kölnischen Zeitung“ folgend“, durch W.B. verbreiten:

Er verwahrte sich zunächst gegen den Vorwurf, daß er die deutsche Öffentlichkeit zu spät über die deutschen Vorschläge unterrichtet habe. Vertraulichkeit sei von allen Beteiligten als im Interesse des Erfolges liegend vereinbart worden. Dann sei der Schleier französischerseits zuerst etwas gelüftet worden. Zur Sache selbst führte er u. a. aus:

Die Entstehung der deutschen Initiative reicht bereits mehrere Monate zurück.

Schon Ende Dezember und Anfang Januar habe ich, da die Sicherheitsfrage in der Luft lag, darüber wiederholt mit hiesigen Diplomaten gesprochen. Dasselbe ist namentlich seitens des Staatssekretärs v. Schubert geschehen. Wir haben dabei allerhand Möglichkeiten erörtert. Wir standen vor der Richträumung der nördlichen Rheinlandzone. Trotz aller unserer dringenden Ersuchen sind uns die Gründe für diese Richträumung bis heute nicht substantiiert mitgeteilt worden.

Das Untersuchungsprotokoll des Völkerbundes über die Durchführung der Militärkontrollen und die sich daran knüpfenden Aufhebungen namhafter französischer Volksteile ließen das Bestreben erkennen, die Frage der französischen Sicherheit durch Sonderbestimmungen des Rheinlandes zu lösen, die nach unserer Ansicht gegen den Versailler Vertrag verstößen und nur aus der krankhaften Einbildung Frankreichs zu verstehen sind, daß Frankreich durch uns bedroht sei. Dabei spielte wohl die Tatsache eine Rolle, daß die Möglichkeit der Annahme des Genfer Protokolls in immer weitere Ferne rückt, und daß man sich in Frankreich deshalb nach anderen Sicherheitsgarantien umseh, die auf Kosten der Freiheit des Rheinlandes geschaffen werden könnten. Gleichzeitig mußten wir mit einer Möglichkeit rechnen, daß ein Dreimächte-Pakt zustande käme, der seine Spitze gegen Deutschland gelte und der das Mißtrauen verewigt hätte, das gegen Deutschland völlig unberechtigt auch heute noch besteht.

In dieser Situation hielten wir es für richtig, eine Initiative zu ergreifen.

Die unsere eigene Stellung gegenüber dem Sicherheitsbegehren Frankreichs zum Ausdruck brachte. Wir knüpften dabei an frühere Bestrebungen anderer deutscher Regierungen an.

Stresemann erinnerte an das Cuno-Rosenberg-Angebot vom Dezember 1922 und an seine eigene Stuttgarter Rede im September 1923, die jedoch zu keinem Erfolg führten, weil damals für Frankreich die Reparationsfrage nach Äußerungen Poincarés der Sicherheitsfrage noch vorrangig. Der Außenminister fuhr fort:

Rum wohl, die Reparationsfrage sind jetzt durch das Dawes-Guthachten gelöst. Der Abbruch Frankreichs vor einem etwaigen deutschen Angriffe, so völlig töricht er uns erscheinen mag, beherrscht noch heute weite Kreise der französischen öffentlichen Meinung.

Infolgedessen haben wir uns entschlossen, unter Bezugnahme auf die früher gemachten Vorschläge erneut unsere Bereitwilligkeit zu einem Sicherheitspakt zu erklären. Unsere Botschafter und Gesandten in Paris, London, Rom und Brüssel haben zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland bereit sei, einem Sicherheitspakt der an Rhein inkorporierten Mächte beizutreten, sei es, daß er sich auf Abmachungen über Vermeidung des Krieges bezöge, sei es, daß er die Garantierung des gegenwärtigen Bestandes am Rhein zum Gegenstand hätte.

Dabei haben wir weiter betont, daß wir zur Befriedung des deutschen Friedenswillens auch bereit seien, mit allen Staaten Schiedsgerichtverträge zu schließen, wie wir dies beispielsweise mit der Schweiz und mit Schweden bereits getan haben.

Stresemann wandte sich dann gegen den Ausdruck „deutsche Vorschläge“, gab jedoch zu, daß den Militärern ein langes Memorandum über die deutschen Anregungen überreicht worden sei. Dann folgte er weiter:

Wir sind uns sehr wohl dessen bewußt, daß wir mit diesen deutschen Anregungen

für das deutsche Gefühl bis an die Grenze des Möglichen gegangen

sind. Die Garantierung der Sicherheit der deutschen Westgrenze bedeutet einen schmerzlichen Verzicht im Hinblick auf die Entwicklung der deutschen Geschichte und Erinnerungen, die uns ewig teuer sein werden. Aber es bedeutet nicht einen einseitigen Verzicht von unserer Seite. Es bedeutet auch den Verzicht derjenigen französischen Politiker und Militärs, die es nicht verheimlichen können, daß der Vertrag von Versailles die Rheinlande bei Deutschland gelassen hat, und die wiederholt ihr begehliches Auge auf das linke Rheinufer geworfen haben. Wir wissen, daß die offizielle französische Politik diesen Männern fernsteht. Aber wir wissen, welche nicht auswendigen Folgen es für den europäischen Frieden, vielleicht für die ganze Kultur dieses Jahrhunderts haben würde, wenn streckende Hand es verlor, deutsches Rheingebiet Frankreich einzuverleiben oder in anderer Form von Deutschland zu trennen. Erst wenn feststeht, daß die heutigen Grenzen am Rhein unter dem Schutze der Waffen aller interessierten Mächte gegenüber dem Friedensbrecher stehen, wird man von einem wirklichen Frieden sprechen können. Was nun von deutscher Seite, von geheimen Rüstungen, vom Ueberfall auf Frankreich gesagt hat, ist, das wissen wir, Lug und Trug. Das deutsche Volk, die deutsche Wirtschaft, aus tausend Wunden blutend, hat nur den einen Wunsch, endlich einmal für eine absehbare Zeit in Frieden, in Ordnung, in Freiheit und, so Gott will, in der daraus hervorfließenden Wohlfahrt zu leben, sich entwickeln und unter Innehaltung gegebener Verpflichtungen wieder aufbauen zu können. In diesem Wunsch wissen wir uns einzig mit allen Parteien und allen produktiven Kräften unseres Reichs. Es zum Ausdruck zu bringen, es durch internationale Vereinbarung zu verbriefen, war unsere Absicht, ist unser ehrlicher Wille.

Wir dürfen deshalb mit Genugtuung konstatieren, daß der deutsche Schritt eine verhältnismäßige Aufnahme gefunden hat. Wir glauben, daß der französische Ministerpräsident, dessen hervorragender Mitwirkung die Londoner Vereinbarungen mit zu danken sind, von seiner ganzen politischen Einstellung aus ein Mitarbeiter an diesen Fragen sein dürfte.

denn wir zweifeln nicht an seinem ehrlichen Willen, sich für eine friedliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich einzusetzen.

Wir konstatieren mit Genugtuung, daß Herr Herriot gegenüber einer aufwachen Presse auch in seinem eigenen Lande zum Ausdruck gebracht hat, daß an dem guten Willen Deutschlands ein Zweifel nicht möglich sei.

Wir können weiter mit Genugtuung konstatieren, daß auch der englische Außenminister die Bedeutung des deutschen Schrittes gemahndet hat. In seinen letzten Ausführungen im englischen Unterhause hat er in bezug auf die deutsche Anregung davon gesprochen, daß er schon bei der ersten Kenntnisnahme diesen neuen Schritt der Deutschen Regierung begrüßt und ihm große Bedeutung bei-

gelegt habe. Wörtlich hat er hinzugefügt, daß die deutschen Anregungen der ernstesten Erwägung bedürften, daß sie „sehr große Möglichkeiten für den Frieden und die Sicherheit der Welt in sich schlossen und einen Ausgangspunkt für eine wahre Gesundung der europäischen Lage bilden könnten“. Er hat ferner betont, daß die englische Regierung ihnen die größte Bedeutung beimesse und sie mit größtem Eifer zu prüfen gedenke, in der Hoffnung, daß in einem bereitwilligen Vorgehen der deutschen Regierung ein Weg gefunden werden könne, der alle Nationen aus der unheiligen Vergangenheit zu einer besseren und freundlicheren Zukunft führe.

Wir glauben erwarten zu dürfen, daß die italienische Regierung, obwohl nicht unmittelbar an der Lösung dieser Frage interessiert, zu ihrer Unterstützung gleichfalls bereit sein würde, und glauben dasselbe von der belgischen Regierung annehmen zu können.

Um so selbstamer ist es, daß der deutsche Schritt zu maßlosen Protesten der Presse anderer Länder geführt hat.

In all den Verhandlungen des Völkerbundes, in all den Erörterungen über die Räumung der nördlichen Rheinlandzone ist immer nur von der angeblich bedrohten Sicherheit Frankreichs die Rede gewesen. Wie wenig Deutschland auch auf anderen Gebieten beabsichtigt, eine aggressive Politik zu treiben, geht aus seiner Bereitschaft zu weitgehenden Schiedsgerichtsverträgen mit allen anderen Ländern hervor.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede besprach Stresemann die Stellungnahme Deutschlands zum Völkerbund und gab einen historischen Überblick über die Entwicklung der Frage des Beitritts Deutschlands, die durch die Genfer Rede Macdonalds im September 1924 eine neue Wendung genommen habe. Nach Einreichung des damals überreichten deutschen Memorandums erklärte er:

Trotz großer Widerstände der deutschen öffentlichen Meinung ist auch die heutige Reichsregierung der Auffassung, daß die Wahrung der Rechte deutscher Minderheiten in fremden Ländern und namentlich die Frage des Saargebietes Interessen Deutschlands in sich schließen, die es innerhalb des Völkerbundes besser vertreten kann, als dies heute möglich ist. Nur hat Deutschland die natürlichen Konsequenzen aus seiner heutigen Lage gezogen, als es sich dagegen wehrte, daß auch die Bestimmungen des Artikels 16 des Völkerbundesstatuts auf Deutschland uneingeschränkt Anwendung fänden.

Schiedsverträge sind nach meiner Ansicht ein hervorragendes Mittel für eine wirksame Sicherung des Friedens. Man mag aber über den Wert solcher Schiedsverträge denken, wie man will. Auf alle Fälle sind sie doch nicht das Zeichen eines Anerkennens, sondern ein Beweis für den Willen zur friedlichen Verständigung.

Wie kommt also die polnische Presse dazu, von einer vierten Teilung Polens zu sprechen und es als Ziel der deutschen Politik hinzustellen, seinen Nachbar im Osten zu überfallen?

Bedächtig will Deutschland die östliche Grenze nicht in seinen Garantiepakt miteinbezogen hat. Ein Blick in die englische Presse und die Presse auch anderer Länder zeigt uns, daß selbst diese Länder nicht geneigt sind, eine feierliche Verbindlichkeit ihrer Regierungen wegen Garantierung der im Versailler Vertrage geschaffenen deutschen Ostgrenze herbeizuführen.

Kein Gedanke hat in dem Weltkrieg auf Seiten der Alliierten eine größere Rolle gespielt als der Gedanke des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Es gibt keine Partei in Deutschland, von den Deutschpolitischen bis zu den Kommunisten, die vor ihrem Gewissen anerkennen könnte, daß die Ziehung der deutschen Grenze im Osten dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker entspräche. Deutschland hat nicht die Gewalt, eine Veränderung der Grenzen zu erzwingen, und nicht den Willen, es zu tun. Wenn aber der Artikel 19 des Völkerbundesstatuts ausdrücklich davon spricht, daß unanwendbar geworden Verträge geändert werden können, so kann niemand von Deutschland erwarten, daß es endgültig darauf verzichtet, dieses Refugium einer Entlohnung der Zukunft in friedlichem Sinne auch seinerseits für sich in Anspruch zu nehmen.

Von dem Bestreben geleitet, mit allen seinen Nachbarn in Frieden und Freundschaft zu leben, kann es nur wünschen, daß die Entwicklung der Dinge dazu führen, die hier bestehenden Differenzen auf einem friedlichen Wege zu lösen, der die Herstellung derjenigen freundschaftlichen Beziehungen ermöglicht, die Deutschland jedem Nachbarlande gegenüber wünscht, das seinerseits gewillt ist, sich von denselben Gefühlen gegenüber Deutschland leiten zu lassen.

Dieser Artikel bestimmt, daß die dem Völkerbund angehörenden Mächte verpflichtet sind, im Falle einer Bundesregierung militärischen Beistand zu leisten, den Durchmarsch fremder Truppen zu gestatten und sich an wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen zu beteiligen. Die Forderung Deutschlands, von diesen Verpflichtungen befreit zu bleiben, ist als Verlangen einer Vorechtsstellung bezeichnet worden. Man hat dagegen angeführt, daß es im Völkerbund nur gleichberechtigte und gleichverpflichtete Nationen gebe.

Dieser Argumentation vermag ich nicht beizutreten.

Es ist nicht so, daß es im Völkerbund nur gleichberechtigte Nationen gebe, vielmehr gibt es nach dem Vertrage von Versailles und den anderen Friedensschlüssen des Jahres 1919

zwei Arten von Nationen

in Europa: solche, die abgerüstet sind und einer militärischen Kontrolle unterliegen, und solche, die mit der Abrüstung noch nicht begonnen haben. Wenn der Völkerbund sein großes Ziel, das Ziel der allgemeinen Abrüstung, durchführt, kann die tatsächliche Gleichheit der Nationen erreicht werden. Heute muß sich Deutschland einer Verpflichtung versagen, die es mit der Kriegserklärung anderer Nationen bedrohen könnte; denn Deutschland ist nicht in der Lage, auch nur seine Grenzen zu verteidigen. Es kommt mir als Realpolitiker nicht in erster Linie darauf an, ob der Völkerbund auf die Anwendung des Artikels 16 des Völkerbundesstatuts Deutschland gegenüber förmlich verzichtet oder ob er die Formel einer authentischen Interpretation findet, die es de facto zum Ausdruck bringt, daß Deutschland nicht auf seine Neutralität zu verzichten braucht, sondern daß in bezug auf Deutschland der Grundfah Niemand kann über seine Kräfte hinaus verpflichtet werden“ tatsächliche Anwendung findet. Gerade weil Deutschland Frieden und wirtschaftlich gesunde Verhältnisse wünscht, kann es kein Gebot nicht für einen Durchmarsch fremder Truppen hergeben, der vielleicht die Anarchie und den Bandenkrieg entfehlen würde, kann es bei dem heutigen Stand seiner Behrmacht sich nicht an Sanktionsmaßnahmen beteiligen, und kann es sich nicht der Gefahr der Kriegserklärung einer anderen Macht ausliehen. Es ist auch mir völlig klar, daß ein Fünfmächtepakt, wie wir ihn erstehen, schwer außerhalb des Völkerbundes stehen kann.

Angeichts der prinzipiellen Bereitwilligkeit Deutschlands, dem Völkerbund beizutreten, wenn auf seine ganze besondere Lage Rücksicht genommen wird, liegt es uns fern, das Prestige des Völkerbundes beeinträchtigen zu wollen. Wenn der gute Wille bei anderen Mächten besteht, auf der Grundlage des erstrebten Sicherheitspaktes mit Deutschland gleichberechtigt zusammenzukommen, dann wird auch ein Weg möglich sein, um diese Schwierigkeiten zu beheben.

Wir begrüßen deshalb die Erklärung des englischen Außenministers, daß ein Weg gefunden werden müsse, der den Ausgangs-

punkt für eine wahrhafte Befriedung der europäischen Lage bilden kann. Deutschland ist bereit, diese Weg zu gehen. Sein Angebot ist getragen von einer Regierung, die in dieser Frage das deutsche Volk fast ohne Ausnahme hinter sich hat. Bismarck hat einmal davon gesprochen, daß sich der wahrhafte Staatsmann darin zeige, daß er, wenn ihm das Rauschen der Weltgeschichte spürbar sei, auch den Gipfel des Gewandes ergreife. Möge man den großen geschichtlichen Moment, zu einer wahrhaften Befriedung Europas zu kommen, nicht vorübergehen lassen. Dann wird nach der Zera der Bergewältigung und des Mißtrauens die Zeit einer Verständigung für unseren Erdteil kommen. Dann wird es möglich sein, die Wunden zu heilen, die mit den im Kriege Unterlegenen auch die Sieger fühlen in der allgemeinen Zerrüttung der finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse. Solchen Verhältnissen zu widerstehen, sollte die Aufgabe jedes weisbildenden Staatsmannes und des ganzen heutigen Völkergeschlechtes sein.

Mit dieser Programmrede, die der Volksparteiler Stresemann im Namen einer Regierung gehalten hat, in der drei deutsche nationale Minister sitzen und die sich in der Hauptsache auf über 100 deutsche nationale Reichstagsabgeordnete stützt, ist der außenpolitische Kurs des Reichsbundes eindeutig auf die Parole „Nie wieder Krieg!“ festgelegt worden.

Vor sechs Monaten brüllte man: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!“ Jetzt erklärt man „aus freier Initiative“: „Abe, Sirakbun!“ Selten ist eine Bekehrung zum Pazifismus so schnell und gründlich vor sich gegangen!

## Chamberlains Rede.

Genf, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Völkerbundsrat wurde am Donnerstag vormittag um 11 Uhr mit einer Erklärung des englischen Außenministers Chamberlain die Debatte über das Genfer Protokoll eingeleitet. Chamberlain verlas seine Ausführungen Wort für Wort. Er gab zunächst Auskunft über die Verhandlungen zwischen Großbritannien und den Dominien wegen des Genfer Paktes. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, daß nicht nur die Dominien, sondern auch die englische Regierung

nicht in der Lage sind, das Protokoll anzunehmen.

Der englische Außenminister fuhr dann fort: Wenn die britische Regierung der Meinung ist, daß der Unterzeichnung und Ratifikation des Protokolls unübersteigbare Hindernisse entgegenstehen, so ist das der Fall nicht, weil sie den Zweck nicht billigt oder grundsätzlich dagegen ist. Ergänzungen und Abänderungen des Völkerbundespaktes mögen an sich wünschenswert sein, aber die britische Auffassung geht nicht dahin, daß das Protokoll so, wie es ist, die beste Methode zur Lösung der Frage bildet. Der anerkannteste Zweck des Protokolls ist die Erleichterung der Verständigung. Das soll erreicht werden durch Ausfüllung gewisser Lücken in den Bestimmungen des Paktes über die friedliche Lösung internationaler Streitigkeiten und durch die Verschärfung besonders der wirtschaftlichen Sanktionen. Die Bedenken der britischen Regierung gegen das obligatorische Schiedsverfahren sind durch die Bestimmungen des Protokolls nicht vermindert, im Gegenteil verstärkt worden. Die britische Regierung interessiert sich augenblicklich mehr dafür, festzustellen, inwiefern die durch das Protokoll herbeigeführten Veränderungen die von den Völkerbundsmitgliedern übernommenen Verbindlichkeiten erhöhen. Die Schöpfer des Protokolls betrachteten sich als die Urheber eines neuen Systems, durch das allein das große Friedensideal verwirklicht werden könnte. In dieser Beziehung ist die britische Regierung der gleichen Meinung. Der Völkerbund in seiner gegenwärtigen Gestalt ist aber nicht der Bund, den die Urheber des Paktes im Auge hatten. Sie hatten niemals vermutet, daß eine Anzahl der mächtigsten Nationen, vor allem die Vereinigten Staaten, dem Völkerbund nicht beitreten würden. Durch die Abwesenheit verschiedener Großmächte hat die Harmonie des Völkerbundespaktes bereits eine Schwächung erfahren. Die wirtschaftlichen Sanktionen gegen einen Staat, der sich nicht wirtschaftlich selbständig erhalten kann, würde jedenfalls eine Waffe von ungeheurer Kraft sein. Aber dadurch, daß mächtige Wirtschaftstaaten außerhalb des Völkerbundes bleiben, hat sich diese Auffassung vollkommen geändert. Die wirtschaftlichen Sanktionen werden nicht mehr in der Lage sein, dem Wirtschaftseinheit zu tun und dadurch den angreifenden Staat zu Boden zu zwingen. Der angreifende Staat hat völlige Freiheit, den Zeitpunkt für die Ansetzung eines Streites zu wählen. Weitere große Schwierigkeiten ergeben sich bei der Anwendung der See- und Luftstrafkraft insbesondere über die Verteilung der Schiffe. Die britische Regierung ist der Auffassung, daß der Angreifer im Eventualfall Schadenersatz leisten muß, seine Grenzen aber unverändert bleiben. Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Verteilung der Kriegskosten auf die kämpfenden Staaten für den Fall, daß der eine als schuldiger Teil erkannt wird, der im technischen Sinne der Angreifer war.

Die Ergänzungen, die das Genfer Protokoll für den Völkerbund jetzt vorsteht, ändern seinen Geist völlig. Die Sanktionsfrage wird neu geregelt, es werden neue Fälle für die Anwendung von Sanktionen aufgestellt und die Ausarbeitung militärischer Sanktionspläne hat zu erfolgen, daß das Wirken des Völkerbundes nicht so sehr darin bestehen soll, friedliche Zusammenarbeit zu fördern als vielmehr den Frieden dadurch zu bewahren, daß er kriegerische Organisationen schafft. Die britische Regierung erblickt darin weniger eine Schwächung des Friedensgedankens als eine Erhöhung der Kriegsgefahr. Die Auffassung der britischen Regierung ist die, daß die Schwächung des Friedensgedankens die Folge haben müsse, den Völkerbund in seiner grundlegenden Aufgabe, der Verminderung der Kriegsgefahr, zu schwächen. Aus all diesen Gründen kann die britische Regierung nicht glauben, daß die Sicherheit des Friedens durch die Annahme des Genfer Paktes gefunden werden kann. Sie ist jedoch

bereit zu untersuchen, ob nicht ein Weg möglich ist,

den man 1923 erfolglos gesucht hat. Es ist nach ihrer Auffassung nicht zutreffend, daß der Völkerbund ohne Sanktionen wertlos ist.

Der beste Ausweg ist nach der Ansicht meiner Regierung eine Ergänzung des Völkerbundespaktes durch besondere Abmachungen, für besondere Zwecke unter Mitwirkung des Völkerbundes.

Diese Abmachungen müssen reinen Verteidigungscharakter tragen und im Geiste des Völkerbundespaktes gehalten sein. Die britische Regierung denkt sich das in der Form, daß die unmittelbar in Betracht kommenden Nationen, deren Differenzen am leichtesten zu einem Kriege führen können, verbunden werden durch Verträge mit dem Zweck der Aufrechterhaltung des Friedens.

# Der Streik der Eisenbahner.

## Die Verschleppungstaktik der Reichsbahnverwaltung.

Das Organ des Deutschen Eisenbahnerverbandes „Deutscher Eisenbahner“ gibt folgende chronologische Darstellung:  
Die am 1. März beteiligten Gewerkschaften haben die Lohn- und Arbeitszeitparagrafen des RLB am 31. Januar zum 1. März gefündigt.

Die Reichsbahnverwaltung berief die Vertreter der Tarifgewerkschaften am 10. Februar zusammen, um Einzelheiten über die Lohnforderungen zu hören.

Die Reichsbahnverwaltung verlangte eine neue Aussprache am 17. Februar, um Einzelheiten über die Arbeitszeitforderungen zu hören.

Und die Reichsbahnverwaltung lud die Vertreter der Gewerkschaften erneut ein zum 26. Februar, um ihnen mitzuteilen, daß die Forderungen abgelehnt würden.

Und die Verwaltung war erstaunt, daß nun die Gewerkschaften nicht die Sache als erledigt betrachteten, daß sie ihre Forderungen aufrecht erhielten und eine Festlegung auf die alten Bedingungen ablehnten.

Aber in ihr Erstaunen kam der Verwaltung auch die Erleichterung: vertagen wir die Sache! Je länger es dauert, um so mehr wirken die neuen Abbaudrohungen, um so größer wird der Kreis der Rothhelfer, die sich um Streikbruch bereit erklären und um so geringer wird die Kampfkraft der Gewerkschaften. So dachte die Verwaltung, wenn sie ihre Gedanken auch ganz geschickt hinter Redensarten über erneute Prüfung der Sache verbarg.

Zum 5. März erst wurde erneut zu Verhandlungen geladen und erneut wurde von der Verwaltung erklärt, daß sie außer Ortslohnzulagen nichts bewilligen werde.

Sie nahm nochmals die aufrecht erhaltenen Forderungen zur Kenntnis, versprach beschleunigte neue Beratung mit dem Verwaltungsrat und

endgültigen Bescheid zum 7. März.

Diese Verhandlungen am 7. März, fünf Wochen nach dem Einreichen der Forderungen, endeten mit dem Vorschlag, über eine Erhöhung der Ortslohnzulagen ab 1. März zu verhandeln und

im letzten Drittel des Monats März die Frage einer allgemeinen Lohnerhöhung zu prüfen.

Die Eisenbahnergewerkschaften und zwar der DEB, GDE und AEB lehnten diesen nichtssagenden Vorschlag ab.

Am 12. März wurde wieder verhandelt und zwar, wie im gestrigen Abendblatt des „Vorwärts“ bereits berichtet, wiederum ergebnislos, weil die Reichsbahnverwaltung mit harter Rücksichtnahme auf die Industrie jede allgemeine Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung hartnäckig ablehnt.

Wann und welchen Ausgang dieses Trauerspiel nimmt, bleibt abzuwarten.

### Im kritischen Moment.

Der Stand des Eisenbahnerstreiks ist unverändert und wird es wohl auch bis zum Ablauf der heutigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium bleiben, zumal die Gewerkschaften bei der gestrigen „unverbindlichen Besprechung“ zuzogen, eine Verschärfung

der Streikbewegung bis zum Abschluß der heutigen Verhandlungen zu verhüten. Die Reichsbahnverwaltung, die mit ihren Direktoren in den einzelnen Bezirken darin weitest, die Bewegung als gänzlich unbedeutend erscheinen zu lassen — die Zahl der Streikenden sei nur von 1,8 Proz. der gesamten Arbeiterschaft auf 1,9 Proz. angewachsen — dürfte nicht übersehen, daß die bisherige Beschränkung des Streiks den Gewerkschaften zu danken ist, die ihre Mitglieder auf die Verhandlungen vertrieben. Kommen die Gewerkschaftsführer zu ihren Mitgliedern morgen mit leeren Händen zurück, dann könnte die Reichsbahnverwaltung, die immer noch die Forderungen der Eisenbahner mißachten zu dürfen glaubt, eine recht unangenehme Ueberraschung erleben, bei der ihr die bis jetzt zur Schau getragene Gleichmut in die Brüche gehen müßte. Den Schaden hätten freilich nicht die Herren in der Verwaltung, deren Gehälter ja nicht in Gefahr sind, sondern die Allgemeinheit. Haben diese Herren absolut kein Verständnis dafür, daß Arbeiter mit 20 Mark Wochenlohn und darunter auf die Dauer mit ihren Familien nicht existieren können, dann müßte ihnen das Schiedsgericht klar machen, daß sie mit ihren hohen sehr gut bezahlten Ämtern auch ein hohes Maß der Verantwortung für die Existenz der 700 000 Eisenbahner samt ihren Familien übernommen haben, einer Verantwortung, der sie sich offenbar bis heute noch nicht bewußt wurden. Wenn der Appell an die Menschlichkeit wirkungslos an den Herren abprallt, so muß um so mehr an ihre Pflicht hinsichtlich der Betriebssicherheit erinnert werden, die bei einem mit Hungerlöhnen abgepeisten Personal keineswegs garantiert ist. Der Hinweis auf die unter Ausnutzung der Arbeitslosigkeit in der Industrie niedrig gehaltenen Löhne ist für ein Verkehrsinstitut wie die Eisenbahn durchaus verfehlt. Die Eisenbahn hat in erster Linie dem Verkehrsinteresse zu dienen, der Sicherheit der Allgemeinheit, die ihr ihre Güter und ihre Personen zur Beförderung anvertraut und nicht den Interessen privatrechtlicher Dividendenquerschnitten.

Wir wünschen den heutigen Schlichtungsverhandlungen besten Erfolg in der Richtung, daß sie zu einem, die Eisenbahnerchaft einigermassen befriedigendem Ergebnis führen. Scheitert diese letzte Hoffnung, dann ist die Reichsbahnverwaltung für die unabsehbaren Folgen verantwortlich.

Der am 12. März 1925 in Berlin tagende Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter spricht den im Kampfe stehenden Kollegen die volle Sympathie aus und erklärt sich für die Lohnempfänger der Reichsgewerkschaft mit den Tariforganisationen solidarisch. Er fordert die Beamten-Mitglieder auf, die kämpfenden Kollegen moralisch und materiell zu unterstützen und durch ihr Verhalten gewerkschaftliche Solidarität zu betonen.

### Notstandsaktion für die Besoldungsgruppen 1—6.

Die Sozialdemokratische Reichsleitung hat beantragt, die von der Regierung seit dem 15. November 1924 gewährten Zuschläge zu den Junigehältern von 1924 für die Gruppen 1—6 vom 1. April 1925 ab von 12½ Proz. auf 20 Proz. zu erhöhen. Diese Maßnahme ist als Notstandsaktion gedacht und soll der grundlegenden Ausrichtung der Ver-

solidungsfrage vorweggehen. Der Antrag kommt heute im Haushaltsausschuß des Reichstages zur Entscheidung.

### Zwei Ergebnisse von Betriebsratswahlen.

Unter der Überschrift „Vorwärts auf dem richtigen Weg!“ bringt die „Rote Fahne“ die angeblichen Ergebnisse zweier Betriebsratswahlen. Bei der Firma Kunheim u. Co. A.-G. Niederhohenweide soll die „freigewerkschaftliche“ Liste der Kommunisten einen Riesenerfolg errungen haben. Der Führer der „freigewerkschaftlichen“ kommunistischen Liste, ein gewisser Borgsdorf, sei von den Fabrikarbeitern wegen systematischer Arbeiterfeindschaft ausgeschlossen und vom DRB, wo er sich seine Mitgliedschaft unter falschen Angaben erschlichen hatte, gleichfalls gestrichen worden. Hätte dieser tapferer „Kämpfer“ nur den zehnten Teil von dem geleistet, was er in seinen „revolutionären“ Resolutionen von anderen fordert, dann würde er heute nicht Führer einer Besatzung mit 90 Proz. Unorganisierten sein.

Bei Schering, wo die RPD angeblich 10 Sitze und die SPD 1 Sitz erhalten haben soll, sind überhaupt noch keine Wahlen vorgenommen worden. Wenn alle Siegesnachrichten der „Roten Fahne“ so aussehen, dann kann man nur mit ihr sagen: „Auf diesem Wege vorwärts!“

### Sieg der freigewerkschaftlichen Richtung.

Hamburg, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Die freigewerkschaftlichen Hamburger Straßen- und Hochbahner haben bei der Betriebsratswahl einen glänzenden Sieg davongetragen. Von 5322 Stimmen entfielen auf die freigewerkschaftliche Liste allein 3982. Die Kommunisten brachten überhaupt keine Liste auf, während die Gelben nur 198 Stimmen erhielten. Sämtliche Sitze fielen der freigewerkschaftlichen Richtung zu.

Im Hochbahnbetrieb erzielte die freigewerkschaftliche Liste 501, die kommunistische Liste diesmal nur 507 Stimmen. Die Gelben mußten sich mit 99 Stimmen begnügen. Von den 10 Sitzen des Betriebsrats der Hochbahner entfielen je 5 Sitze auf die freigewerkschaftliche und die kommunistische Richtung. Die Kommunisten hatten im vorigen Jahre einen Sitz mehr. Sie haben also auch hier an Einfluß eingebüßt und die Majorität verloren.

Verband der Maler und Lackierer! Heute, Freitag, abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Schützenwerft alle in der Industrie Beschäftigten. Tagesordnung: 1. Lohnverhältnisse und Arbeitsverhältnisse im Lackiergewerbe. 2. Die neue Schlichtung. 3. Wahl von zwei Delegierten zur Reichs-Lackierers in Hamburg. 4. Verhandlungsangelegenheiten. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig. Die Gewerkschaft.

Deutscher Arbeiterverband, heute, Freitag, abend 7 Uhr im Arbeiterheim der Betriebe, alle Gewerkschaftsmitglieder und unverbundenen Arbeiter, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Stellungnahme zu den Reichslohnverhandlungen und zum Schlichtungsbescheid. 7-9 Uhr im Saal 3 des Gewerkschaftshauses. Sitzung der ermittelten Ortsverwaltung.

Gewerkschaft Deutscher Bauteileher, Sonnabend, den 14. März, abends 7½ Uhr, im Rathaus, Zimmer 55, Besprechung. 1. Entsendung der Delegierten zum Reichslohnverhandlungen. 2. Bericht eines Vertreters aus dem DRB. 3. Die neuen lohnrechtlichen Verhandlungen des DRB. 4. Unser Kampf um Omer.

Wohnung, Zimmer! Bedonkdameroben! Sonnabend, den 14. März, in allen Betrieben Besprechung. Es soll erneut zu den uns und Schlichter betreffenden Schlichtungs Verhandlungen zu nehmen. Die Besprechung soll ab 7 Uhr im Arbeiterheim der Betriebe, im Saal 3, am Montag, den 16. März, in den bekannten Sälen. Sonntag, den 15. März, Sitzung im großen Saal des Gewerkschaftshauses.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Fremdwörter: R. B. Schiller; Verkehr und Sonstiges: Fritz Koppitz; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Brosch & Co. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch & Co. m. b. H., Berlin. Preis: 20 Pf. pro Stück. Abbestellung: Hermann-Brosch & Co. m. b. H., Berlin. Adressen: Hermann-Brosch & Co. m. b. H., Berlin. Adressen: Hermann-Brosch & Co. m. b. H., Berlin.

# A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Rosenhaler Straße Moritzplatz

Frisches Fleisch	
Kalbshamm u. Brust . . . . . Pfund	65 Pl.
Kalbsnierenbraten . . . . . Pfund	75 Pl.
Kalbskeule ganz und geteilt . . . . . Pfund	80 Pl.
Schweinebauch mit Beilage . . . . . Pfund	80 Pl.
Schweinerücken und Blatt . . . . . Pfund	90 Pl.
Schweineschinken . . . . . Pfund	95 Pl.
Lieser Pfund	80 Pl.
Gehacktes Pfund	65 Pl.
Kaßler Rippspeer u. Kamm Pfund	110
Prima fett. Ochsenfleisch gefroren	
Rinderkamm und Brust Pfund	55 Pl.
Rinderherzen . . . . . Pfund	38 Pl.
Wurstwaren	
Zwiebelwurst Pfund	68 Pl.
Rotwurst . . . . . Pfund	68 Pl.
Leberwurst Pfund	116
Fleischwurst Pfund	116
Bockwurst . . . . . Pfund	125
Jagdwurst . . . . . Pfund	130
Mag. Speck deutsche Ware Pfund	135
Fett Speck Pfund	135
Filetwurst . . . . . Pfund	140
Mettwurst Braunschweig Pfund	150
Schinkenspeck in Stücken von ca. 1½ Pfund, Pl.	165
Salamiwurst Pfund	170
Pomm. Teewurst Pfund	180
Nußschinken ca. 2 Pfund schwer Pfund	180
Gänserollbrüste in ganzen und halben Bräusen . . . . . Pfund	320
Käse	
Delikateß-Käse Stück	12 Pl.
Camembert vollfett Stück	38 Pl.
Kuhkäse . . . . . Stück	25 Pl.
Romatour . . . . . Stück	25 Pl.
Quadratkäse Pfund	35 Pl.
Stangenkäse Pfund	65 Pl.
Goudakäse dän., Pfund	68 Pl.
Tilsiter . . . . . Pfund	80 Pl.
Holländer . . . . . Pfund	85 Pl.
Emmenthaler Pfund	85 Pl.
Edamer Pfund	90 Pl. u. 105
Fische	
Grüne Heringe große Stück	45 Pl.
Flundern große ohne Kopf Stück	12 Pl.
Kabeljau ohne Kopf Stück	22 Pl.
Schollen große ohne Kopf Stück	28 Pl.
Rotbarse ohne Kopf Stück	35 Pl.
Schellfische Pfund	38 Pl.
Zander . . . . . Pfund	85 Pl.
Lebende Karpfen Pfund	150
Lebende Hechte Pfund	150
Räucherwaren	
Büchlinge Makrelen Pfund	25 Pl.
Voll-Büchlinge Pfund	45 Pl.
Fleckheringe Pfund	48 Pl.
Flundern Pfund	40 Pl. 55 Pl.

# Billigste Lebensmittel

soweit Vorrat Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

Südfrüchte		
Blutapfelsinen Duzend	48 Pl. 75 Pl. 90 Pl.	
Zitronen Duz.	30 u. 40 Pl.	
Felgen . . . . . Pfund	20 Pl.	
Ananas . . . . . Pfund	130	
Obst, Gemüse		
Kochäpfel 2 Pfund	25 Pl.	
EBäpfel 2 Pfund	35 Pl.	
Reinnetten Stück	25 Pl.	
Weißkohl . . . . . Pfund	4 Pl.	
Möhren gewaschen, Pfund	5 Pl.	
Rotkohl HOLLÄNDER, Pfund	10 Pl.	
Zwiebeln . . . . . Pfund	10 Pl.	
Malta-Kartoffeln Pfund	10 Pl.	
Sellerie große Köpfe Pfund	35 Pl.	
Blumenkohl Kopf v. 25 Pl.	25 Pl.	
Schwarzwurzeln Pfund	25 Pl.	
Kolonialwaren		
Viktoriaerbsen Pfund	20 Pl.	
Gelbe Erbsen Pfund	20 Pl.	
Gelbe Erbsen poliert Pfund	28 Pl.	
Makkaroni Brech Pfund	38 Pl.	
Schnittnudeln Pfund	28 Pl.	
Hörnchennudeln Pfund	32 Pl.	
Gem. Backobst Pfund	42 Pl.	
Bonn. Pflaumen Pfund	38 Pl.	
Kalifornische Pfirsiche Pfund	52 Pl. geschält, Pfund 86 Pl.	
Grüne Erbsen Pfund	20 Pl.	
Weißer Bohnen Pfund	20 Pl.	
Linsen große Pfund	28 Pl.	
Figurennudeln Pfund	32 Pl.	
Eierschnittnud. Pfund	42 Pl.	
Fadennudeln Pfund	45 Pl.	
Stückenäpfel Pfund	74 Pl.	
Kirschen sauer, Pfund	60 Pl.	
Konserven		
Rübchen Tellerweise 1/2 Dose	40 Pl. 70	
Karotten extra kleine 1 M	38 Pl. 60	
Gemishtes Gemüse 90		
Sellerie in Schelben 1 M	38 Pl.	
Kohlrabi in Schelben . . . . .	48	
Champignons D. 240 440		
Brech- u. Schnittbohnen Junge, Dose 85 L. Sorte	105	
Prinzeßbohnen . . . . .	110	
Junge Erbsen . . . . .	60	
Isola . . . . . 145 sehr fein	190	
Kaiserschoten . . . . .	225	
Bruchspargel ohne Köpfe 1/2 Dose	105 195	
Stangenspargel stark . . . . . 1/2 Dose	185 360	
extra stark 1/2 D. 2 M	380	
Spargelköpfe grün ohne Grün 1/2 Dose	150 290	
Apfelmus 1/2 Dose	38 Pl. 60	
Äpfel geteilt, „Melvetta“ 1 M		
Pflaumen ganze Frucht 80		
Pflaumen halbe Frucht 90		
Preißelbeeren 4 Pfund-Dose . . . . .	230 125	
Schattenmorellen ohne Stein . . . . .	125	
Ananas Hawaii, 1 Schelb. 250		
Ananas 600 Gramm-Dose 150		
Rollheringe Remoulade 150		
Delikatesseheringe ohne Grün 1/2 Dose 1 M	185	
Kronenhummern 1/2 Dose	380	
Portugies. Oelsardinen Dose 50 70 90 Pl. 120 250		
Corned-Beef 1 Pfund engl. D.	63 Pl.	
Schokolade, Kakao, Tee		
Blockschokolade Pfund	95 Pl.	
Borkenschokolade Pfund	180	
Schmelz 180 Schokolade	280	
Kakao „Sensdorp“, in Pak., stark en-Bl, Pfund	70 Pl.	
Indisch. Mischung 70 140 280		
Chines. Mischung 75 150 300		
Ceylon Mischung 80 160 320		
Barjeel. Mischung 85 170 340		
Holstein. Rindfleisch ohne Knochen 3 Pfund-Dose		85 Pl.
Erbsen mit Schweinefett. 2 Pfund-Dose		65 Pl.
Konfitüren in 2 Pfund-Eimer		
Orangen 88 Pl.	Machbeerchen 80 Pl.	
Pflaumen 88 Pl.	Himbeerchen 105	
	Kirschen 115	
Dänische Milch 7-8 Prozent Fettgehalt große Dose		25 Pl.
Pfeffernüsse Mecklenburger . . . . . Pfund		70 Pl.
Geflügel, Wild		
Enten holländische, Pfund	125	
Junge Tauben Stück	135	
extra groß, Italien., Stück	210	
Brat- u. Suppenhühner frisch geschlachtet, Pfund	165	
Hirschblättler Pfund	110	
Wein		
Preise für 1/2 Flasche einschließl. Steuer ohne Glas		
Edel-Apfelwein mild, 70 Pl.	1921 Chät. Duden Propr. 520	
Johannisbeerwein rot, 110	Bayl., edler weiß. Bord. 520	
1922 Neckarsulmer 1 M	1922 Siefersheimer 1 M	
1922 Rotwein 120	Martinsberg Rhein-basse 1 M	
1922 Grandes Côtes französischer Rotwein 120	1922 Remicher Goldberg pikanter Mosel . . . . . 130	
1922 St. Justin Marquis Risoldo voller span. Rotwein 160	1920 Gimmeldinger Kieselberg Wachstum Koch 160	
1921 Mettenheimer Michelsberg Wachstum Bürgermeist. Math. rheinisch. Rotwein 250	1921 Niersteiner 2 M	
1921 Graves de Sudos Propr. Départ. libellier, weißer Bordeaux 240	1920 Königsbacher Reiterpfad Wachstum Winterverein, feinblumig. Pflanzler 250	
1919 Haut Sauternes weißer Bordeaux, süß 350	1921 Brauneberger Riesling blumig. Diner-Mosel 3 M	
1921 Haut Sauternes Propr. Destanque, süß 450	Tarragona rot, süß 160	
Durch das deutsch-portugiesische Handelsabkommen billiger Douro-Portwein (A. A. Calem u. Filho) rot, all 275	Malaga goldener dunkel, 2 M	
Insel-Madeira (Vva. Alindadam, Funchal) 310		
Jamaica Rum-Verschnitt 40 Vol. 320		
Deutscher Weinbrand Allerhand-gold, Orig. 320		

**Mondamin**  
zum Backen- und Kochen, vorzüglich für Kuchen, Suppen, Tunkeln  
225 Gr.-Paket **33 Pl.**

**Mondamin-Backpulver** Ohne Pulvergeschmack **8 Pl.**  
**Mondamin-Puddingpulver** Beliebte Sorten **8 Pl. 12 Pl.**  
**Mondamin-Vanille-Soßenpulver** **7 Pl.**  
**Mondamin-Feinkost-Pudding** Für die gute Küche . . . . . **25 Pl.**

Ableitung  
**Seifenblumen**  
Leipziger Straße

**Gemüse- u. Blumensamen**  
**Steckzwiebeln** Pfund **65 Pl.**  
**Grassamen** Tiergarten-Mischung Pfund **65 Pl.**  
**Grassamen** Puckler-Mischung Pfund **85 Pl.**  
**Hornspäne** Pfund **40 Pl.**

**Blühende Topfpflanzen**  
**Krokus** Topf **45 Pl.**  
**Hyazinthen** Topf **85 Pl.**  
**Primeln** Topf **85 Pl.**  
**Narzissen** große Töpfe Topf **140**

Zur Aufwertung von Spargroschen.

Anträge in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern eine Aufwertungsdebatte. Zwei Anträge zur Aufwertung von Sparguthaben, ein sozialdemokratischer und ein deutschnationaler, wurden vom Ausschuss zur Annahme empfohlen.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordneten erfolgte die Einführung des neuen Stadtmédizinalrats Prof. Dr. v. Drigalski.

Der Bürgermeister Böß hob in seiner Einführungsansprache die Verdienste des neuen Magistratsmitgliedes auf kommunalem wie auf wissenschaftlichem Gebiete hervor.

Die Gesundheitsfrage unserer Kinder und Erwachsenen, die durch Krieg und Inflation schwer gelitten haben, wiederhergestellt wird, dem das kostbarste Gut des Volkes sei die Gesundheit.

bösartigen Ausfällen auf den Oberpräsidenten.

daß ihn der Vorleser vor der Wiederholung bescheidiger Ausdrücke warnte. Auch der Magistrat kam bei Dörr sehr schlecht weg.

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

44] Von Wilhelm Hegeler.

Wer es auch immer gewesen sein mag, dachte Hoff, der mir meine Raube vorweggenommen hat, ich brauche ihren Lauf nur nicht zu unterbrechen: ehe der Tag herum ist, wäre alles geschehen.

Dieser Gedanke hielt jedoch den raschen Lauf seiner Überlegungen durchaus nicht auf.

Vor allem galt es, Instrumente herbeizuschaffen. Ohne die war nichts zu machen. Er fragte den Chauffeur, ob er im Ort einen Arzt wählte. Dieser bejahte.

„Dann fahren Sie mich sofort hin. Los!“ Er schrie der Alten zu, bei dem Verwundeten sitzen zu bleiben, aber nicht anzurühren, und eilte hinaus.

Der Arzt war über Band gefahren. Aber seine Frau stellte dem Professor die nötigen Instrumente zur Verfügung, versprach auch, ihren Mann so schnell wie möglich nachzuschicken.

Die Hinfahrt, das Suchen der Instrumente hatte kaum eine halbe Stunde in Anspruch genommen. Auf der Rückfahrt dachte Hoff: wenn er stirbt, ist er Sieger. Er muß durchkommen, um mir Rechenschaft zu geben. Helfe ich ihm darum? Unsinn! Man tut nur seine Pflicht.

Nachdem er sich überzeugt hatte, daß der Verwundete noch lebte, sagte er zu dem Chauffeur:

„Ich habe eine Bitte an Sie. Sie sehen, Ihr Herr hat so viel Blut verloren, daß er in kürzester Zeit draufgeht, wenn ihm nicht neues Blut eingepumpt wird. Ich möchte Ihnen ein Schälchen Blut abzapfen. Sind Sie dazu bereit? Besondere Gefahr ist bei der Sache nicht. Jedenfalls wird Herr Rysch, der ja ein reicher Mann ist, Sie dementsprechend belohnen. Wollen Sie?“

Aber der stämmige Chauffeur, der eben noch so betäulich und hilfsbereit sich an den Arzt herangebracht hatte, war schon bei dessen ersten Worten ängstlich nach der Tür hin zurückgewichen und erklärte, darauf ließe er sich nicht ein, um seinen Preis! Seine gesunden Glieder seien sein einziges Kapital. Wer zahle seiner Witwe Pension, wenn er drausginge?

„Also dann nicht! Zeit haben wir keine zu verlieren. Dann helfen Sie mir wenigstens. — Mutter, sehen Sie mal einen Kessel mit heißem Wasser auf!“ schrie er die Alte an. „Aber der Kessel muß ganz sauber sein. Verstehen Sie! Absolut sauber.“

Er holte den Gummischlauch, an dessen beiden Enden zwei

gegenüber, nicht anerkannt worden ist; dessenungeachtet beantragte er Ueberweisung an den Wahlausschuß. Nach diesem Antrag beschloß die Versammlung. — Eine Anfrage der Deutschen Volkspartei will Auskunft haben, weshalb der Magistrat die Schankkonzession für den Ausschank im Freibad Wannsee beantragt hat, und ob er bereit ist, dem Verwalter des Freibades den Ausschank alkoholischer Getränke zu verbieten.

daß sich das Freibad Wannsee mit seinem wundervollen Badesande jedem gutem Offseebade an die Seite stellen könne, die Bürgerchaft es nicht nur aussuche, um dort zu baden, sondern sich daselbst tagsüber aufzuhalten und daß selbst Familien dort die ganze Ferienzeit verbringen.

Die Bürgerchaft es nicht nur aussuche, um dort zu baden, sondern sich daselbst tagsüber aufzuhalten und daß selbst Familien dort die ganze Ferienzeit verbringen. Dem Wunsche des größten Teils der Besucher, den Flaschenbierverkauf zu gestatten, entsprechend und um das Einschmuggeln von Bier und die lästige Kontrolle unnötig zu machen, hat nicht der Magistrat, sondern der Bäcker des kleinen Restaurants die Erteilung der vollen Konzession beantragt.

Gen. Reimann, der sich in der Besprechung als „Nicht-Antialkoholiker“ vorstellte, konnte auch nicht lassen, daß es um die Sittlichkeit schlecht bestellt sei, wenn eine Flasche Bier trinkt. (Große Heiterkeit.) Mit einem allgemeinen Alkoholverbot für ganz Deutschland würde sich die Sozialdemokratie abfinden, aber die Zweckmäßigkeit des Verbots für Wannsee sehe man nicht ein.

Kanülen von der Dicke eines Streichholzes befestigt waren, Messer, Schere und Verbandgaze hervor. Nachdem er dann eine Kanüle in die Armvene des Verwundeten eingeführt und befestigt hatte, legte er mit einigen kurzen Schnitten die Pflaube seines linken Armes frei und band die andere Kanüle dort ein.

Wie Hoff so am Betttrand saß, die Hand Ryschs in seiner Linken, und beobachtend sich über ihn beugte, hätte man die beiden für zwei Freunde halten können, von denen der eine zärtlich über den Schummer des anderen wacht. Der Chauffeur, die Akzessorlampe seines Autos hochhaltend, stand noch immer ängstlich auf der Schwelle und schaute mit dumpfer Verwunderung zu.

Nach einiger Zeit begann die Wunde frisch zu bluten. Hoff entfernte die Kanüle aus seinem Arm, legte die Wunde zu und wickelte einen Verband darum. Dann bereitete er in der Küche eine Kochsalzlösung und injizierte dem Verwundeten davon eine größere Menge. Aber damit war seine Kraft auch zu Ende.

Er legte sich, gab dem Chauffeur einige Anweisungen, seine Stimme verlor sich jedoch in unverständliches Murmeln, und sein Kopf fiel auf die Seite. Der Chauffeur konnte gerade noch herbeispringen und den vom Stuhl Rutschenden auffangen.

Es war ein Glück, daß nach einigen Minuten das Wägelchen des Arztes vor dem Hause hielt. Er hatte den Amtsrichter und einen Postgebiener mitgebracht. Der Arzt hielt es für das Richtige, sich zuerst um den Ohnmächtigen zu kümmern, der nach einiger Zeit wieder zu sich kam. Hoff teilte ihm mit, welche Maßnahmen er ergriffen hatte. Ueber den Unglücksfall selbst konnte er den beiden Herren keine nähere Auskunft geben.

Als bald darauf dieselben Männer, welche Rysch in das Haus gebracht hatten, mit der Meldung kamen, daß die Leiche des Försters noch im Walde läge, entfernten der Amtsrichter und der Polizeidiener sich. Hoff und der Arzt begannen den Verwundeten zu verbinden. Nachdem das geschehen war, fuhr Hoff auf Anraten des Arztes, der ihm mit vorsichtiger Dringlichkeit bemerkte, daß sein Herz nicht intakt zu sein scheine, in das Gasthaus zurück, ließ sich, ohne nach Elisabeth zu fragen, ein Zimmer geben und wollte sich niederlegen. Aber mehrfach mußte er die geringe Nähe des Ausleidens unterbrechen und sich mit geschlossenen Augen ausstrecken. Es war nicht der Blutverlust, der diesen ohnmächtigen Zustand verursachte, und das umförmige Dunkel, hinter dem ihm alles entglitt, kam nicht aus körperlicher Schwäche, kam aus der Leere und Traurigkeit seines Herzens.

um ihn zu beseitigen und zu verhindern, daß ähnliche Einrichtungen dort wieder entstehen.

Es folgte dann die zweite Beratung der Anträge der Deutschen nationalen und unserer Genossen betreffend

Aufwertung von Sparkassenguthaben.

Der Antrag Heimann vom 29. Januar forderte die Ausdehnung der bereits in dieser Richtung vorgesehenen Maßnahmen auf alle über 60 Jahre alten Sparer und die Bereitstellung einer eventuell über die schon bewilligten fünf Millionen hinausgehenden Summe, der Antrag Dr. Steiniger ebenfalls die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre und die Gewährung eines Vorschusses von 10 Prozent bis zum Höchstbetrage von 100 M. auch in den Fällen ohne Nachweis der Bedürftigkeit, in denen Familienergebnisse, Krankheit oder Unglücksfälle eine Realisierung der Sparguthaben erforderlich machen.

Reichsfinanzminister v. Schlieffen den Ausspruch getan, daß die Aufwertungsfrage sich für Deutschland zu einem Verhängnis auszumachen drohe.

Die Deutschnationalen hätten eben unter falscher Flagge gekämpft und hätten gar nicht daran, jene demagogischen Wahlversprechungen zur Wahrheit zu machen. Das sei bisher das Ergebnis der Rechtsregierung im Reiche. Die Deutschnationalen hätten die Kante der Steuererhöhung in der Hand; mögen sie doch die Tür öffnen, um im Reiche wie in den Kommunen die Aufwertung zur Tat werden zu lassen!

Völlige Aufklärung des Mordes an Frau Altermann.

Der Mord an der Frau Altermann in der Langen Str. 20 ist jetzt vollständig aufgeklärt. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der Brauereiarbeiter Wöpel, der sich nach einem Sittlichkeitsverbrechen in Kerker erkämpfte, der Täter gewesen ist.

Kurze Zeit nachdem Hoff fortgefahren war, erschienen Elisabeth und ihre Schwester, die inzwischen eingetroffen war, im Forsthaus. Der Arzt teilte den beiden Damen mit, was er von den Geheimnissen wußte. Während Margret auf Elisabeths Bitte bei dem Verwundeten blieb, eilte diese in das Gasthaus zurück.

Als sie vorsichtig ihres Mannes Zimmer öffnete, schlug Hoff die Augen auf, schloß sie aber wieder, sobald er seine Frau erkannte. Elisabeth wollte sprechen, wollte seine Hand ergreifen, als sie aber an deren Gelenk den weißen Verband erkannte, drückte sie auf die unbeweglich nebeneinander ausgestreckten Finger nur einen inbrünstigen Kuß.

Er wies die neben dem Bett Knieende auf einen Stuhl und sagte dann, das an Blässe den Bettlächern gleiche Gesicht zu ihr hinwendend, mit einer etwas matten und rauhen, aber von jedem höhnischen Unterton freien Stimme:

„Du kannst vollständig beruhigt sein. Er hat Glück gehabt und wird mit dem Leben davonkommen.“

Sie wollte etwas antworten, aber er schloß mit ungeduldiger Miene die Augen. Nach einem kurzen Moment fuhr er fort:

„Ich werde morgen abreisen.“

Sie unterbrach ihn, er wiederholte seine Worte:

„Ich werde abreisen. Ich wünsche nicht, daß du mitkommst. Die Kinder mögen einstreifen bei dir bleiben. Ein ferneres Zusammenleben von uns beiden kann ich mir nicht vorstellen. Du hast mir das Bitterste gesagt, was eine Frau einem Manne sagen kann. Zehn Jahre sind wir verheiratet gewesen, du und die Kinder waren mein ganzes Glück, und ich glaubte, daß auch du glücklich seiest. Und nun sagst du, es hätte ein anderer kommen müssen, der dich liebte, was Liebe ist. Ich will dir offen bekennen, daß mir diese Art Liebe fremd ist und immer fremd bleiben wird. Ich will dich nicht halten. Es wäre mir richtiger erschienen, wenn du oder dein Freund mir gesagt hätte, wie ihr miteinander steht. Unterbrich mich nicht, gleich bin ich zu Ende. — Ich meine, so viel Vertrauen und auch so viel Rücksicht auf meine Ehre hätte ich wohl verdient. Ich wollte deinen Freund zur Rechenschaft ziehen. Ich werde es nicht tun. Es ist lächerlich, dem Lauf des Schicksals vorgreifen zu wollen. Ich werde euren Glück nicht im Wege sein. Laß mich doch ausreden! Vielleicht tun dir jetzt meine Worte von vorhin leid und du glaubst, anders zu empfinden. Aber morgen würdest du schon bereuen, was du jetzt sagst. — Zehn Jahre ein glückliches Zusammenleben, und es war nichts als Lüge, nichts als . . . es ist nichts, so laß doch . . . was machst du . . .?“

(Fortsetzung folgt.)

Altermann tödlichen werde. Sein Haß auf die Frau kam wohl daher, daß er sie im Verdacht hatte, ihm im November d. J. eine Lutsche mit 100 M., die der Brauerer gehörte, gestohlen zu haben. Arbeitsgenossen Wörpels bekunden, daß dieser wiederholt von seiner Arbeitsstelle nicht nach Hause durchfuhr, sondern an der Längeren Straße ausstieg. Eine Zeugin erkennt in Wörpel nach dem Lichtbild den Mann wieder, mit dem Frau Altermann am Abend des Nordes in das Haus hineingegangen ist.

### Nachlese.

Der Wochenmarkt ist beendet. Auf dem Platz, auf dem er stattgefunden, sieht es mir aus. Die Waren der Händler, die hier ihre Waren zum Verkauf gestellt haben, sind im Abrollen begriffen. Was sie hinterlassen auf dem Platz, liegt noch kraus und wird durcheinander und wartet darauf, daß die Kolonne der Straßenreiniger kommt und Ordnung schafft. Da liegen neben achtlos fortgeworfenen Papieren ein paar angefaulste Äpfel und Mandarinen, die vom Verkaufstisch heruntergefallen sind, da sieht man Knochen, die einem Schlächter vom Tisch gefallen sind, man findet kleine Stücken Fleisch, die beim Zerschneiden eines großen Stückes zu Boden gegliedert sind, ein paar Wurstspitze und Wurstscheiben liegen daneben, und andere „Delikatessen“ mehr.

Auf dem leeren Platz steht ein Kriegskrüppel. Er hat ein Holzbein, bewegt sich nur schwer und mit Hilfe von zwei Stöcken vorwärts, und seine Kleidung ist so ärmlich und dünn, daß der Winterwind überall ungehindert Eingang und Durchgang findet. Der noch junge Mensch mit dem Eideckel humpelt auf dem leeren Wochenmarktplatz zwischen den leeren Tischen und Ständen umher und starrt mit dem Stock in den auf dem Erdboden liegenden Papieren. Was er findet, hebt er schnell und wie gierig auf und steckt es in die tiefen Taschen seines verschliffenen Militärmantels. Wenn der Hund ein besonders guter und großer gewesen, wenn er da, wo ein paar Stunden vorher Bäder gestanden haben, eine zur Erde gefallene Schrippe findet, so glänzt sein Auge. Schnell läßt er sie in der Manteltasche verschwinden und sieht sich schon um, ob nicht ein anderer, ein Konkurrent von ihm ebenfalls auf dem Platz steht und noch derartigen Schätzen Ausschau hält.

Nachlese! Gewiß nichts Seltenes und nichts Unbekanntes. Seit langem schon findet man an diesen und jenen Stellen, auf denen Nahrungsmittel feilgeboten worden sind, und namentlich in der Nähe der Markthallen, arme Menschen, die das suchen, was andere verlotern oder achtlos fortgeworfen haben. Aber dieses paßt anders, weil eben ein Mensch, ein Zeuge der „großen Zeit“ und ein Rückkehrer aus dem Stahlbad, den man zum Krüppel geschossen hat, in Abfällen und Rehräutern sucht. Und unwillkürlich denkt man: Nachlese vom großen Krieg! und man denkt an jene lieben Staatsbürger, die seit langem schon eifrig bemüht sind (Gott sei Dank können sie es nur mit dem großen Raul tun!) zu einem neuen Krieg zu rufen.

### Die feindlichen Frauen.

Aus einer Hundegeschichte hat sich ein Meineidprozeß entwickelt, der ein junges Mädchen, Anna Witt, vor das Schwurgericht des Landgerichts II führte. Die Angeklagte war bei einem Schlächtermeister Kube in Köpenick in Stellung und führte am 8. Februar d. J. auf den Mann dressierten Schäferhund des Schlächtermeisters, die Treppe hinauf, als gerade die Hauswirtin Hahnelt, die ans Telefon gerufen wurde, eilig die Treppe hinunterließ. Frau Hahnelt behauptete nun, daß sie von dem Hund, der trotz der Sperre keinen Maulkorb hatte und ohne Leine gewesen sei, angefallen worden sei und daß ihr der Hund die Kleider bis auf die Unterwäsche zerriß. Es entstand ein Mißverständnis, in welchem Frau Hahnelt behauptete, daß der Hund ohne Maulkorb gewesen sei; dieselbe bestätigte ihre Hausanerkennung. Die Angeklagte gab dagegen dem widersprechend unter Eid an, daß der Hund einen Maulkorb getragen habe und von ihr auch an der Leine geführt worden sei. Einige Zeugen bezeugten auch, daß der Hund kurz vorher, als sie aus dem Baden kamen, einen Maulkorb gehabt habe, dagegen haben andere Zeuginnen den Ausschluß der Hauswirtin gehört. Die Verhandlung ergab auch, daß zwischen der Angeklagten und der Hauswirtin seit langem Feindschaft bestanden habe, und beide Frauen hielten dafür Mißverständnisse, daß sie mißhandelt worden seien. Jede wollte von der anderen zuerst angegriffen worden sein. R. A. Puppe verwies auf die Gefahren von Auslagen der Brautgegner aus Zivilprozeßen und hielt die Sache nicht für genügend angeklärt. Das Schwurgericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Wargardt kam jedoch zu der Überzeugung, daß die Angeklagte einen Meineid geschworen habe. Das Urteil fiel aber sehr milde aus, da als Strafmaßnahme angenommen wurde, daß die Angeklagte sich bei Angabe der Wahrheit selbst des Vergehens gegen das Strafgesetzbuch bezichtigt hätte. Mit Rücksicht auf ihre Jugend wurde sie nur mit 4 1/2 Monaten Gefängnis, der niedrigsten zulässigen Strafe, bestraft.

### Modelsport in den Müggelbergen.

Aus Anlaß der zahlreichen Unfälle, die sich im vergangenen Winter gelegentlich der Ausübung des Modelsports in den Müggelbergen ereignet haben, weist das Polizeiamt Köpenick die Model- und Ausflüger darauf hin, daß für die Ausübung des Modelsports in den Müggelbergen nur die von der Stadt Berlin zur Verfügung gestellten Bahnen in Betracht kommen, und zwar 1. von der Bismarckstraße in westlicher Richtung auf des Teufelsees, 2. östlich der sogenannten Kanonenbrücke und der Sandquartier in südlicher Richtung bis zur Birkenallee, 3. parallel dem Austausch der Bahn zu 1 an der östlichen Seite des Restaurants „Baudschänke“. Die beiden letztgenannten Bahnen sind hauptsächlich für Kinder bestimmt. Vor der Benutzung aller anderen sogenannten „wilden“ Modelbahnen wird wegen der damit verbundenen Gefahren eindringlich gewarnt. Verboten ist das Modeln auf dem Fußwege von der Birkenallee zum Aussichtsturm, dem Wege von der Baudschänke zum Teufelsee nach dem Bismarckturm bis zu der in halber Höhe befindlichen Holzbrücke sowie auf dem östlich vom Bismarckturm nach dem Restaurant Bräutigarten führenden Fußwege. Die verbotenen Stellen sind durch Aufstellung von Warnungstafeln gekennzeichnet. Das Publikum wird dringend gebeten, schon im eigenen Interesse den Anordnungen der Aufsichtsbeamten unbedingt Folge zu leisten.

### Private und öffentliche Säuglingsfürsorge.

Auf der Tagung des Reichsverbandes der privaten Krankenanstalten, die in diesen Tagen zusammen mit der Hygienekommission in Berlin stattfand, besprach man sich sehr heftig darüber, daß die privaten Krankenanstalten sehr stark unter der Konkurrenz (!) der kommunalen Anstalten litten. Die Anstaltsbesitzer führten aus, daß vielfach neue Heime für die Jugend und für die Säuglinge errichtet würden, und daß, um Ersparnisse zu machen, vielfach Säuglinge aus den privaten Anstalten, in denen sie auf untergebracht worden seien, weggenommen würden, und daß sie dann entweder in Familien oder in Kommunalanstalten untergebracht würden. Hierzu ist folgendes zu sagen:

Grundsätzlich ist daran festzuhalten, daß die Fürsorge für die Säuglinge von hervorragendem öffentlichen Interesse ist und daß schon aus diesem Grunde die Kommunen sich aufs eingehendste mit den Fragen beschäftigen müssen. Wünschenswert ist natürlich, daß überall von der Kommune die notwendigen Anstalten für die Säuglingsfürsorge zur Verfügung gestellt werden. Wenn hier in Deutschland noch sehr vieles zu geschehen hat, so liegt dies einmal an den Finanzverhältnissen der Städte, vor allem aber an dem § 5 des Fürsorgegesetzes, der bestimmt, daß dort, wo private

Anstalten bestehen, die Errichtung von öffentlichen Anstalten zu vermeiden ist. Schon aus diesem Grunde wird man nicht umhin können, auch in privaten Anstalten die Säuglingsfürsorge, wo sie sich haben, zu befassen. Selbstverständlich muß bei der Auswahl der Anstalten, in welche die Säuglinge gegeben werden, das Wohl des Säuglings das oberste Gesetz sein. In der Höhe der Pflegegebühren darf die Unterbringung in eine Privatanstalt, wenn diese für das Wohl des Säuglings besser zu sorgen in der Lage ist, nicht scheitern. Natürlich ist eine Überwachung der Einrichtungen und der Behandlung der privaten Anstalten dringend geboten. Sie muß so scharf wie nur möglich sein.

### Allgemeine Funktionärinnen-Konferenz (Agitation / Wohlfahrt / Kinderfreunde)

Freitag, den 13. März, abends 6 1/2 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof III

Tagesordnung: Die Reichspräsidentenwahl. Referentin: Gen. Mathilde Wurm. Eintrittskarte 6 Kr.

### Die Furcht vor dem Falschheid.

Er will schwören, daß er nicht die Wahrheit gesagt habe.

Ein sonderbarer Vorgang, wie er wohl einzig in der Kriminalgeschichte Mecklenburgs dastehen dürfte, ereignete sich vor dem Schöffengericht Rütze. Als der Zeuge einen Eid leisten sollte und die Eidesformel: „Ich schwöre, daß ich die reine Wahrheit gesagt habe“, laut nachsprach, fügte er zu seiner „Sicherung“ ein lautes „nicht“ ein, das aber noch rechtzeitig von dem Richter bemerkt wurde. In dem zweiten Fall kniete der Zeuge, der durch seine Eideszusage seine eigene Ehefrau ins Gefängnis bringen wollte, plötzlich zusammen und lehnte den Eid ab. Das Gewissen war in beiden Fällen doch der Stärkere.

In dem ersten Fall sollte gegen einen Händler von Doren verhandelt werden, der wegen Münzverbrechens angeklagt war, weil er bei der Herausgabe gefälschter Billionen seine Abgabe gemacht worden war. Der Angeklagte bestritt jede Schuld und behauptete, daß er die Scheine von einem unbekanntem Mann beim Verkauf einer goldenen Uhr in der Ringstraße erhalten habe. Er gab allerdings zu, daß ihm selbst das Geschäft mit dem Unbekannten „mies“ vorgekommen wäre, aber er habe keine Ahnung gehabt, daß er falsche Banknoten bekommen habe. Nun erinnerte sich aber der Vorstehende, Landgerichtsdirektor Dr. Behnmann, daß er kürzlich vor derselben Abteilung eine Falschmünzerverbände abzurufen gehabt habe, die die Hauptschuld auf einen Holländer geschoben hatte, dessen Persönlichkeit als einen Mann mit schwarzen Backen geschildert wurde. Diese personale Beschreibung paßte genau auf den jetzigen Angeklagten; deshalb ließ der Vorstehende den Hauptangeklagten aus dem früheren Prozeß, Hadalski mit Namen, aus dem Gefängnis vorführen. Hadalski, der wegen Münzverbrechens eine mehrjährige Zuchthausstrafe erhalten hatte, erklärte auf Befragen, daß er den Angeklagten nicht kenne und nie gesehen habe. Trotz der schärfsten Ermahnungen blieb er bei dieser Angabe. Der Vorstehende wollte nunmehr zur Verurteilung dieses Zeugen schreiten. Hadalski hob auch die Hand hoch und sprach ruhig die ersten Worte der Eidesformel nach. Als er an die Worte kam: „Ich schwöre, daß ich die reine Wahrheit gesagt habe“, sagte er leise ein „nicht“ ein, so daß der Sach leantete: „daß ich nicht die reine Wahrheit gesagt habe“. Natürlich brach der Vorstehende die Verurteilung ab und nahm den merkwürdigen Zeugen nochmals scharf ins Geziel. Hadalski erklärte nun: „Bei Gott kann ich das nicht behaupten, ich will lieber die Wahrheit bekennen“ und so geschah es dann, daß der Angeklagte von Doren der Mann sei, der ein sehr tätiges Mitglied der Falschmünzerverbände gewesen sei. Unter der Wucht dieses Geständnisses ließ sich der Angeklagte dann auch bewegen, ein Bekenntnis abzugeben. Das Schöffengericht verurteilte von Doren zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus und Ehrverlust.

### Die Raube des geschiedenen Ehemannes.

„Wenn ich im Zuchthaus sitze, soll sie auch brennen.“ Das hatte ein wegen schweren Diebstahls zu mehrjährigem Zuchthaus verurteilter Mann namens Winterfeld Bekanntes gegenüber geäußert. Laßliche hatte er vom Gefängnis aus seine geschiedene Ehefrau Clara bezichtigt in einer Gemeindefestung, in der sie Aufwartedienste verjah, die Schränke erbrochen und Gegenstände entwendet zu haben. Der Verteidiger hatte einen Gegenbeweis angebracht, daß es sich um einen Raubakt handelte und daß der Angeklagte Gefängnisstrafen gegenüber geäußert hatte, es komme ihm nicht darauf an, wenn die Sache schief gehe, wegen wissenschaftlicher Aufschluß noch einige Monate länger zu sitzen. Beim Zeugnisauftritt wollte Winterfeld sich, als die Anklage gegen seine frühere Frau zur Verhandlung kam, auf diese stützen und konnte nur mit Gewalt zurückgehalten werden. Vor Aufregung bekam die Frau Herzkrämpfe. Hinterher scheint sich der Ehemann aber eines Besseren besonnen zu haben denn als es darauf ankam, daß er seine Anschuldigungen durch den Eid erhärten sollte, verweigerte er plötzlich seine Aussage. Die anderen Zeugenvernehmungen ergaben die völlige Unschuld der Angeklagten, so daß sie vom Schöffengericht auf Kosten der Staatskasse freigesprochen wurde.

Opfer der Glätte. Kaum sind Frost und Glätte eingezogen, so sind auch schon Opfer der Glätte zu verzeichnen. Die 26 Jahre alte Bäckerin Ella Jm aus der Elstiger Straße 11 glitt gegen 10 1/2 Uhr abends infolge der Glätte vor dem Hause Admiralstr. 8 aus und trug einen Beinbruch davon.

### Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 13. März.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).

6.40 Uhr abends: Dr. Paul Hirsch-Mannroth: Festschrift und Entstehungsgeschichte. 1. Vortrag: „Entstehungsgeschichte“. 7 Uhr abends: Wege zum Wissen: „Rubens und van Dyck, die großen Niederländer“. 7.30 Uhr abends: Dr. Heinrich Zellner (öffentlich angestellter Chemiker): „Unsere Nahrung- und Genussmittel, ihre Bedeutung und ihre Verfälschungen“. 8 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Abteilung Bildungskurse): Gartenbau. Gartenbaudirektor Ludwig Lesser: „Gartenarbeiten im Frühling“. 8.30 Uhr abends: Kammermusik. 1. Quintett O-Dur, op. 163, Schubert, Allegro ma non troppo — Adagio — Scherzo (Presto, Andante sostenuto, Presto) Allegretto più Allegro (Prof. Robert Zeller, 1. Violine; Albert Nagel, 2. Violine; Otto Urack, Bratsche; Hermann Hoff, 1. Cello; G. Walter, 2. Cello). 2. „Brahms“, aus „Schattenbilder“, Herbert Eulenberg (Karl Zander, Rezitation). 3. Sestett B-Dur, op. 18, Brahms, Allegro ma non troppo — Andante ma moderato — Scherzo (Allegro molto) — Rondo (Poco Allegretto e Grazioso) (Prof. Robert Zeller, 1. Violine; Albert Nagel, 2. Violine; Otto Urack, 1. Bratsche; Hans Schmitt, 2. Bratsche; Hermann Hoff, 1. Cello; G. Walter, 2. Cello). Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatervorstellung.

### Gnadengesuch für die Lehrerin Siegemann.

Für die kürzlich vom Schöffengericht Bonlow zu acht Monaten Gefängnis verurteilte Lehrerin Helene St. hat ihr Verteidiger ein Gnadengesuch eingereicht und zur Verantwortung desselben eine Reihe von Unterschriften beigebracht. Unter den Unterschriften des Gnadengesuches befinden sich die Namen von Professor Albert Einfield, Frau Professor Käthe Roswig, Frau Dr. Helene Söder, Clara Wiebig, Gertrud Eysold, Hedwig Wangel, Marie von Farnen, Graf von Montgelas, Georg Bernhard und von zahlreichen Berzeln und Schriftstellern, sowie Juristen.

### Warnung vor einem Schwindler.

Der Zimmererverband teilt uns mit, daß ein Mann, der ständig seinen Namen wechselt und sich nicht Gunde nannte, seit Jahr und Tag die Wohnungen von Mitglieder des Verbandes aufsuche, mit der Klage, er habe Schaden auf der Straße mit seinem Handwagen erlitten. Zur Reparatur gebrauchte er Geld. Seine Tage schwankt zwischen 30 Pf. und 3 M. Im Oktober und November vorigen Jahres trieb er sein Handwerk im Osten Berlins, im Dezember in Steglitz, in den beiden letzten Monaten in Reinickendorf und zuletzt in der Gegend der Köpenicker- und der Schmidtstraße. Der Gauer wird als ein etwa 40jähriger mittelgroßer Mann beschrieben, mit vollem Gesicht und kleinem rotblonden Schnurrbart. In Reinickendorf und Bittenau sammelte er bei Geschäftleuten „Streitgeld“ für streifende Zimmerer. Insbesondere die Familien der Zimmerer werden von dem Menschen gemarrt. Wenn möglich, ist er der Polizei anzuschleusen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß ein Streit für Zimmerer gegenwärtig nicht besteht.

### Achtung, Mitglieder der Konsumgenossenschaft der 27. Verkaufsstelle.

Verammlung aller E.P.D.-Mitglieder bei Rietze, Emdener Straße, Ede Wilschstraße, heute Freitag 7 1/2 Uhr.

### Das Fundbüro der Straßenbahn wird wegen baulicher Veränderungen im Verwaltungsgebäude am Leipziger Platz verabschiedet.

Das Fundbüro wird nach dem Straßenbahnhofs Urbanstraße 167, Ede Wilschstr., verlegt. Es ist dort wie bisher werktäglich von 10 bis 8 Uhr, Sonnabends nur von 10 bis 1 Uhr, geöffnet. Von Freitag, den 13. März, bis Montag, den 16. März, bleibt das Fundbüro geschlossen.

### Das Hauptfundamt im Polizeipräsidium.

Unserem Artikel über das Hauptfundamt ist ein kleiner Fehler unterlaufen. Das Publikum soll nicht erst nach 20 Tagen nach seinen Sachen erkundigen, sondern bereits nach Verlauf von zehn Tagen nachfragen.

### Ordner der proletarischen Feiertage!

Montag, den 16. März, abends 8 Uhr: Sitzung bei Hofmann, Kocher Str. 8.

### Jubiläum.

Am 13. März feierte Genosse Eduard Grammat-Schwarz das 25. Lebensjahr. Am gleichen Tage feierte Genosse Grammat auf eine glänzende Weise sein 25. Lebensjahr.

### Überall Schneefälle und Kälte.

#### Im Thüringer Wald 13 Grad.

Der plötzlich einsetzende Rückfall in den Winter, nachdem wir uns auf dem Weg in den Frühling glaubten, hat sich über ganz Europa ausgebreitet und aus allen Teilen Deutschlands werden heftige Schneefälle, verbunden mit Frost gemeldet. In Berlin haben die Schneefälle die üblichen kleinen Verkehrsstörungen zur Folge. Auf den Rettungswegen des Rettungswesens wurden gestern etwa 30 Personen behandelt, die durch das Stottern zu Schaden gekommen waren. Es handelt sich in den meisten Fällen um leichte Verletzungen, wie Verstauchungen und kleinere Verwundungen. In einigen Fällen sind auch Arm- und Beinverletzungen zu verzeichnen. — Da auch auf den Gewässern in der Umgebung Berlins die von diesen erlebte Eisdicke im Entstehen begriffen ist, so wird von der Polizei an die in den vergangenen Jahren beim Betreten von Eisschichten vorgekommenen Unfälle erinnert. Es wird dringend empfohlen, nur solche Eisschichten zu betreten, die mit Zustimmung der zuständigen Polizeibehörde von einem Unternehmern hierfür freigegeben sowie durch Strohweiche oder andere Mittel in ihrer Ausdehnung kenntlich gemacht sind. Bei Unglücksfällen empfehlen sich die folgenden bewährten Verhaltensmaßnahmen: Vorbeugen auf dem Eise in langer Reihe hintereinander in großen Abständen, Herantreten an die Unfallstelle in langer Reihe, bis der Ergebrochene mit einer hingehaltenen langen Stange oder einem zugeworfenen Kleben oder Seil, an deren Stelle auch zusammengeknollte Kleidungsstücke treten können, erreicht werden kann.

Aus dem Reich liegen folgende Meldungen vor: Dem Deutschen Verkehrsministerium, Berlin, Potsdamer Bahnhof, gingen gestern telegraphisch folgende Wetterberichte zu: Thüringen, Oberhof, 825 Meter über dem Meere, 40 Zentimeter Schneehöhe, 13 Grad Kälte, etwas bewölkt, Ski- und Rodelbahn vorzüglich, Putzschnee. Harz, Braunlage, 600 Meter über dem Meere, 40 Zentimeter Schneehöhe, 6 Grad Kälte, Schneereiben in Schauern; aller Schneesport gut.

Dresden, 12. März. Seit drei Tagen scheint es hier mit kurzen Unterbrechungen, so daß auch die innere Stadt ein vollkommen winterliches Bild bietet. Im Erzgebirge liegt der Schneestellenweise über einen Meter hoch bei einer Temperatur bis zu 12 Grad Frost. Die Gelegenheit zur Ausübung des Wintersports ist überall sehr günstig.

Dortmund, 12. März. Nachdem in den letzten Tagen schon leichte Schneefälle erfolgt waren, setzte heute in den Mittagsstunden ein außerordentlich hartes Schneegestöber ein, das große Verkehrsstörungen hervorrief. In den Außenbezirken der Stadt mußte die Straßenbahn innerhalb kurzer Zeit mitten auf der Straße stillgelegt werden. Auch die schweren Lastautos mußten teilweise auf der Straße liegen bleiben. Im Eisenbahnverkehr trafen große Verspätungen ein.

Köln, 12. März. Nachdem heute nach leichter Frost eingetreten ist, fällt bei heute früh 8 Uhr bei 3 Grad Kälte hier und in der Umgebung Schnee; auch aus Aachen, Düsseldorf und Elberfeld wird Schneefall gemeldet.

### Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik bei: Berlin, G. W. M., Lindenstraße 3. Nicht an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Stock, rechts, zu richten.

8. Kreis Kreuzberg, Rettungskommission! Heute, Freitag, den 13. März, 7 1/2 Uhr, Sitzung in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3.

14. Kreis Reinickendorf, Abteilungsleiter! Heute, Freitag, von 5—7 Uhr Material abholen im Parteibüreau.

Heute, Freitag, den 13. März:

108. Mt. Köpenick, 7 1/2 Uhr Funktionärversammlung bei Rabel, Freiheit 5.

124. Mt. Waidmannslust, 8 Uhr Funktionärversammlung bei Rietze, 2. Hof, 2. Stock, rechts.

102. Mt. Waidmannslust, 8 Uhr Parteimitgliederversammlung in der Sprechstunde.

Morgen, Sonnabend, den 14. März:

3. Mt. 8 Uhr äußerst wichtige Sitzung aller Funktionäre und Funktionärinnen bei Rabel, Enghofstr. 2.

63. Mt. Waidmannslust, 8 Uhr bei Damm, Köpenicker Str. 11, Bezirksleiterkonferenz, Mittags Essen.

102. Mt. Waidmannslust, Der Männerchor Obersee bezieht am Sonnabend im Clublokal Sprechstunde seine 25jährige Gründungsfest. Die Genossen können Karten hierzu bis Sonntag 8 Uhr entnehmen.

### Jugendveranstaltungen.

#### Alle Musiker

(einer Handvoll) treffen sich Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr pünktlich im Jugendheim Lindenstr. 3 (Dritter Zimmer).

#### Abteilungsleiter

8 Uhr bei Rietze, Programm ab, nicht die nach anschließenden Besprechungen, soll die Karten zur Frühjahrsfeier ab.

### Der Deutsche Handwerker-Verband

Alle Mitglieder sind zu den Unterhaltungs- und Basistreffen verpflichtet. Abonnementbestellung durch jeden Briefträger.

Abteilungsleiter!

Heute, Freitag, von 5-7 Uhr Abrechnung und Ausgabe des Beitrags...

Weihnachtsfeier!

Es sind noch verlässliche Gesänge abzuholen. Wer bis heute, Freitag, kein...

Abteilung: Abteilungsleiter! Sonnabend, den 14. d. M., abends...

Heute, Freitag, den 13. März, abends 7 1/2 Uhr:

Abteilungsleiter! Sonnabend, den 14. d. M., abends 7 1/2 Uhr...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Schönebergstr. 57/58, Tel. 3 23...

Arbeiter Sport.

Schiedsrichter. Der Arbeiter-Schiedsrichter-Verein am Sonntag, den...

Friedrich Ebert beim Munitionsarbeiterstreik.

Weitere Zeugenvernehmungen in Magdeburg.

Magdeburg, 12. März. (Eigener Drahtbericht.)

In der Fortsetzung des Magdeburger Verleumdungsprozesses...

Der nächste Zeuge ist der jetzige Parteisekretär Buschil...

„Es fällt uns gar nicht ein, in die Streikleitung zu gehen...“

Demgegenüber betonen wir, daß dann der Streik ausgedehnt würde...

Auf eine Frage des Staatsanwalts Doßmann erklärte der Zeuge...

Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, daß...

nach der Gewerbeordnung sei die Niederlegung der Arbeit...

Ein Reichsgerichtsurteil, das Streik als Landesverrat bezeichnet...

bringend empfohlen, den Befestigungsbefehlen Folge zu leisten.

Der Parteivorstand könne die Folgen nicht auf sich nehmen...

In der Radmittags-Sitzung wurde den Berichtskattern...

In der Fortsetzung der Beweisaufnahme konnte sich wieder...

Der nächste Zeuge Reinke, damals Vorsitzender des Arbeiter-

auschusses und Obmann der gewerkschaftlichen Vertrauensleute...

Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, daß...

Um 6:50 Uhr abends wird die Verhandlung auf Freitag...

Überläufe, Wertschritte, eine außerordentliche Artikulation...

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Donnerstag, den 12. März 1925.

1. Rennen. 1. Tadiac Kynorith (Juch jr.) 2. Baron Kynorith...

KAFFEE-WOCHE

von heute bis einschließlich Donnerstag, den 19. März

Warum wird unser Kaffee so bevorzugt?

Es ist eine selbstverständliche Folge der hervorragenden Qualität!

Wer 1/4 Pfund Kaffee kauft, erhält 1/4 Pfund feinsten Raffinade-Zucker...

Reichelt's Qualitäts-Kaffee

Extrafeln ... 1/4 Pfd. 75 Pf. Hochfein ... 1/4 Pfd. 90 Pf.



Exquisit. 1/4 Pfund 110 Spezial .. 1/4 Pfund 120

147 Geschäfte

## Rettet die Wuhlheide!

Die Stadt Berlin hat im Jahre 1911 die sogenannte Wuhlheide für den Preis von zirka 12 Millionen Mark vom Forstfiskus erworben. Das etwa 525 Hektar große, zwischen Oberschöneweide, Karsdorf und Köpenick gelegene Gelände ist eine Mischung von Eichen-, Erlen- und Kiefernwald, in dem reizvolle Wiesengründe eingestreut sind.

Sicherlich erfolgte die Erwerbung durch die Stadt, um die Heide der großstädtischen Bevölkerung für Erholungszwecke zu sichern. Das Borgehen Berlins war umso mehr zu begrüßen, als die Maßnahmen der staatlichen Forstverwaltung die allmähliche Aufteilung der Wuhlheide zu Wohn- und gewerblichen Zwecken befürchten ließen. Hatte doch allein die Terrainsgesellschaft Oberschöneweide ein Gelände von 25 Hektar zu Spekulationszwecken erworben, dessen Baumbestand alsbald der Art verfiel. Ebenso ist es unersetzlich, daß die Stadt Berlin auf dem am Wilhelmstrand gelegenen Gebiet der Wuhlheide, wo sie eine Gasanstalt erbauen wollte, ebenfalls alle Bäume fällen ließ. Glücklicherweise blieb die Gegend von der Gasanstalt verschont. Heute sind hier Hausbesitzer und Industrie zu finden. Doch der großen Industriegebiete Oberschöneweide von der staatlichen Forstverwaltung im Pachtwege die Müllablage auf dem schönsten Wiesengrunde der Wuhlheide gestattet wurde, möge nur nebenher erwähnt werden. So war schließlich die Erwerbung der Wuhlheide durch Berlin eine anerkannt wertvolle Tat. Der weiteren Verschandelung wurde Einhalt geboten, die Müllablage beseitigt.

Leider hat die Stadt nicht den richtigen Weg zur Erhaltung der Wuhlheide eingeschlagen. Die von der Stadt betriebene Bewirtschaftung der Heide nach rein forstwirtschaftlichen Grundsätzen muß als ein Fehler bezeichnet werden. Von unheilvollem Einfluß war die Errichtung des großen städtischen Wasserwerkes im Jahre 1914; die gewaltigen Lieferanlagen dieses Wertes bewirkten eine allmähliche Abflutung des Grundwasserstandes um 3 Meter. Der gesamte zusammenhängende alte Eichenbestand, der einst eine Zierde der Gegend war, wurde damit dem Untergang geweiht, da die alten Bäume nicht mehr die gewohnte Nahrung fanden. Die Ausholzung der absterbenden Bäume hat heute nur noch einen ganz winzigen Bruchteil des einst so prächtigen

Waldes übrig gelassen. Auch der Kiefernbestand hat sehr gelitten. Die städtische Forstverwaltung versucht nun die fahiggeschlagenen Stellen neu aufzuforsten. Das muß wegen der mangelnden Entwicklungsmöglichkeiten dieser Kulturen als verfehlt und aussichtslos bezeichnet werden.

Rambhaste Forstleute glauben, daß die Erhaltung der Wuhlheide für die Volkserholung nur nach folgendem Plan gewährleistet ist: Die leider notwendigen Ausholzungen absterbender Bäume müssen wettgemacht werden durch sofortige Anpflanzung junger, möglichst schnell wachsender Gehölze, die sich den veränderten Grundwasserhältnissen anpassen. Hand in Hand damit hat eine Pflege von besonders erhaltungswürdigen schönen Baumgruppen einherzugehen, so daß in Verbindung mit der Anlage notwendiger Wege dem Ganzen ein wasserparter Charakter verliehen wird, ähnlich dem Plänterwald in Treptow. Ein vielversprechender Anfang in dieser Richtung sind die aus Mitteln der Spiel-, Sport- und Parkstiftung und im Wege von Kostbararbeiten durch die Gartenverwaltung des Bezirkes Treptow hergestellten Anlagen in der Wuhlheide. Wäre nach einem solchen Plan seit Jahren verfahren — insbesondere im Eichenbestande — so machte die Wuhlheide nicht zum Leidwesen aller Naturfreunde, heute einen so überaus köstlichen Eindruck.

Gemeissen an der Bedeutung der Angelegenheit und ihrer Dringlichkeit darf keine Zeit zur Rettung der Wuhlheide verloren werden. Wenn gegensätzliche Auffassungen verschiedener Stellen über die Pflege der Wuhlheide obwalten, wäre die Einforderung eines Obergutachtens anerkannter Forstleute eine nicht zu umgehende Pflicht. Die Erhaltung und Ausgestaltung der Heide ist eine wichtige Aufgabe, deren rechtzeitige und zweckmäßige Inangriffnahme vorzuziehender Arbeit für die Zukunft bedeutet. Was hier heute versäumt wird, muß sich später als ein schwerer und nur mit großen Kosten wieder gutzumachender Schaden erweisen. Das gewaltige Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin fordert Erholungsstätten für seine große stetig wachsende Bevölkerung. Mögen die städtischen Körperschaften sich des Ernstes und der Bedeutung der Sache bewußt werden und in letzter Stunde Schritte unternehmen, die geeignet sind, einen wertvollen städtischen Besitz vor dem Untergang zu bewahren.

Bürgermeister Grunow.

mit 1316 160 Mark angewachsen. Von Monat zu Monat immer weiteres Ansteigen, und Ende Dezember 1924 zählte man bereits 62569 Spartonten mit 16 899 840 Mark — einschließlich 460 036 Mark den Sparern für 1924 gutgeschriebenem Zinsen.

## Wohnungspolitik der Wirtschaftspartei. Die Gemeinde soll zahlen.

In der letzten Kreisversammlung wählte der Vorsitzende, Gen. Heilmann, dem verstorbenen Reichspräsidenten einen warm empfundenen Nachruf. Die Jünger Mostaus, befehlsgemäß ihrer Zentrale gehorchend, blieben während dieses Traueraktes im Erfrischungsraum. Auch „Arbeitervertreter“! Interessant wurde die Sitzung, als eine Anfrage der „Neuen Fraktion“ wegen Kündigung gewerblich benutzter Räume im Hause Hermannsplatz 7 verhandelt wurde. Ausgerechnet zwei Wirtschaftsparteiler, die Herren Ragerhof und Wagner, legten sich da für einen ihrer Kollegen ins Zeug, der unter seinen Umständen zu bewegen ist, zu polizeilich verlangten Reparaturen in den Bäckereiräumen auch nur einen Pfennig beizusteuern. Diese Reparaturen können ja auf Kosten der Allgemeinheit ausgeführt werden. Während sonst die Hausbesitzer, die derselben Organisation angehören, sich von allen Reparaturen drücken, verlangt man vom Magistrat als Hausbesitzer alleinige Ausführung. Die Herren verließen ihr Geschäft.

Gen. Radtke als Vertreter des Bezirksamts konnte der Versammlung ein umfangreiches Aktenstück vorlegen. Demnach muß man annehmen, daß dieser Mieter aus „besseren Gründen“ ganz hartnäckig gegen das Bezirksamt vorgeht. Der Magistrat hat stets laufende Reparaturen ausführen lassen, jetzt geht es aber weit über seine Mittel. Wenn der Mieter nicht zur Einigung bereit ist, muß es bei der Kündigung bleiben. Wenn man bedenkt, daß der Mieter, der an einem verkehrsreichen Platz eine gutgehende Bäckerei betreibt, für sämtliche Räume, Geschäft, Kellereien und Wohnung vorn. 1. Etage, 150 M. Monatsmiete zahlt, wenn man weiter bedenkt, daß er trotz Anraten des Mieter- und Vermieterbeistellers vor der Schlichtungskammer einen Vergleich, der ihm die Hälfte der Reparaturkosten auferlegte, ablehnte, kann man das Vorgehen des Bezirksamts wohl verstehen. Anders die Wirtschaftsparteiler. Statt auf diesen Herrn, der wahrscheinlich ihr Mitglied ist, einzuwirken, soll alles auf Kosten der Steuerzahler gemacht werden. Wehe, wenn ein Sozialdemokrat ein solches Ansuchen stellt! Mit dieser Anfrage haben die Herren ihr wahres Gesicht gezeigt. Sie haben bewiesen, wie weit sie das Allgemeinwohl über die Interessen des einzelnen stellen. Es soll ihnen nicht vergessen werden!

## Eine neue Autobuslinie Weiskensee-Schöneberg.

Am Sonnabend, den 14. März, wird die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft eine neue Autobuslinie, die die Rr. 14 erhält, zwischen Weiskensee und Schöneberg eröffnen. Die Wagen verkehren ab Weiskensee, Berliner Allee Ecke Poststraße, durch die Grefenwallder Straße über den Alexander-, Schloß-, Hausvogel- und Dönhofsplatz, Hallesches Tor, Bahnhof Großgörschenstraße nach Schöneberg, Rudolf-Wilke-Platz. Die Linie ist eine Erweiterung der vor dem Kriege betriebenen, die damals vom Arnswalder Platz nach der Hauptstraße Ecke Oberstraße in Schöneberg verkehrte. Sie war die einzige Linie, deren Wagen mit Rücksicht auf die Eisenbahnüberführung in der Hochstraße keine Deckpläne hatten. Da die neuen Omnibusse niedriger gebaut sind, können auch jetzt Deckpläne die Eisenbahnbrücke passieren. — Am Donnerstag, den 12. März, findet wieder ein Autobus-Sonderverkehr zu den Rennen in Mariendorf statt. Die Wagen fahren ab Alexanderplatz und Hallesches Tor zwei Stunden vor Beginn der Rennen.

## Vorsicht, Siedler!

Zu dieser kürzlich veröffentlichten Warnung schreibt uns jetzt der Gemeindevorsteher von Falkensee: „Dieser Artikel ist uns erst jetzt zu Gesicht gekommen, und ich habe Veranlassung, hervorzuheben, daß die Gemeinde Falkensee von dem Verkauf der freigekauften Grundstücke nicht beteiligt ist und auch mit den beschuldigten Personen nichts zu tun hat. Die beschuldigte Siedlungs-Gesellschaft heißt „Falkenhagen“, parzelliert angeblich nur Gartenland und ist erst kürzlich wegen der Erfüllung der kommunalen Bedingungen an uns herangetreten. Beherrschter hat sie wohl nur dem Zwange gehorchend getan, da die Errichtung von Bauflächen aller Art ohne Anerkennung des Planes durch die Gemeinde und ohne die Erfüllung der kommunalen Bedingungen ausgeschlossen ist. Es handelt sich zunächst also nicht um eine Siedlung, sondern lediglich um die Aufschließung von Grundstücken. Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen haben Unternehmer, die im Gemeindebezirk parzellieren wollen, einen Parzellierungsplan zur Genehmigung vorzulegen, was im vorliegenden Falle bisher ershöpfend noch nicht erfolgt ist.“

Heinrich Sachse gestorben. Einer unserer alten Kämpfer hat nach schwerem Leiden seine Augen für immer geschlossen. Mit ihm ist einer jener Vorkämpfer dahingegangen, von denen es leider nur noch wenige gibt. Ein Mann ohne viel Worte, desto größer aber in der Tatkraft. Noch in der Zeit des Sozialistengesetzes wurde Sachse Mitglied der Partei. Der Berliner Genossen, namentlich des vierten und fünften Kreises ist der Verstorbenen kein Unbekannter. Keine Flugblätterverbreitung, keine Bandagitation ohne Heinrich Sachse. Ein schweres Herzleiden zwang den Alten, seine liebgewonnene Arbeit in Berlin aufzugeben und nach Hohen Neuendorf überzusiedeln, wo er gleichfalls unermüdet für die Partei wirkte. Die Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien in seiner neuen Heimat ist zum wesentlichen Teil sein Werk. Die Partei verlor in ihm einen modernen, stets arbeitsfreudigen Kämpfer, der den jüngeren Vorbild sein kann. Die Einäscherung findet heute Freitag nachmittags 5 1/2 Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt.

## Aus den Bezirken.

### 19. Bezirk — Pankow.

Am 19. Bezirk machten sich bei der Stadtverwaltung bereits Propagandaanträge der Deutschnationalen und Kommunisten für die bevorstehende Wahl bemerkbar. Es war ein Bild für Götter, wie sich diese beiden Parteien Wählmacht vorwarfen. Schließlich übertrumpften die Deutschnationalen die Kommunisten, indem sie ihren Antrag auf Erhöhung der Volkspolizei noch um 10 000 M. überboten. Die Deutschnationalen hatten im Plenum etwa 15 Anträge eingebracht, die vorher vollkommen unbekannt waren, in den Beratungen der Finanzdeputation hatten sie sich in allen Landarten ausgedehnt; da unser Redner der erste war, konnte er auf diese Anträge nicht eingehen. Nachdem eine Garnitur gesprochen hatte, beschloß die hiesige Mehrheit Schluss der Debatte und nahm alle Anträge an, nachdem wir unter Protest die Sitzung verlassen hatten. Die Beschlüsse waren auch danach. Das Bezirksamt mußte erst die Schildbürgerstreiche gutmachen, da man in der Eile längst Ueberhohes beschlossen und u. a. den Fuhrpark auflösen wollte, so daß die Feuerwehr dann ohne Bespanne gewesen wäre, und da die samstägliche Mehrheit die gesetzlichen Mittel für das Kleingartenamt streichen wollte. Im Rathaus schloß Schönerich sich nach dem Abbau unserer Genossen, die stets auf dem Posten waren, idyllische Zustände zu entwickeln, so soll der stellvertretende Bürgermeister, ebenso der Stellvertreter des Stellvertreter sehr selten zu sprechen sein. Handwerker, die für die Anweisung von Rechnungen Unterschriften benötigen, um die Löhne an ihre Arbeiter zahlen zu können, sollen diese schwer oder gar nicht erhalten. Auch in den Sitzungen der Deputationen, denen der stellvertretende Bürgermeister vorsieht, ist dessen Fehlen sehr oft bemerkt worden. So sieht deutschnationale praktische Arbeit aus.

### 16. Bezirk, Köpenick.

Die Friedhofsverhältnisse des Bezirks sind zurzeit nicht die besten. Das Fehlen eines Gemeindefriedhofs im Bezirk bringt es mit sich, daß die auf die Inanspruchnahme der kirchlichen Begräbnisplätze angemessenen Angehörigen von Dissidenten, Freidenkern u. a. mitunter den widrigsten Schikanen und sogar den drückendsten Beeinträchtigungen der kirchlichen Organe und Personen ausgesetzt sind. Nicht nur, daß wie zum Beispiel auf dem Köpenicker kirchlichen Friedhof, für Grabstellen und sonstige Gebühren ein 50prozentiger Aufschlag erhoben wird, wird der des geistlichen Bestandes verzichtenden Trauerveranstaltung auch bei schlechtem Wetter die Benutzung der Halle verweigert und Teilnahme von Sängern unter Vorlegung der Niedertrüge von der Genehmigung des Geistlichen abhängig gemacht. Nachrufe von Laien unterliegen der Zustimmung des Friedhofinspektors und was dergleichen „Christliche“ Liebenswürdigkeiten mehr sind. Dazu kommt der Druck, der von geistlichen Personen auf die nächsten Anverwandten behufs Zuziehung ihres Jurisprudenz bei der Bestattungsfeier ausgeübt wird. Kechnlich liegen die Verhältnisse in anderen Orten des Bezirks. Schon seit Jahren sind deshalb Bestrebungen im Gange auf Errichtung eines Gemeindefriedhofs (Wald-) Friedhofes, und es ist bedauerlich, daß diese Frage, die immer dringlicher wird, nicht ihre Lösung bereits in der diesjährigen Bedarfsanweisung gefunden hat. Die bürgerlichen, natürlichen kirchlichen Vertreter stemmten sich allerdings bisher mit Händen und Füßen dagegen. In Fluß gebracht muß aber die Angelegenheit baldigst werden im Hinblick auf verschiedene Vorkommnisse in letzter Zeit.

### 14. Kreis — Neutölln.

In der äußerst stark besuchten Mitgliederversammlung am 3. März mitworte der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Genosse Harnisch dem verstorbenen Reichspräsidenten Fritz Ebert einen warm empfundenen und zu Herzen gehenden Nachruf. Sein Tod sei ein großer Verlust nicht nur der deutschen, sondern auch der internationalen Arbeiterschaft. Der Vortrag des Landtagsabgeordneten Meier „Die politische Lage in Preußen und im Reich“ wurde abgelehnt. Zum Schluss ermahnte der Vorsitzende die Genossinnen und Genossen, in dem kommenden schweren Wahlkampf zum Reichspräsidenten um der Republik willen ihre ganze Kraft anzusetzen.

### Land dem Volke!

Am Samstag, den 8. März, vormittags 10 Uhr, fand eine von der SPD. 53. Abteilung einberufene Versammlung der Kleingärtner im Lokal von Bredschneider, Pflanzensee, statt. Genosse Amhoff als Leiter der Versammlung wies in seinen einleitenden Worten auf die Notwendigkeit hin, daß zwischen den immer zahlreicher werdenden Kleingärtnern und ihren Interessen einerseits und der großen sozialistischen Bewegung andererseits eine engere Verbindung entstehen müsse, da beide zusammengehören und nur so erfolgreiche Kämpfe führen können. Nur wenige Kolonisten seien noch organisatorisch mit der Partei verbunden, wodurch ihre Klagen und Beschwerden in den Parlamenten nicht immer die notwendige Würdigung erfahren. Der erste Schritt auf diesem Wege solle die Versammlung sein, der mehrere Veranstaltungen folgen sollen. Dann führte Genosse Stadtverordneter Wendt, Schöneberg, vor den trotz Regen und Schneegestöber zahlreich erschienenen Kolonisten aus, wie die Kleingärten entstanden sind und sich immer mehr zu einer dem Volkswohl dienenden Bewegung entwickelt haben. Nach dem militärischen Zusammenbruch war es dann besonders die Sozialdemokratie, die Schutzgesetze schaffte und ständig an deren Verbesserung arbeitete. In treffenden Worten schilderte der Referent die Entwicklung des modernen Städtebaues mit seinen Grünflächen und seiner Eingliederung der Kleingärten und Heimstätten. Er verheißte jedoch auch nicht, wie schwer der Kampf gegen das Bodenspekulationentum ist, das mit Zähnen und Nägeln den Boden verteidigt und rätselhafterweise auch den Hausbesitz für seine Zwecke eingepannt hat. Hier wird der Kampf ein politischer und zwingt die Kolonisten, in die Reihen der SPD. einzutreten, wenn sie einen erfolgreichen Gegenstoß führen wollen. Das Referat klang aus in den Ruf: Land dem Volke! In der Aussprache erklärten sich die meisten Redner mit dem Referat einverstanden und begründeten eine baldige Aussprache mit der Ableitungseileitung. Ihre Arbeit sei ein Stück Sozialismus und von der großen sozialistischen Bewegung nicht auf die Dauer zu trennen.

Der Spartakus nimmt wieder zu. Der Spekulationsgeist hatte weite Kreise erfaßt. Wozu arbeiten? fragten sich die Inflationsgewinner. Wozu sparen? als die großen und kleinen Verdienner in der Inflationszeit. Von heute auf morgen war ja doch alles entwertet. Und die Ganymoralischen klagten und jammernten über den „Leichtsin“ und die „Verderbnis“ der heutigen Jugend — es ist immer die „heutige“ Jugend, die verdorben ist —, schimpften auf die Arbeiter, die ihren Verdienst „vergeudeten“. Nun, an der Entwicklung des Verkehrs bei der städtischen Sparkasse seit dem Ende der Inflationszeit erleben wir ein Rändiges und sehr starkes Anwachsen der Spartakonten. Ende Oktober 1923 waren bei der Sparkasse 4143 Spartakonten mit 62 828 Rentenmark vorhanden. Sie waren bis Januar 1924 auf 10 536 Konten

ENVER BEY GOLD 58 ENVER BEY TULA 68

# Kein Geld da für Invaliden- und Angestelltenrentner!

## Die Wahlversprechungen werden nicht gehalten. — Sozialdemokratische Erklärung im Reichstag.

Ein bei Beginn der gestrigen Reichstags-Sitzung gestellter kommunistischer Antrag auf sofortige Behandlung des Eisenbahnerstreiks, weil die Lage sich außerordentlich verschärft habe, scheiterte am Widerstande des Hauses, nachdem

Abg. Schumann (Soz.) feststellte, daß das Gegenteil der kommunistischen Behauptung richtig sei, da eine Verständigung darüber zustande gekommen sei, die Differenzen einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das bereits am Freitag beim Arbeitsministerium zusammengetreten werde.

In zweiter und dritter Lesung angenommen wird darauf der Beschlusseckentwurf über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung, die im Juni stattfinden soll. Der Ausschuss hat beschlossen, die Handwerksbetriebe besonders festzustellen. Ferner wird die Regierung aufgefordert, eine Enquete vorzunehmen, durch die die Bildung von Konzernen und Interessengemeinschaften in der deutschen Wirtschaft festgestellt wird. Auch Erhebungen über wohnungswirtschaftliche Verhältnisse sollen, wenn auch außerhalb der Volkszählung, stattfinden.

### Die Zusatzsteigerung für Renten.

Es folgt die zweite Beratung des Beschlusseckentwurfs über Zusatzsteigerung für Renten aus der Invalidenversicherung, die der Ausschuss für soziale Angelegenheiten unter Erhöhung der Beiträge der Regierung angenommen hat.

Staatssekretär Geib stellt fest, daß die Invalidenversicherung nach der Inflation wieder neubelebt ins Leben gerufen werden konnte. Sie habe schon wieder viele Millionen Goldmark an Renten leisten können.

### Reichsfinanzminister v. Schleien:

Die Reichsregierung erkennt die Notlage der Invalidenrentner an, und ich habe daher der Neueneinstellung der sehr erheblichen Summe von 115 Millionen Mark zum Zwecke der Verbesserung der Invalidenrenten unter den einmaligen Ausgaben des Staats für das Jahr 1925 trotz erheblicher finanzieller Bedenken zugestimmt.

Die Finanzverwaltung hat aber sehr schwere Bedenken dagegen, daß nach dem sozialdemokratischen Antrag darüber noch erheblich hinausgegangen werden soll, und nicht nur der Haushalt für 1925, sondern auch für die künftigen Jahre mit einer großen fortlaufenden Mehrausgabe belastet werden soll.

Dadurch entsteht die große Gefahr, daß von 1926 ab, wo die Reparationslasten beginnen, die fortdauernden Ausgaben des Reiches nicht mehr durch die fortdauernden Einnahmen gedeckt werden können. Und daß das Reich seine öffentlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen kann.

Ich bitte deshalb das Haus, ganz allgemein, aber dringend, sich in der Uebernahme neuer Lasten auf den Haushalt 1925 und damit auch der folgenden Jahre möglichst Zurückhaltung aufzuerlegen.

Auch nach der neuen Steuerreform und der anderen Gestaltung des Finanzausgleichs entsteht jetzt schon ein Fehlbetrag von mehreren 100 Millionen Mark für 1926 und die folgenden Jahre. Wenn ich der dauernden Erhöhung des Reichszuschusses zur Invalidenrente in Höhe von 50 Proz., von 46 auf 72 Mark jährlich unter der Voraussetzung zugestimmt habe, daß etwa die Hälfte des einmaligen Betrages von 115 Millionen Mark zur Erhöhung des Reichszuschusses verwendet wird, so ist das das Äußerste, was eine vorsichtige Finanzpolitik überhaupt noch verantworten kann. Ich bitte daher dringend, es bei den Beschlüssen des Haushaltsausschusses bewenden zu lassen.

### Abgeordneter Karsten (Soz.):

Wenn diejenigen Parteien, die im Wahlkampfe den armen Rentnern alle möglichen Versprechungen gemacht hatten, heute zu diesen Versprechungen stehen würden, so dürften sie einer solchen kläglichen Vorlage ihre Zustimmung nicht geben. Ein deutschnationales Flugblatt hat die Kriegsinvaliden und Rentner als Ehrenmitglieder des Staats bezeichnet. So waren ihre damaligen Worte, und demgegenüber stehen ihre jetzigen Taten. In einem anderen Flugblatte heißt es, denkt daran, Rentner, mit welchen kümmerlichen Pfennigen ihr abgepeißt werdet, weil das Geld dem Feinde gegeben wird. Das grenzt doch stark an Demagogie, denn jetzt stimmen sie mit ihrem Finanzminister überein, daß zuerst die Reparationsabgaben entrichtet werden müßten, und da könnte den Rentnern nichts gegeben werden. Jetzt verleugnen sie ihre eigenen Forderungen, das Volk soll in seiner Not gelassen werden, damit nur sie an die Futtertrappe kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von den Deutschnationalen war nichts anderes zu erwarten, aber das Zentrum hat bisher doch anders gehandelt. Auch das Zentrum hat Flugblätter verbreitet, in denen den Sozialrentnern Versprechungen gemacht wurden. In einem Blatt heißt es, daß nicht durch Phrasen, sondern durch ernsthafte Arbeit den Rentnern geholfen werden müsse. In den letzten Wochen haben wir jedoch gesehen, daß auch das Zentrum nur Phrasen gebrauchte.

Das Zentrum hat im Ausschuss zuerst Anträge gestellt, sie aber zurückgezogen, nachdem die Regierung erklärt hatte, es werde eine Regierungskrise entstehen, wenn sie angenommen werden würden.

Sie haben den Krach in der Regierung gefürchtet und verleugneten deshalb ihre eigenen Anträge. Sie behaupten zwar, daß das, was geschaffen werden soll, nur ein Provisorium sein soll; diese Behauptung entsprach aber nicht ihrer Ueberzeugung, sondern nur der Furcht vor einer Regierungskrise.

### Was wird den Rentnern geben?

Eine Erhöhung von ganzen 2 Mark im Monat, statt 14 Mark sollen sie 16 Mark erhalten. Daneben sind Steigerungssätze eingeführt worden, die ebenfalls ganz unzulänglich sind. Dieses Provisorium war das Verheißene, was geschehen konnte. Die Steigerungssätze müssen neu errechnet werden. Es handelt sich um insgesamt 2,2 Millionen Rentenheine. Jede Versicherungsanstalt muß rund 75 000 Scheine neu errichten. Vor dem 1. Oktober werden die neuen Rentenheine nicht zur Ausgabe kommen. Der Vertreter einer Landesversicherungsanstalt behauptet, daß dazu 10 Monate gebraucht werden. Wir dürfen nicht zugeben, daß dieses Provisorium sich über Jahre hinauszieht, es muß sofort durch eine dauernde Regelung abgelöst werden.

Die Sozialdemokratie wird sich jedenfalls nicht damit abfinden, sondern sofort von der Regierung aufs neue verlangen, daß die Not der Rentner gelindert wird.

Dem Zentrum muß zum Vorwurf gemacht werden, daß es gegen bessere Ueberzeugung aus Koalitionsgründen diesem Verlegenheitsbeschlusse zugestimmt hat, trotzdem wir alle wissen, daß Geldgenug zur Verfügung steht. Wenn der Reichsfinanzminister erklärt, es sei dazu kein Geld da, so will das nichts besagen, wo 150 Millionen Mark für ein Kriegsschiff, 715 Millionen für die Ruhrindustriellen vorhanden sind.

### Woher kommen denn diese Gelder?

Aus der Lohnsteuer, aus der Umsatzsteuer, aus der Beförderungsteuer, die alle von der minderbemittelten Bevölkerung aufgebracht werden. Nur für die armen Rentneidenden soll nach der Behauptung des Reichsfinanzministers kein Geld da sein.

Im Ausschuss hat das Reichsfinanzministerium nichts davon gesagt, daß die Zentrumsanträge unmöglich seien. Erst bei einer vertraulichen Besprechung mit den Regierungsparteien ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß kein Geld da sei.

Das Zentrum als republikanische Partei müsse doch wissen, daß man mit einer solchen Sozialpolitik nicht zur Unabhängigkeit an den republikanischen Gedanken erzieht. Der Zentrumsabgeordnete André hat selbst im Ausschuss erklärt, daß die von seiner Partei zuerst eingebrachten Anträge das Notwendigste für die Rentner enthielten. Nachher haben sie aber doch eingewilligt, daß die Renten wesentlich verkleinert werden.

Injere Anträge sind das Mindeste, was den Rentnern gegeben werden muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie diese ablehnen, so werden wir sofort neue Anträge stellen, um die Notlage der Rentner zu lindern. Wenn die Sozialrentner erfahren, daß sie nur 2 Mark mehr bekommen sollen, dann wird sich bei ihnen ein Sturm der Entrüstung erheben, und sie werden erkennen, daß hinter den Rechtsparteien nichts anderes als Lug und Trug steht. Sie glauben, daß die Rentner das bis zur nächsten Wahl vergessen haben werden. Darin dürften Sie sich aber diesmal täuschen. Wir Sozialdemokraten werden jedenfalls alles tun, damit die berechtigten Ansprüche der Sozialrentner erfüllt werden. Die alten Leute, die ihr Leben lang für andere gearbeitet haben, verdienen es nicht, daß sie jetzt mit 16 Mark abgefunden werden. Sie wollen keine Fürsorge, sondern sie verlangen eine auskömmliche Rente. Und wenn Sie diese Forderung als berechtigt anerkennen, so bleibt Ihnen keine andere Möglichkeit, als unseren Anträgen zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Esser (Z.) warnt vor agitatorischen Phrasen in dieser ernsten Sache. Man habe erreicht, was möglich war. So ganz wenig sei es nicht. Eine Erhöhung des Reichszuschusses um 2 R. mache schon 52 1/2 Millionen Mark aus. Eine Endlösung sei die letzte Lösung nicht. Das Zentrum werde an einer weiteren Verbesserung arbeiten.

Abg. Käbel (Komm.) verurteilt die Unzulänglichkeit der Vorlage, während man für die Ruhrindustriellen 700 Millionen übrig gehabt habe.

Abg. Jiegler (Dem.) gibt zu, daß die finanzielle Lage des Reiches außerordentlich schwierig sei, man solle aber doch mit dieser Behauptung nicht immer kommen, wenn es sich um die Sozialpolitik handele. Das Reich müsse endlich mehr für die Invalidenrentner tun. Trotz aller schönen Reden sei das Ergebnis der jetzigen Aktion recht unbefriedigend. Im Wahlkampfe hätten sich die Parteien mit höheren Forderungen geradezu überboten.

### Die Deutschnationalen verlangen nahezu 960 Millionen für die Rentner.

Damals waren sie allerdings noch nicht in der Regierung. Abg. Beier-Dresden (Wirtsch. Bgg.) tritt den Ausschussbeschlüssen bei.

Abg. Schwarzer (Bayer. Sp.) bedauert, daß auch bei diesen sozialen Fragen immer wieder die Parteipolitik in den Vordergrund gerückt werde.

### Eine sozialdemokratische Erklärung.

Vor der Abstimmung gibt Abg. Karsten (Soz.) folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Fraktion stellt vor dem ganzen Lande fest, daß die Regierungsparteien aus Furcht vor einer Regierungskrise, die erst von ihnen beschlossenen Rentensätze ermäßigt haben, obwohl sie dieselben als das Minimum an Rentenerhöhung bezeichnet haben. Die Regierung hat Geld für die Ruhrindustriellen, für neue Kriegsschiffe, sie will die Besitztümer ermäßigen, aber sie hat nicht das Allernotwendigste übrig zur Linderung der großen Not der Veteranen der Arbeit.

Nachdem die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt sind, die eine wesentliche Erhöhung der Renten bedeutet hätten, ist die Sozialdemokratie in der Zwangslage, den Anträgen der Regierungsparteien zustimmen zu müssen. Die Notlage der unglücklichen Renteneinempfänger ist so groß, daß sie auch nicht einmal auf eine so klägliche Erhöhung verzichten können. Die Regierungsparteien tragen aber allein die Schuld daran, daß die völlig unzureichenden Renten keine wesentliche Verbesserung erfahren haben. Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird darauf die Vorlage in der Ausschussfassung endgültig angenommen.

### Die Reichspräsidentenwahl.

Es folgt die dritte Beratung des von den Sozialdemokraten, den Demokraten und dem Zentrum eingebrachten Beschlusseckentwurfs über die technischen Maßnahmen zur Wahl des Reichspräsidenten. Der Rechtsausschuss hat den Beschlusseckentwurf einstimmig angenommen.

Abg. v. Kardorff (DBp.) stimmt der Einführung des amtlichen Stimmzettels zu, beantragt aber, die Bestimmung zu streichen, daß der Wähler seine Stimme auch für eine nicht vorgeschlagene Person abgeben darf. Die Präsidentenwahl sei nicht dazu da, Vereinen die Gelegenheit zu Paraden zu geben. Man dürfe nicht zulassen, daß zu viele Stimmen zerstückelt werden, weil das ein Zeichen der politischen Unreife des deutschen Volkes sei.

Abg. Kube (Natsoz.) schließt sich dem Antrag v. Kardorff an. Die Unfähigkeit der großen politischen Parteien sei durch die Verhandlungen der letzten Tage bewiesen. Seit acht Tagen warte das deutsche Volk auf die Vertrauensmänner für die Reichspräsidentenwahl.

Abg. Dittmann (Soz.) erwidert, die Rationalsozialisten sollten doch ihren großen Mann erst mal zeigen. Der Redner tritt für Aufrechterhaltung des Zujages ein. Man verbinde damit, daß eine Hege im Lande einlegen könne mit der Begründung ein richtiges Grundrecht der Verfassung sei verletzt worden.

Abg. Brodau (Dem.) schließt sich dieser Auffassung an. Der Antrag v. Kardorff wird darauf abgelehnt und der Beschlusseckentwurf einstimmig angenommen.

### Die Renten der Angestelltenversicherung.

Zur Verhandlung gelangt dann der Beschlusseckentwurf über Zusatzsteigerung der Renten in der Angestelltenversicherung. Der Steigerungsbetrag beträgt in der Gehaltsklasse F eine Mark, in G zwei Mark, in H drei Mark und in I vier Mark. Der Ausschuss fordert einen Beschlusseckentwurf, der neben einer Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung auch eine Erhöhung der Leistung vorsieht.

Ministerialdirektor Grieser (Arbeitsministerium) sagt etwa für den April die Einbringung einer Vorlage über die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze zu.

### Abg. Kuffhäuser (Soz.):

Diese Vorlage des Ausschusses zeigt, wie wenig die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien für die wichtige Klasse der Angestellten übrig haben. Die Vorlage kann an Härte nicht überboten werden. Sie ist angesichts der vielen Versprechungen, die man gemacht hat, geradezu eine Verhöhnung der Angestellten. Nicht einmal die Erweiterung des Kreises der Versicherten und die Wiedereinführung des Heilverfahrens ist zugestanden worden.

Die Steigerung der Renten erstreckt sich nur auf die vier obersten Gehaltsklassen, die am schlechtesten besoldeten Angestellten bekommen keine Steigerung, d. h. zwei Drittel der männlichen Angestellten sind von dieser Vorlage ganz ausgeschlossen, und von den weiblichen Angestellten fallen nur drei Prozent unter dieses Gesetz.

Wenn der Regierungsvertreter eine neue Vorlage für den April ankündigt, so können die Angestellten nicht länger warten. Wir beantragen, daß die Steigerung der Renten allen Angestellten, nicht nur den gehobenen, zuteil wird. Man steht hier wieder, daß es ein Fehler gewesen ist, daß die Angestellten für sich eine eigene Versicherung haben wollten, anstatt sich in die Invalidenversicherung einreihen zu lassen. Wir kommen Ratsschreie aus dem Lande zu, daß die Höchstgrenze der Rente von 30 Mark zeitgemäß erhöht werden muß.

Wir verlangen eine Verdoppelung der Renten, und das könnte das Reich auch leisten ohne Erhöhung der Beiträge.

Der soziale Gesichtspunkt wird immer mehr in den Hintergrund gedrängt, und man kommt uns nur mit versicherungstechnischen Berechnungen. Es ist eine Brutalität, daß von jährlich 120 Millionen Einnahme aus den Beiträgen nur 20 Millionen für die Renten verwendet werden dürfen und 90 Millionen auf die hohe Rente gelegt werden sollen. Die Angestelltenversicherung ist doch kein Bankgeschäft, das Kapitalien anzuhäufen hat. Alle Anträge auf Beitragserhöhung lehnen wir ab. Das heißt doch, den Angestellten zuviel zuzumuten. Mit den 90 Millionen Ueberfluß will man Theaurierungspolitik treiben. Der Ministerialdirektor Grieser hat ja im Ausschuss erklärt, daß die Wirtschaft es sehr begrüßt, daß die Reichsversicherungsanstalt ihre Kapitalien für Kredite ausgibt. Die Angestellten verlangen, daß die Vermögensverwaltung der Reichsversicherungsanstalt nachgeprüft wird; dann wird sich sicherlich manche Ersparnismöglichkeit in der Verwaltung herausstellen. Der Haushaltsausschuss des Reichstages hat sich gegen die Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses erklärt und verhindert die Fortschritte in der Sozialversicherung.

Nach außen hin fordert man die Angestellten auf, Eingaben an den Reichstag zu richten, und dann stimmt die Mehrzahl dieses Reichstags die Eingaben nieder.

Der frühere Staatssekretär des Inneren, Graf Poladomsky, hat einmal gesagt, nichts sei so sehr heuchelhaft, wie eine solche Art von Sozialpolitik.

Abg. Torgler (Komm.) beantragt eine Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze auf 9000 Mark.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) fordert eine bessere Berücksichtigung der unteren Klassen. Hier kämen wirkliche Hungergelder heraus.

Abg. Thiel (DBp.) spricht zugleich für keine Fraktion, für die Deutschnationalen, für die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei. Dem Abg. Kuffhäuser gegenüber betont der Redner, die Herabgabe der Ruhrkredite habe ausdrücklich den Interessen der Arbeitnehmerschaft durch Aufrechterhaltung der Betriebe dienen sollen. (Hat aber nicht! Ann. d. Red.) Wir lehnen in diesem Zeitpunkt eine Entscheidung ab.

Abg. Gerig (Ztr.) wendet sich gleichfalls gegen die Angriffe des Abg. Kuffhäuser gegen die Mehrheit des Hauptausschusses.

Abg. Söder (Natsoz.) erklärt, seine Fraktion werde dem demokratischen Antrag zustimmen.

Damit ist die erste Lesung erledigt.

Der Beschlusseckentwurf zur Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1925 geht an den Steueraussschuss, der Entwurf über Verlängerung des Befoldungssperregesetzes auf ein Jahr geht an den Hauptausschuss.

Der Beschlusseckentwurf Vertrag mit Polen über den Rechtsverkehr wird angenommen.

Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses für die besetzten Gebiete die Reichsregierung zu ersuchen, bei der bevorstehenden Wiederaufnahme der Pariser Verhandlungen über die Anrechnung der Besatzungskosten auf die Annuität mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß eine freie Begrenzung der Beschlagnahme von Wohnungen und öffentlichen Gebäuden, insbesondere von Schulen und Krankenanstalten erreicht wird.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr, Justizministerium. Schluß nach 8 Uhr.

## Jedes Gebäck,

das einfachste wie das allerfeinste, das mit dem guten Mondamin-Backpulver gebacken ist, mundet Ihnen und Ihrer Familie. Sie können Ihre alten, gewohnten Backrezepte verwenden und erhalten mit Mondamin-Backpulver Höchstleistungen. Ihr Kuchen ist die Krone des Kaffeetisches. So hervorragend gelingt er aber nur mit

**MONDAMIN-BACKPULVER**  
ohne Pulvergeschmack

# Die Grundvermögenssteuer im Landtag

## Die Regierung für Verlängerung um ein Jahr.

Der Landtag beriet gestern in zweiter Lesung den Gesetzesvorschlag der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten über die Hinausschiebung der Wahlen für die Provinziallandtage und Kreistage. Der Ausschuss hat vorgeschlagen, die Empfehlung des 1. Juli 1925 als Endzeitpunkt für diese Wahlen noch weiter zu verlängern und zwar auf den 1. November 1925. Der Grund der Hinausschiebung wird darin gesehen, daß ein neues Wahlgesetz, das dem Staatsrat vorliegt, erst vom Landtag verabschiedet werden soll, damit die neuen Wahlen nach dem neuen System, durch das die Wähler in ein persönlicheres Verhältnis zu ihren Abgeordneten kommen sollen, vorgenommen werden können.

Volkspartei und Deutschnationale beantragen dagegen, die Neuwahlen sofort anzuordnen.

Ministerialdirektor Müller weist darauf hin, daß der Staatsrat beinahe einstimmig dem Entwurf zugestimmt hat.

Abg. Schilling (Z.) erinnert daran, daß die Parteien der Rechten diese Materie früher selbst verschleppt haben.

Abg. Haas (Soz.) bemerkt ergänzend, daß auch die Kommunisten, die heute Ministerwahlen so eilig haben, im Ausschuss für die Städte- und Landgemeindeförderung Sabotage getrieben haben.

Abg. Müller-Franken (Wdg.) stimmt einer Verschiebung bis zum 1. November zu.

In der Abstimmung wird der gemeinsame Antrag der Deutschnationalen und der Volkspartei auf sofortige Anordnung der Neuwahlen gegen die Antragsteller sowie gegen die Freiheitspartei und die Kommunisten abgelehnt. Das Ergebnis der Abstimmungen wird mit lebhaften Rundgebungen zwischen den Befürwortern der Vorlagen und der Opposition ausgenommen.

Es folgt die Abstimmung über den Ausschussantrag, wonach die Wahlzeit der Abgeordneten bis zum 1. November 1925 verlängert wird. Auf Antrag Lüdicke (Dnat.) ist die Abstimmung namentlich. Bei der Abstimmung stellt sich die Beifugungsfähigkeit des Hauses heraus. Es wurden nur 202 Karten abgegeben. Außerhalb der Tagesordnung wird auf Antrag Orzesinski gemäß einem Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses die nachgesuchte Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Braun-Berlin im Rothardt-Prozess mit der Maßgabe erteilt, daß die Vernehmung bis zum 16. März einschl. erfolgt sein muß.

Vizepräsident Garisch schließt die Sitzung und beruft auf sofort die neue Sitzung ein.

Als erster Punkt der neuen Sitzung steht auf der Tagesordnung die erste Beratung der Novelle zu dem Gesetz über

### Grundvermögenssteuer.

Durch den Entwurf sollen die bestehenden Gesetzesbestimmungen dahin geändert werden, daß ihre Geltungsdauer auf den 31. März 1926 verlängert wird.

In der Begründung wird darauf verwiesen, daß in dem endgültigen Grundvermögenssteuergesetz als Besteuerungsgrundlage der vom Reich mit den Ländern für Reichs- und Landessteuern zu ermittelnde Einheitswert eingeführt werden soll. Da dieser Einheitswert frühestens am 1. April 1926 feststehen wird, kann für die Uebergangszeit des Rechnungsjahres 1925 nur der vorläufige Grundvermögenssteuer zugrunde gelegte Wert als Besteuerungsgrundlage in Frage kommen. Eine Änderung der Steuerföge des § 2 des Gesetzes vom 28. Februar 1924 ist, wie es in der Begründung weiter heißt, nicht beabsichtigt, der Artikel 2 des genannten Gesetzes ist daher abzuändern, was durch den vorliegenden Entwurf vorgesehen ist.

Abg. Heden (Dnat.) bekämpft die Vorlage, wenn auch dem Vorschlag der Regierung, daß bei der endgültigen Steuer ein Einheitswert zugrunde gelegt werde, zugestimmt sei. Bis dahin müßte eine Uebergangsregelung gefunden werden. Seine Fraktion sehe in der Reichsvermögenssteuer eine bessere Grundlage als in der preussischen Grundvermögenssteuer.

Abg. Roedingh (Z.) spricht sich gegen den Regierungsvorschlag aus und ist gleichfalls für Ausschussberatung. Die Grundvermögenssteuer müsse gerechter gestaltet werden.

### Abg. Dr. Waentig (Soz.)

erkennt die starke Belastung der Landwirtschaft wenigstens für die allerletzte Zeit an. Auch seine Freunde hielten das heutige Grundsteuergesetz in Preußen für schwer tragbar. Auch von sozialdemokratischer Seite werde gefordert, daß das Arbeitseinkommen nicht eingerechnet würde, und daß ferner die Bemessungsgrundlage nach dem Ertrage oder nach dem Verkaufs- oder Pachtpreise nachgeprüft werde. Eine grundlegende Reform sei aber zurzeit nicht möglich. Das Interregnum brauche aber nicht auf ein Jahr festgelegt werden; es genüge der Termin des 30. Juni.

Abg. Held (D. Sp.): Die Grundsteuer war bei unserer Finanzlage eine Notwendigkeit; daß sie den landwirtschaftlichen Grundbesitz schwer belastet, ist eine Tatsache. Die Hauptfrage ist eine gerechte Veranlagung; die heutige Steuerwirtschaft ist unhaltbar. Es muß grundlegend eingegriffen werden und nach einheitlichen Grundlagen, wenn eine richtige Bewertung erreicht werden soll. Die Steuerauslässe müssen anders zusammengesetzt werden und auch Mitglieder in ihrer Mitte haben, die dem Kreise der Grundsteuerpflichtigen angehören.

Abg. Stoll (Komm.): Jeder Steuer, die abwälzbar ist, sagen wir scharfen Kampf an.

Abg. Schmiljan (Dem.) bedauert, daß hier wieder bloß eine Verlängerung, aber keine Revision der Grundvermögenssteuer in Frage steht. Die Verlängerung sei freilich unbedingt geboten; das Haus befinde sich also in einer Notlage. Die Fraktion schließt sich dem Antrage auf Ueberweisung an den Hauptausschuß an. Auch hier müßte die Schonung der schwächeren Schichten das Ziel sein. In den zu bildenden Ausschüssen müsse der Besitz einen ausschlaggebenden Einfluß haben.

Abg. Haase-Viegnitz (Wdg.) erklärt, daß der von der Grundsteuer betroffene städtische Grundbesitz zum großen Teil aus dem Mittelstand und auch aus der Arbeiterschaft sich zusammensetze.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Mühlberg (Dnat.) und Köhler (Z.) wurde der Entwurf dem Hauptausschuß überwiesen.

Der Zentrumsantrag, der in der Verordnung zur Abänderung des Kommunalabgaben- und des Kreis- und Provinzialabgaben-gesetzes den dort festgelegten Termin bis zum 1. April 1926 hinausschiebt, wird dem Gemeindeforschuss überwiesen.

Ein kommunistischer Antrag auf Ablehnung des Landtagspräsidenten Barthelemy wird gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Das Haus verlagert sich auf Mittwoch: Entgegennahme der Regierungserklärung oder, wenn es nicht dazu kommt, wird die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt.

Ein kommunistischer Antrag, die Auflösung des Landtags als ersten Punkt der nächsten Sitzung zu verhandeln, verläßt gegen die Kommunisten, Deutschnationalen, die Wirtschaftliche Vereinigung und Nationalsozialisten der Ablehnung.

Schluß 8,30 Uhr.

hebliche Schwankungen in den Preisen gegeben, die zwischen 20 und 40 Proz. ausmachten, je nach dem Stande der Voluta, nach dem Ursprung und Lieferort. Die sämtlichen Aufträge, die von der Reichsleitstelle und der Reichsleitstelle an Barmat gegeben worden sind, schätzte der Zeuge auf 15-20 Millionen Gulden. Hierbei davon effektiv ausgeführt worden ist, sei ihm nicht erinnerlich. Die Ablieferung habe sich auf einen Zeitraum von 6-8 Monaten erstreckt. Bei der Abwicklung der Kontrakte ergaben sich allerlei Differenzen über die Qualität, die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen. Solche Differenzen habe es aber mit allen Lieferanten gegeben.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Zeuge wisse, daß Barmat von irgendeiner Seite Vorlauf geleistet worden sei, erklärte der Zeuge mit Bestimmtheit:

daß auf ihn ein Druck irgendeiner Persönlichkeit zugunsten von Barmat nicht ausgeübt worden sei.

Er wußte wohl, daß Barmat zur holländischen Sozialdemokratie und zu Herren der deutschen Sozialdemokratie in Beziehungen stand. Wie weit sie aber gingen, darum habe er sich nie gekümmert, sie hätten auf seine Entschlüsse keinen Einfluß ausgeübt, er sei nur als reiner Kaufmann vorgegangen.

Der Vorsitzende verliest aus dem Ausschussbericht von dem früheren Reichsstaatssekretär Kunze zugelandene Schreiben einige Fragen, wonach das Reich günstiger eingekauft hätte, wenn es direkt nach Holland gegangen wäre, und daß Barmat bei der Finanzierung der ihm erteilten Aufträge besondere Vorteile genossen habe.

Dazu sagt der Zeuge, daß die ausländischen Vertreter der Reichsleitstelle meist nicht in der Lage gewesen seien, die Einkaufsmöglichkeiten zu beurteilen. Deswegen seien die Geschäfte zentral in Berlin abgeschlossen worden. Wie weit Geschäftsneid bei solchen Behauptungen in Frage komme, wolle er nicht beurteilen. Wenn die Vertreter entsprechende Angebote auf Kreditbasis gemacht hätten, dann würden sie auch abgeschlossen. Von der Behauptung, daß in einer Besprechung der Reichswirtschaftsminister Schmidt dem Abg. Weis gegenüber auf den Tisch geschlagen habe mit dem Ausruf: „Bist du Minister oder ich?“, ist dem Zeugen nichts bekannt. Daß bei den Preisen Differenzen vorgekommen seien, sei im kaufmännischen Leben etwas Alltägliches. Dem Zeugen ist auch nichts darüber bekannt, daß Barmat im Hafenarbeiterstreik in Rotterdam nur unter der Bedingung eingegriffen habe, daß er beim Abschluß neuer Lieferungsverträge bevorzugt werde. Die Differenzen Barmats mit dem Reich seien vielleicht deswegen mehr aufgefallen als die der anderen Lieferanten, weil Barmat es liebte, in schärferer Art und burschikoser Weise solche Differenzen zu erleben und sich insbesondere darum bemühte, diese Differenzen durch neue Aufträge aus der Welt zu schaffen.

Mitte 1920 sollte Barmat ein Auftrag auf 2800 Kisten Speck erteilt werden. Dieser Auftrag wurde auf die Hälfte herabgesetzt, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob Barmat vor anderen Kaufleuten bevorzugt werde.

Wie klein im Verhältnis zu den riesigen Anforderungen, die an das Reich damals herantraten, die Aufträge an Barmat waren, geht daraus hervor, daß im Jahre 1919 1500 Eisenbahnwaggons Schmalz pro Monat gebraucht wurden, Barmat habe aber nur die Lieferung von 5-6 Waggons Schmalz pro Monat übertragen bekommen. Das Reich hätte diese großen Bestände gar nicht kaufen können, weil ihm Dessen nicht zur Verfügung standen. Die Geschäfte mit Barmat und mit den anderen Lieferanten hätten aufgehört, als im November und Dezember 1919 und April-Mai 1920 die Vorräte mit amerikanischen Partnern abgeschlossen wurden. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob dem Zeugen etwas darüber bekannt sei, daß bei den Preisfestsetzungen für Barmat eine Abgabe an irgendeine politische Partei eingeschlossen gewesen sei, ob insbesondere die Behauptung zuträfe, daß ein bestimmter Prozentsatz von dem mit Barmat getätigten Geschäften an die Sozialdemokratische Partei abgeliefert worden sei, erklärt der Zeuge mit gutem Nachdruck:

Solche Forderungen sind weder von Barmat noch von irgend jemand gestellt worden. Er habe ausdrücklich hervor, daß die Geschäfte mit Barmat durchaus korrekt gewesen seien.

Auch auf die Frage des Berichterstatters Dr. Pfeleger (D. Sp.), ob bei den Akten befindlichen ministeriellen Schreiben irgendwelchen Einfluß auf den Abschluß der Geschäfte mit Barmat gehabt hätten, erklärt der Zeuge, daß Barmat in keiner Weise bevorzugt worden sei. Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt habe ihm wiederholt zur Pflicht gemacht, keinerlei Bevorzugung irgendeines Lieferanten einzutreten zu lassen. Im Verkehr mit Barmats seien von ihm lediglich die Formen beobachtet worden, die unter unabhängigen Kaufleuten üblich seien. Wenn eine Suspendierung Barmats von der Ausführung eines Vertrages erfolgt sei, so können die Voraussetzungen hier nicht anders gewesen sein als in anderen Fällen der gleichen Art. Es lag keine Veranlassung vor, Barmat besser als andere Lieferanten zu behandeln.

Schließlich erklärt der Zeuge, daß man in den Reichsstellen sich immer wieder mit der Frage befaßt habe, wie den großen Vereinigungen der Butter- und Fettändler der Abschluß von Geschäften mit dem Reich erleichtert werden könne. Man habe darüber fast jede Woche Stundenlang Konferenzen gehabt und sich immer die größte Mühe gegeben, den deutschen Handel hinzuzuziehen. Es sei aber im Jahre 1919 nach der Revolution dem deutschen Handel nicht möglich gewesen, das an Waren zu liefern, was gebraucht wurde.

Die weitere Vernehmung des Zeugen wird auf nachmittags 1 Uhr vertagt.

Nach der Mittagspause machte der Vorsitzende Abg. Saenger Mitteilung von einem Telegramm des Abg. Dr. Hugo: „Nachricht, daß ich Barmat Kredit vermittelt haben soll, Schwindel. Kenne Barmat nicht“, ferner von einem Schreiben des Abg. Dr. Hugo an den Ausschuss, wonach das Gerücht über seine Verbindung mit Barmat auf völlig freier Erfindung beruhe, daß er Barmat nicht kenne und bereit sei, vor dem Ausschuss zu erscheinen.

Ferner legt der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Scholz, in einem Schreiben an den Ausschuss Verwahrung gegen die in letzter Sitzung ohne vorherige Nachprüfung seines Inhalts erfolgte Verlesung des anonymen, den Abg. Dr. Hugo beschuldigenden Schreibens ein.

Der Ausschuss beschließt, dem Abg. Hugo das Schreiben zur weiteren Verfolgung der darin enthaltenen verleumderischen Behauptungen auszuhandeln.

Ein weiteres Schreiben ist von dem Syndikus der Handelskammer Bielefeld Sartorius eingegangen, in dem die Behauptung, er habe durch Vermittlung des Abg. Dr. Hugo von Barmat Geld zur Verfügung erhalten, als unwahr bezeichnet und die Bereitwilligkeit erklärt wird, dies zu bekräftigen.

Nummer wird die Vernehmung des Zeugen Direktor Brischow fortgesetzt. Von einer von Henry Barmat behaupteten Lieferungsulage des Reichswirtschaftsministers Schmidt weiß der Zeuge nichts.

Berichterstatter Abg. Pfeleger legt dem Zeugen aus den Akten einen von ihm am 1. September an Barmat geschriebenen Antwortbrief vor, in dem der Berichterstatter Brischow u. a. sagt, er habe sich mehrfach vergeblich bemüht, Barmat telefonisch in seinem Hotel zu erreichen, und der „mit bestem Gruß“ schließt. Der Zeuge gibt, nachdem er sich anfangs nicht erinnerte, das Schreiben des Briefes zu; möglicherweise sei ein mündliche Besprechung mit Barmat vorausgegangen.

Der Vorsitzende stellt im Laufe einer längeren Geschäftsordnungsaussprache fest, daß man immer wieder — ob die Akten da seien oder nicht — auf ein totes Geis kommen werde, solange das Reichsministerium es zuläßt, daß Reichsbeamte über Reichsanlagen in Preussischen Landtag ausfragen, obwohl der Reichstag diesen Ausschluß habe.

Es wird beschlossen, am Freitag vormittag in seiner Vernehmung fortzuführen.

# Firma Rosenberg und Bruhn.

## Verstärkte Entrüstungsfundgebungen.

Die Sitzung des Untersuchungsausschusses des Reichstags, über deren Beginn wir im gestrigen Abendblatt bereits berichtet haben, wurde nach einer durch die Verberichtigung des Stellvertretenden Reichspräsidenten verursachten Pause fortgesetzt. Der zweite Teil der Sitzung war nur kurz, sachlich bot sie nichts Besonderes. Aber durch einige Nebenerscheinungen verließ sie doch nicht ganz uninteressant.

Zuerst verlas der Vorsitzende einige Briefe, die sich gegen die Behauptung eines Bielefelder Briefschreibers wandten, daß der Abgeordnete Dr. Hugo von Barmat Geld zur Unterstützung industrieller Unternehmungen erhalten habe. So meinte der Vorsitzende der Fraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz, es würden erfahrungsgemäß in der Presse falsche Behauptungen wiedergegeben, ohne daß sie nachträglich berichtigt würden. Und Herr Dauch, gleichfalls von der Volkspartei, behauptete, daß die Zeitungen sich aus den Veröffentlichungen der Sitzung nur solche Mitteilungen zurechtzuehen, die für sie von Vorteil seien. Ueber-einstimmend waren die volksparteilichen Politiker der Auffassung, daß nur das Ansinnen der Abgeordneten geschädigt werde, wenn in der Presse zuerst unwahre Mitteilungen veröffentlicht, später aber nicht berichtigt werden. Wir können uns dieser Auffassung uneingeschränkt anschließen. Aber leider haben wir die moralische Entrüstung dieser Herren noch stets vermisst, wenn die ihnen nahestehende Presse verleumderische Mitteilungen über sozialdemokratische Abgeordnete verbreitet hatte, ohne daß sie sich später bemüht hätte, ihre Unwahrheiten richtigzustellen. Nicht nur deutschnationale Blätter waren und sind heute noch an diesem Treiben beteiligt. Das Hauptorgan der Deutschen Volkspartei „Die Zeit“ hat in diesem Verleumdungskonzert lange Zeit nicht die letzte Beilege gespielt. Die Herren Volksparteiler müßten also, wenn sie schon für Reinigung des öffentlichen Lebens sorgen wollten, zunächst einmal im eigenen Hause beginnen.

Nicht weniger bemerkenswert ist ein anderer Vorgang, der sich von Zeit zu Zeit im Untersuchungsausschuß wiederholt. Zuweilen erhebt sich Herr Bruhn, der unbestechliche Streiter für politische Sauberkeit, von seinem Stuhle, und von der anderen Seite eilt Herr Rosenbergs, Wortkämpfer für die kommunistische Weltrevolution, auf ihn zu. Die beiden Herren, die in ihrem Aussehen sonst in einem heiteren Gegensatz zueinander stehen, tuscheln eifrig miteinander, und das Ergebnis sind dann gleichlautende Entrüstung und Geschäftsordnungsgespräche. So auch in der gestrigen Sitzung, wo die deutschnational-kommunistische Front den Zeugen Brischow durchaus des Meineids verdächtigen wollte.

Haben nicht gerade die Herren Rosenberg und Bruhn den früheren Reichswirtschaftsminister durchaus in die Barmat-Affäre hineinzerren wollen? Waren sie nicht eifrig um den Nachweis bemüht, daß Barmat bei seinen Geschäften mit dem Reich besonders bevorzugt worden sei? Hat die hinter ihnen stehende Presse nicht hundertmal behauptet, die sozialdemokratische Partei sei an den Geschäften Barmats prozentual beteiligt gewesen?

Und nun kommt ein Zeuge, der an leitender Stellung bei der Verfertigung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gefunden hat, und sagt aus, daß er all den Dingen nichts Wahres sei, daß Barmat seine Geschäfte nicht anders abgewickelt habe als andere Geschäftsmacher eben auch! Wochenlang hat die Rechtspreß davon geredet, daß

Barmat — natürlich dank der Sozialdemokratie — ein Monopol auf die Schmalzeinfuhr gehabt hätte. Und jetzt erfährt man durch den vereidigten Zeugen Brischow, daß von den 1500 Waggons Schmalz, die das Reich im Jahre 1919 benötigte, die Firma Barmat Aufträge in Höhe von — fünf bis sechs Waggons erhielt. Dieses „Monopol“ betrug demnach höchstens 0,4 Prozent!!!

Die Firma Rosenberg und Bruhn sieht ihre Felle forschschwimmen. Wird die weitere Zeugenernehmung im Reichstagsausschuß, die sich durch ihre sachliche Art wohlthuend von den Verhandlungen im preussischen Ausschuss abhebt, der Schwindelfirma wieder auf die Beine helfen? Worten wir es ab.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstags führte der ehemalige Leiter der Lebensmittelzentrale, Direktor Brischow, weiter aus:

Es kamen sehr erhebliche Mengen von Lebensmitteln in Frage, die oft schwierig zu beschaffen waren weil die Reichsbank wochenlang nur sehr mäßig den Bedarf an Devisen befriedigen konnte. Es blieb dann nichts anderes übrig, als auch Waren auf Kredit zu importieren. Im Mai oder Juni 1919 sei der Zeuge mit Julius Barmat bekannt geworden. Auf welche Weise, kann er sich nicht mehr erinnern. Es wurden damals sehr viele Propositionen für die Einfuhr von Lebensmitteln gemacht. Auch Barmat habe sich erboten, aus dem Ausland, besonders aus Holland, Fleisch, Fett und Milch in großen Mengen zu liefern. Es sei ihm gesagt worden, daß man mit ihm nur arbeiten wolle, wenn er ausländischen Kredit verschaffen könne. Der Verkauf von Reichsmark zur Beschaffung von Devisen sollte möglichst verhindert werden. Barmat hat dann auch allerhand Finanzierungspläne ausgearbeitet. Er hat Empfehlungen von einer Berliner Großbank, nämlich der Kommerz- und Privatbank, weiter von Barmhaus Wendelslohn in Amsterdam und von der Handelskammer in Amsterdam beiseitegebracht. Der Zeuge habe sich persönlich zur Kommerz- und Privatbank begeben und einen besonders guten Eindruck dadurch erhalten, daß die Bureau von Barmat sich damals im Gebäude der Kommerz- und Privatbank befunden haben. Die ersten Geschäfte Barmats sind auch von dort gemacht worden. Der Zeuge habe sich wiederholt mit dem Direktor der Kommerz- und Privatbank, Dr. Fleischmann, über Barmat unterhalten und dabei immer den Eindruck gehabt,

daß es sich um einen reinen Kaufmann handele.

Welchen Umjorn die Geschäfte mit Barmat angenommen haben, könne er sich ohne Einsichtnahme der Akten nicht erinnern. Aber er wisse, daß der diktorische Ausschuss immer stets die größte Objektivität dabei gewahrt habe. Der Zeuge habe sich bemüht, dem deutschen Handel das Geschäft mit dem Reich zu ermöglichen und zu erleichtern, aber es war dem deutschen Handel nicht möglich, die damals notwendigen großen Leistungen zu erfüllen. Barmat habe damals allerdings große Verprechungen gemacht, aber nicht größere und andere als andere Lieferanten auch. Es seien damals viele Herren aus anderen Ländern zu den Reichsstellen gekommen, mit denen man recht wenig zufrieden war. So habe ein emeritierter Kaufmann 200 000 Dshen gegen Reichshauptausweisungen liefern wollen, es ist aber aus dem Geschäft nichts geworden.

Nach den damals erfolgten Richtlinien waren bei Bedarf bringenden Behörts Aufträge auch dann zu geben, wenn die Preise etwas über den Tagespreisen lagen. Es habe damals recht er-

# Eine Garantie

Für unsere enorme Leistungsfähigkeit ist die Tatsache, dass wir durch unseren zentralen Einkauf, unsere enormen Abschlässe und unsere eigenen Luxus-Schuhfabrik, der größten Berlins, einen Machtfaktor bilden, der sich auswirkt in

**Qualitätsleistungen  
niedrigsten Preisen  
unbegrenzter Auswahl**

teile, die unseren Kunden restlos zugute kommen.



**Damen-Einspangenschuhe**  
In schwarz, Roschovresu, mit 2 Knöpfen, halbhohle, moderne Form, amerikanischer Absatz

**5<sup>90</sup>**

**Damen-Spangenschuhe**  
In braun Mastbox, vorzüglicher Strassenschuh

**8<sup>90</sup>**

**Braune Damen-Einspangenschuhe**  
auf echtem Rand genäht, sehr preiswert

**12<sup>50</sup>**

**Damen-Lack-Einspangenschuhe**  
moderne Form, mit echtem Louis XV-Absatz, eleganter Strassen- u. Tantr Schuh

**16<sup>50</sup>**

**Schulstiefel**  
besonders kräftige Lederausführung, mit Osen und Agraffen, Grösse 31-35

**4<sup>90</sup>**

**Schulstiefel**  
wie oben mit Agraffen, Grösse 26-30

**6<sup>90</sup>**

**Schnürstiefel**  
echt Chevr., braun, gutes Material, fessergerechte Form, Grösse 27-28, 25-26, 23-24

**3<sup>90</sup>**

**Herren-Schnürschuhe**  
In braun Boxall, Original-Goodyear Welt, moderne Form

**15<sup>50</sup>**



**Herren-Schnürstiefel**  
grau Boxall, Einsatz mit schwarz Boxall-Besatz

**18<sup>50</sup>**

**Achtung! Damen mit kleinen Füßen gesucht!**

Damen-Schnürschuhe beste Ausführungen, auf echtem Rand genäht, ganz besonders billig, in schwarz la Chevr., schwarz la Boxall, kleine Gröszen, Grösze 35-37

**7<sup>90</sup> 8<sup>90</sup>**

# O. Leiser

Ziehung 17. u. 18. März 1925

## ROTE + KREUZ Geldlotterie

21818 Lose, 6835 Gewinne im Gesamtwert von

**200000** im.  
**60000** im.  
**30000** im.  
**10000** im.

Lose zu M. 3,30 einschliesslich Postgebühren u. Liste

**Kröger** jetzt Friedrichstr. 176/177 neuen Kaiser-Kaltes

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
7 Uhr: Jenufa  
Opernhaus am Königsplatz  
7 1/2 Uhr: Die Bohème  
Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Fr. v. Homburg  
Schiller-Theater  
7 1/2 Uhr: Napoleon

**Lessing-Theater**  
Tägl. 8 Uhr  
Der große Erfolg  
**Mrs. Dol**  
Ad-la Sandrock  
Olga Limburg

**Kleines Th.**  
Tägl. 8 Uhr  
Die Großfürstin  
und der Zimmerkellner  
Leopold, Konstantin  
Georg Alexander

**Trianon-Th.**  
Täglich 8 Uhr  
**Yoshiwara**  
Arnold Korff  
Erich Kaiser-Titz  
Blanche Bergan

**Theater d. Westens**  
Tägl. 7 1/2 Uhr  
Berlins gr. Operett-Erfolg  
**Der Graf v. Cagliostro**  
Mitwitsch, Uri, Arno, Heil

**Residenz-Th.**  
Tägl. 8 Uhr  
Der **Werwolf**

**Th. la-Th.**  
8 Uhr  
Das Dreimäderhaus

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die versunk. Glocke

**Deutsches Opernhaus**  
7 1/2 Uhr: Tosca

**Metropol-Theater**  
Tägl. 7 1/2 Uhr  
**Gräfin Mariza**

**Th. in Kommod. Str.**  
Abend: 8 Uhr  
Gilbert-Operette  
**USCHI**  
mit Uschi Elfer, Fritz Schulz, Geort. Berliner, Alb. Kraft, Lorzing, Kanisch, Gustav Witten

**Theater des Westens**  
Berl. Übergastop  
Dir: Ewa d. Huth  
Sonnt. 18 März, 3 U.  
**D. Evangelium**  
Enders, Meucher, Papsdorf, Kemper

**Casino-Theater**  
Letzter Abt. 17. 17. 17. 17. 17.  
Neu! Wieder Neu!  
ein neuer Schätzer!  
**Der Oberschieber**  
Das ist das beste Programm!  
Karl Scholz, Martin Lorenz  
Volksstimm. Preise!

**Circus Busch**  
7 1/2 U. Gr. Circ.-Prog.  
Hagenbecks  
**Elefanten**  
**Eisbären**  
18 Polar-Bären 18  
in d. Wassermanege  
Uhr: Lady Hamilton  
Neisons große Liebe  
Sonntag nachm. 3 U.  
halbe Preise!!  
Zum die lustigen  
Solist: Vagabunden

Ziehung 17. u. 18. März

## Rote + Kreuz Geldlotterie

6835 Gd.gewinne, zus. Mark

**200000**  
**60000**  
**30000**  
**10000**

ber ohne Abzug zahlbar!

Lose zu Mark 3.30

Eine feine Brieftasche mit 10 Lose M. 33,- inkl. Porto und Liste

**Schwarz** Berlin NO 43  
Neue Königstr. 86  
Postcheckkonto: Berlin 311 50  
Telegr.-Adr.: Glücksgott Berlin

**Wöchentliche Teilzahlung!**

**Elegante Herrenkleidung**  
fertig u. nach Maß zu soliden Preisen  
Guter Sitz u. gute Verarbeitung garantiert

**Julius Fablan**  
Schneidermeister  
Gr. Frankfurter Str. 37  
nur 3. Etage

**Komische Oper**  
Direktion: James Klein

## Unsere Revue:

Das hat die Welt noch nicht gesehn mit über 250 Mitwirkenden

Die Sensation des Berliner Theaterlebens!

Sonntag 3 1/2 Uhr  
Die große Revue!  
jeder Erwachs. 1 Kind frei  
zu haben Preisen (50 Pl. bis 6 Mk.)

Verkauf ununterbrochen!

**Friedrichsprich**  
Sonnt. 15. März 8 Uhr  
An der Wolga  
Deutsche Balladen  
Chines. Märchen

**Krause Pianos**  
zur Miete  
Ansbacher Str. 1.  
Fds. Ferd. Brühlmann

**Apollo-Theater**  
8 U. Dir. James Klein 8 U.

## Die Nächte von Paris

Gr. Ausstattungsoperette in 3 Akten unter Verwendung  
Ottie n. hochseher Musikern  
über 100 Mitwirkende  
Preise 2 bis 10 Mk.  
Vorverk ununterbr. geöffnet

**VOLKKRAFT**



## Ausstellung

Spiel, Sport,  
Turnen, Wandern  
Berlin 14. bis 29. März 1925  
im Landesausstellungsgebäude (am Lehrter Bahn-  
hof) Mit-Wandert 4-10.  
Eröffnung Sonnabend um 2 Uhr  
Geöffnet von 10 bis 10 Uhr.

Tägl. 4 Sportvorführungen.

**Reichshallen-Theater**  
Abend: 8 U. u. Sonntagsnachm. 3 Uhr

## Siedler Sängers

Neu! Sport-Müller Neu!  
Nachm. halbe Preise, volles Preis

**Dönhoff-Brettli**  
Anna Müller-Lincke  
Ant. 7 1/2 U. Sonnt. 8 1/2 U.

**WINTERGARTEN**

Neuesten Spielplan, Sonnt. 3 1/2  
halbe Preise, Puppen-Exhibition

**Theater am Köpenicker Tor**  
Tägl. 8 Uhr und  
Sonntags nachm. 3 Uhr

## Eric Sängers

Fabelhaften Mars-Programm!  
Humor über Humor  
Volksstimmliche Preise!

**BLUTARMEN, KRANKEN**  
besonders  
wertvoll

FRÜH-  
SÜMMER-  
Stärkungs-  
Wein

**Santa Lucia**

Käuflich in Apotheken, Drogerien und  
Deukaufgeschäften.

**Alle GARBÄITZ Marken jetzt in beschnittenen Modellen zum Verkauf**

**besser denn je!**

Gipkens

# Wirtschaft

## Die hohen Spritbestände der Monopolverwaltung.

Der Bewertungsverband Deutscher Spiritusfabrikanten hat an den Reichsminister der Finanzen eine Eingabe gerichtet, in welcher vom Verband für das laufende Geschäftsjahr die Zulassung der Verarbeitung von Rüben in landwirtschaftlichen Brennereien beantragt wurde. Die Eingabe ist abschlägig beschieden worden. Interessant ist die Antwort, die der Reichsminister erteilt hat. Sie lautet:

„Angeht die außerordentlich hohen Spritbestände der Monopolverwaltung, so ist es nicht zu meinem Bedauern außerstande, der dortigen Anregung, die Branntweinerzeugung aus Rüben in landwirtschaftlichen Brennereien zuzulassen, nachzugehen. So müßte die Lage einzelner Brennereiwirtschaften, die auf die Verarbeitung von Rüben in diesem Betriebsjahr angewiesen sind, sehr ungünstig sein, wenn es bei dem Umstande, daß die Spritbestände der Monopolverwaltung nunmehr schon wieder auf über 1,3 Millionen Hektoliter angewachsen sind und von Tag zu Tag in einem erheblichen Maße über den Abzug hinausgehenden Maße zunehmen, nicht verantwortet, der Monopolverwaltung nun auch noch die Übernahme von Rübenbranntwein aus landwirtschaftlichen Brennereien zugunsten und zwar auch nicht in dem von dort vorgeschlagenen beschränkten Umfang. Denn bei der sich immer ernster gestaltenden Lage der Monopolverwaltung kann ich eine nach dem Branntweinmonopolegesetz nicht ohne weiteres zulässige Branntweinerzeugung auch innerhalb des Brennrechts nicht durch Ausnahmegewilligungen begünstigen.“

Diese Ausführungen zeigen deutlich die außerordentlichen Schwierigkeiten, in die die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein durch die starke Voreinbedingung der Arbeiter in der Inflationszeit geraten ist. Die Spiritusinteressenten freilich möchten das Monopol, das sie besitzend wissen wollen, durch eine noch mehr über den Abzug hinausgehende Steigerung der Spiritusgewinnung belasten.

## Der englische Auftrag an die Deutsche Werft A.-G.

Die Deutsche Werft A.-G., Hamburg, an der die A.G., der Hamiel-Konzern und die Hapag beteiligt sind, hat einen englischen Auftrag zum Bau von fünf Motorschiffen zu je 10.000 Tonnen erhalten. Dieser Auftrag rief in der englischen und deutschen Presse Erstaunen hervor, da auf allen anderen Industriegebieten die deutsche Konkurrenz nicht imstande ist, die englische wegen der höheren Selbstkosten zu schlagen. Das niedrigste englische Angebot soll um 60.000 Pfund pro Schiff, also 300.000 Pfund insgesamt höher als das der Deutschen Werft gewesen sein. Die englischen Auftraggeber boten den englischen Werften einen Ueberpreis von 10.000 Pfund pro Schiff über das deutsche Angebot hinaus. Die englischen Werften lehnten ab, so daß nun tatsächlich die Deutsche Werft den Auftrag erhielt.

Die Konkurrenzfähigkeit der Deutschen Werft gegenüber den englischen erklärt sich aber daraus, daß die englischen Reeder den Bau dieser Art von Motorschiffen vernachlässigten, während er sich in Deutschland zu einem Spezialgebiet entwickelte. Das ergibt sich schon aus dem Verhältnis des Motorschiffbestandes im Vergleich zur Gesamttonnage. In England sind es nur 0,8 Proz., in Deutschland dagegen 5,1 Proz. Die

Deutsche Werft, ebenso die Hapagwerft sind auf diesen Bau besonders eingestellt, woraus sich die Ersparung an Selbstkosten schon an und für sich erklärt. Im übrigen sind in Deutschland ausländische Aufträge für Motorschiffe schon öfters ausgeführt worden. Die Differenz zwischen dem deutschen und dem englischen Angebot ist aber so hoch, daß man an der Richtigkeit dieser Zahlen zweifeln muß. Die Deutsche Werft hat sich dazu bisher nicht geäußert.

Die Agrarreform in Mittel- und Osteuropa. Während der Nachkriegszeit sind verschiedene Staaten Europas, alte wie neue, zu einer vollständigen Reform des Systems des Grundbesitzes geschritten und viele Länder haben infolge davon die Besitzer gemehrt. Diese Wandlung, welche Millionen von Arbeitern interessiert, hat auch das Internationale Arbeitsamt beschäftigt, das bestrebt war, die Ergebnisse der Bodenreform in den verschiedenen Staaten und namentlich ihre sozialen Folgen festzustellen. Die von dem Amt herausgegebene Monatschrift „Informations Sociales“ veröffentlicht Angaben über die Agrarreform in Tschechoslowakei, Polen, Bulgarien, Estland, Litauen, Finnland, Jugoslawien, Griechenland und Rumänien. Aus der Statistik erhellt, daß z. B. in Rumänien allein eine Gesamtfläche von 5,7 Millionen Hektaren enteignet wurde. Mehr als die Hälfte davon, nämlich 3,7 Hektar, wurden unter 1.026.336 Bauern aufgeteilt. Damit wurde zugleich eine tiefgreifende Umgestaltung der sozialen Verhältnisse veranlaßt, ebenso eine starke Rückwirkung auf das Gesellschaftswesen, das Wohnungswesen und die Wanderbewegung.

Wetter für Berlin und Umgebung. Gestern heiter. Um mittag Temperatur bei Null, nachts strenger Frost, schwache Luftbewegung. Für Deutschland. Am äußersten Nordosten und im Süden Deutschland noch Schneefälle, im übrigen Deutschland trocken und vielmal heiter.

# BILLIGE LEBENSMITTEL

<b>Kolonialwaren</b> Weizenmehl 20 Pfund 20 Pf. Auszugsmehl 23 Pfund 23 Pf. Kartoffelmehl 24 Pfund 24 Pf. Weizengriess 26 Pfund 26 Pf. Hartgriess 28 Pfund 28 Pf. Bruchreis 19 Pfund 19 Pf. Tafelreis 21 Pfund 21 Pf. Linsen 28 Pfund 28 Pf. Blutorang. 50, 75, 90 Pf. Zitronen 30, 40 Pf. Möhren 5 Pfund 5 Pf. Blumenkohl 30 Pfund 30 Pf.	<b>Wurstwaren</b> Speckwurst 80 Pfund 80 Pf. Hausm.-Wurst 95 Pfund 95 Pf. Mettwurst grobe 95 Pfund 95 Pf. Jagdwurst 98 Pfund 98 Pf. ff. Leberwurst 110 Pfund 110 Pf. Dtsch. Speck 120 Pfund 120 Pf. Salami 135 Pfund 135 Pf. Toewurst 150 Pfund 150 Pf. Schinkenwurst 130 Pfund 130 Pf. Schink-Speck 120 Pfund 120 Pf.	<b>Käse</b> Camembert 23 Pfund 23 Pf. Faust-Käse 38 Pfund 38 Pf. Quadratkäse 25 Pfund 25 Pf. Alu-Stangenkäse 58 Pfund 58 Pf. Tilsiter 75 Pfund 75 Pf. Steppe-Käse 90 Pfund 90 Pf. Edamer 90 Pfund 90 Pf. Holländer 120 Pfund 120 Pf. Schweizer 110 Pfund 110 Pf. Schweizer 140 Pfund 140 Pf.	<b>Obst- und Gemüsekonserven</b> Stangenspargel 305 Pfund 305 Pf. Stangenspargel 370 Pfund 370 Pf. Brechspargel 340 Pfund 340 Pf. Brechspargel extra 35 Pfund 35 Pf. Brechspargel stark 290 Pfund 290 Pf. Brechspargel mittel 200 Pfund 200 Pf. Brechspargel extra 155 Pfund 155 Pf. Kaisererbsen 210 Pfund 210 Pf. Junge Erbsen s. fein 130 Pfund 130 Pf. Junge Erbsen fein 135 Pfund 135 Pf. Junge Erbsen mittel 85 Pfund 85 Pf. Junge Erbsen 55 Pfund 55 Pf. Gemüseerbsen 45 Pfund 45 Pf. Jg. Kohlrabi 48 Pfund 48 Pf. Karotten geschälte 40 Pfund 40 Pf.
<b>Kontituren-Eimer</b> Pfäumen 85 Pfund 85 Pf. Orange 85 Pfund 85 Pf. Johannisbeer 85 Pfund 85 Pf. Stachelbeer 85 Pfund 85 Pf.	<b>Fische</b> Heringe 20, 35 Pfund 20, 35 Pf. Seelachs 18 Pfund 18 Pf. Kablia 18 Pfund 18 Pf. Rotbars 30 Pfund 30 Pf. Zander 80 Pfund 80 Pf.	<b>Rückenfett</b> 76 Pfund 76 Pf. <b>Schulterblatt</b> 84 Pfund 84 Pf. <b>Schweineschutt</b> 94 Pfund 94 Pf. <b>Hammevorderteil</b> 72 Pfund 72 Pf. <b>Hammeirücken</b> 76 Pfund 76 Pf. <b>Ralskamm</b> 68 Pfund 68 Pf. <b>Kassler Rippespeer</b> 100 Pfund 100 Pf. <b>Eisbein mit Spitzbein</b> 64 Pfund 64 Pf. <b>Pa. Rinderlalg</b> 60 Pfund 60 Pf. <b>Schweineköpfe</b> 34 Pfund 34 Pf. <b>Schweineieren</b> 58 Pfund 58 Pf. <b>Rinderherzen</b> 36 Pfund 36 Pf. <b>Ochsensuppenfl.</b> 48 Pfund 48 Pf. <b>Ochsenschmorfl.</b> 80 Pfund 80 Pf.	<b>Spirituos</b> Weizenbrand 25 10 26 00 Kornbrand 25 10 26 00 Maisbrand 3 30 32 00 Deutscher Weinbrand 3 30 37 50
<b>Weine vom Fass!</b> Weisswein 90 Pfund 90 Pf. Rotwein 120 Pfund 120 Pf. Tarragona u. Sonnengartner 120 Pfund 120 Pf. Original-Beuro-Portwein 200 Pfund 200 Pf. 1921er Haut-Santen 200 Pfund 200 Pf.	<b>Aussergewöhnlich billige Tafelweine</b> 1922er Mosbacher 8,50 Pfund 8,50 Pf. 1921er Alsterwälder Letten 1,85 Pfund 1,85 Pf. 1922er Königsbacher Mühlweg 1,75 Pfund 1,75 Pf. 1922er Zellerschwarzwald 1,75 Pfund 1,75 Pf.	<b>Kakao</b> 58 Pfund 58 Pf. <b>Kakao „Bendory“</b> 85 Pfund 85 Pf. <b>Milchschokolade</b> 100 Pfund 100 Pf. <b>Borkenschokolade</b> 160 Pfund 160 Pf.	<b>Handwerker</b> Palmölseife 25 Pfund 25 Pf. Kernseife 85 Pfund 85 Pf. Salmiak-, Terpentin- u. Elainseife 4,50 Pfund 4,50 Pf. Schmelz-Selfenpulver 25 Pfund 25 Pf.

**Rein auf Kredit**  
wenns Geld auch knapp und zahl bei Damitt langsam ab!

**Meine Firma**  
allein genügt als Reklam

**Tausende**  
Familien machen von meinen Kredit-System Gebrauch.

Rissen-Lager in **4 ETAGEN**  
auf Kredit und gegen bar. Das Neueste in

**Herrn-Anzügen**  
**Sport - Anzügen**  
**Knab. - Anzügen**  
Einlege- - Anzügen  
Frühjahr-Mäntel  
Gumm - Mäntel  
Wind - Jacken  
Hohehacke  
Damen - Mäntel  
Sport - Kostüme  
Straßen - Kostüme  
Kasack - Kleider

Gardinen - Teppiche  
Steppdecken  
Möbel-Einrichtungen.

**A. Damitt**  
Rosenthaler Str.  
46-47.

**Guter Rat ist hier nicht teuer!**

Jede Hausfrau ist gut beraten, wenn sie regelmässig die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ braucht. Ihre besonderen Eigenschaften sind vorzügliches Aroma, hohe Nährkraft und billiger Preis

50 Pfennig das Halbfund in der bekannten Packung

**Schwan im Blauband** frisch gekümt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbige illust. Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen

**Küchen**

Küche Lottchen mit Rahmen . . . 38 58 M  
 - Emerald mit Anrichte . . . 68 98 -  
 - Hermine mit Anrichte . . . 68 100 -  
 - Magdalena mit Anrichte . . . 75 125 -  
 - Alma m. Seitenschranken Anr. 125 175 -

Riesenauswahl roter, lackierter, lackierter Küchen u. einleim. Schränke jetzt enorm billig

**Weisse Kleiderschränke**  
 50 120 150 cm  
 Kleider, roh . . . 35 45 90 M  
 weiß . . . 50 65 120 M

Ausstellung Westfäl. Insulter Küchen von 75-700 M.

**Frei Haus Berlin**  
**Küchenmöbelfabrik Himmel**  
 Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor)  
 Norden 10 822

**Inlerieren**  
 bringt ERFOLG

**Ischias**  
 ist ein Gift und hat, wie kein anderes, die Fähigkeit, die Nerven zu lähmen. Es ist ein Gift, das durch die Nerven zu den Muskeln gelangt und diese lähmt. Es ist ein Gift, das durch die Nerven zu den Muskeln gelangt und diese lähmt.

**CUPREX**

**töter**  
 mit einem Schlage  
 Ungeziefer aller Art  
 samt der Brut (Nisse Eier)  
 bei Mensch und Tier.

zu haben in Apotheken u. Drogerien.

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
 Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a  
 Bekannt seit 49 Jahren.

Grosse Auswahl in kompletten Wohnungs-Einrichtungen sowie Einzelmöbel aller Art zu wirklich billigen Preisen.

**Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.**

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.  
 Geschäftszeit von 6-7 Uhr.

## Die Steuer.

Eine arabische Schurre.

Am Hofe des weisen Harun al Raschid, jenes Kalifen, der es liebte, sich in Bekleidung unterer Volk zu mischen, nächtliche Spaziergänge zu machen und unerkannt, ein Geringer unter Geringen, zu leben, immer bereit, das Recht zu schützen und dem Schwachen beizustehen — am Hofe jenes Kalifen lebte auch ein bevorzugter Liebling des Herrschers, der heitere Poet und Epigrammator Abu Ruwas, der köstliche Mann unvergleichlicher Einfälle.

Eines Tages näherte sich Abu Ruwas seinem Herrn mit einer besonderen Bitte: er wolle feststellen, erklärte er, wieviel Pantoffelbeiden es in des Kalifen weitem Reiche gäbe. Und zu diesem Zwecke möge ihm Raschid ein Edikt ausstellen lassen, kraft dessen Abu Ruwas von jedem Ehemanne, den er darauf ertappe, unter dem Pantoffel seiner Frau zu stehen, einen lebendigen Affen als Steuer einfordern dürfe.

Der Kalif war zu jener Stunde sehr gut gelaunt, und der Einfall seines Poeta laureatus schien ihm drollig genug. Er willigte lachend ein und blieb begierig, was Abu Ruwas erreichen werde.

Als dieser das Edikt in der Tasche hatte, machte er sich unverzüglich ans Werk. Mit schlauestem Gesichts mußte er das Vertrauen aller Ehemänner zu gewinnen, und siehe da: vom obersten Minister angefangen bis zum letzten Handwerksmann herunter stand alles, was verheiratet war, jämmerlich unter dem Pantoffel Abu Ruwas schmunzelte. Aber wo er den Beweis erbracht hatte, dort wies er gebieterisch das Edikt des weisen Harun vor, — empfangen den unvermeidlichen Steueroffen und hatte in Kürze eine so beträchtliche Anzahl dieser komischen Tiere eingesammelt, daß er sie als eine gewaltige Herde dem Palaste des Kalifen zutreiben konnte.

Vor Harun gekommen und von diesem noch den verschiedenen Abenteuerern gefragt, die ihm begegnet waren, erzählte Abu Ruwas nun die ergötzlichsten Geschichten, bei denen die Ehemänner freilich schloß, die Ehefrauen aber noch schlechter davonkamen.

Indessen stand aber des Kalifen Gemahlin, die schöne Zubaidah, lauschend im Nebenzimmer, sehr darauf bedacht, kein Wortlein von des Poeten wunderbaren Berichten zu verlieren. Zubaidah war sehr neugierig und ebenso eitel wie eifersüchtig. Diese Eigenschaften seiner Herrin konnte der schlaue Abu Ruwas nur zu gut — und er mußte sie nun seinem Zwecke dienstbar zu machen.

Er begann die Erzählung von einem Weibe, das er auf seinen Forschungsjügen durch Haruns weite Reiche angetroffen habe, von einem Weibe, das so herrlich sei wie der Engel einer im Garten des Paradieses. Nichts lasse sich dem Liebreiz dieses Weibes vergleichen! Seine Augen seien leuchtend wie die Edelsteine in der Krone Salomons, seine Wangen wie der Schmelz der Rosen von Schiras, sein Haar sei dunkel und schimmernd wie die Lockenstat Ulliths. „Dieses Weib“, so sagte der Poet, „dieses Weib mußst du schauen, o Herr, denn seine Pracht überstrahlt jegliche Pracht der Erde!“

Immer lauter hatte er seinen Hymnus gesprochen. „Ja“, schrie er nun, ganz hingerissen, „weiser Kalif, die Sonne der Welt, mache dich auf, um diese Tochter Rahammeds zu schauen! Und Allah wird jeden deiner Schritte belohnen!“

Der Kalif, längst wütend geworden, bat den stürmischen Poeten, seine Sätze zu möhigen, denn — so fügte er leise hinzu — „meine Gemahlin Zubaidah lauscht im Nebenzimmer! Und du kennst ja ihre Neugier und eifersüchtige Gemütsart!“

Aber der hochbegabte Poet schien im Gedanken an das Götterweib, das er geschaut, um den ganzen Verstand gekommen zu sein. „Herr“, brüllte er wie besessen, „das Weib, von dem ich dir spreche, ist unvergleichbar! Wie hat dein Blick auf jovial Vollendung, auf jovial Schönheit geruht! Du mußt hin zu ihr, großer Harun, du mußt!“

Der Kalif ließ ihn nicht endigen. Er legte dem Poeten fiugs den Finger auf den Mund und, auf den Nebenraum weisend, wo er Zubaidah mußte, gab er Ruwas durch dringliche Zeichen zu verstehen, sogleich zu schweigen.

Damit war aber der Schein an sein Ziel gelangt. Ehrerbietig zurücktretend, erteilte er sich tief und gehoramt vor seinem Herrn

## Kletterkünstler Jarres.



„Ruff uff den Schild!“



„Runter vom Schild!“



„Noch mal von vorn...!“

und, indem er das Allerhöchste Edikt vorlies, das da für alle Ehemänner des Reiches Geltung besaß, sagte er mit heiserer Stimme: „Weiser Kalif, großer Harun al Raschid, deine armen Untertanen haben mir je einen Affen als Pantoffelsteuer geben müssen — deine gütige und reiche Majestät wird mir gewiß sechs Affen nicht verweigern...!“

Die längsten Brücken der Welt. Die längste Brücke der Welt ist die Saint-Lorenz-Brücke, die bei Quebec über den Saint-Lorenz-Ström führt. Sie ist etwas über 600 Meter lang. An zweiter Stelle steht die Brücke über den Firth of Forth, den schmalen Meeresarm, der an der Ostküste Schottlands tief in das Land einschneidet. Sie ist 570 Meter lang. Eine fast ebenso lange Brücke wird die im Bau befindliche Brücke in Philadelphia sein, die über den Delaware führt. Die New Yorker Williamsburgh-Brücke ist auch über 500 Meter lang.

## Frauenverjüngung durch Röntgenstrahlen

Von Dr. Rosbacher.

Wehr und mehr hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte in der medizinischen Wissenschaft die Erkenntnis Bahn gebrochen, welche außerordentlich hohen Einfluß die Drüsen mit innerer Sekretion auf alle Lebensvorgänge im menschlichen und tierischen Organismus ausüben. Wir verstehen darunter drüsige Organe, die ihre Produkte — Hormone genannt — direkt in die Blutbahn abgeben und mit ihrer Hilfe an weit von ihrem Sitz entlegene Körperstellen hochwichtige Stoffwechselvorgänge auslösen bzw. regulieren können. Zu den klistischen Drüsen mit innerer Sekretion gehören die Schilddrüse, die Nebenniere, der Gehirnanhang, der Thyms (innere Brustdrüse) und andere mehr. Aber auch die Drüsen mit äußerer Sekretion, die ihre Produkte durch einen besonderen Ausführungsgang nach außen abgeben — wie die Leber die Galle, die Niere den Harn, Eierstock und Hoden die Fortpflanzungsprodukte usw. — haben daneben auch eine innere Sekretion, geben also auch Hormone direkt ins Blut ab; ja darüber hinaus darf man wohl annehmen, daß sämtliche Organe, sämtliche Gewebe des Körpers — einschließlich der Haut — innere Sekretionen aufweisen, ohne deren harmonisches Zusammenspiel des Organismus krankhafte Erscheinungen aufweisen würde. Alle Drüsen mit innerer Sekretion stehen mittels ihrer Hormone in inniger Wechselwirkung zueinander; erkrankt — d. h. verlagert oder arbeitet die eine Drüse übermäßig, so werden die anderen mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen.

Es lag nun sehr nahe, anzunehmen, daß das Problem des Alterns in inniger Beziehung zu der — den Stoffwechsel so erheblich beeinflussenden — inneren Sekretion, besonders zu den Keimdrüsen steht. Und tatsächlich lieferten die genialen Untersuchungen Steinachs hierfür schlagende Beweise. Es gelang ihm, alternde Tiere durch Einsetzen von Eierstöcken jüngerer Tiere zu verjüngen; andererseits genigte beim Manne und beim männlichen Tiere die Unterbindung eines oder beider Samenleiter, um mittels der hierdurch erfolgten Ausschaltung der Fortpflanzungsdrüse die innere Sekretion der Keimdrüse anzuregen und Verjüngungsercheinungen hervorzurufen.

Der bekannte Röntgenologe Dr. Konrad Fränkel hatte schon früher beobachtet, daß Frauen, die er wegen blutender Unterleibsgeschwülste oder sonstiger Leiden mit Röntgenstrahlen behandelt hatte, bald danach, abgesehen von der Besserung der örtlichen Erkrankung, sich eines erhöhten Wohlbestehens erfreuten, das er dann — wohl mit Recht — als Zeichen einer Verjüngung deutete. Tatsächlich wird durch die Röntgenstrahlen bei der Frau — entsprechend der Unterbindung des Samenleiters beim Manne — dem Keimdrüsen-Gewebe in seiner Funktion als Fortpflanzungsorgan Einhalt getan und gleichzeitig die innere Sekretion der Keimdrüsen, wie die gesamte innere Sekretion überhaupt, anregert — mit anderen Worten Verjüngungsercheinungen ausgelöst. Diese Erfolge wurden von den verschiedensten Seiten bestätigt, so daß man wohl heute annehmen darf, im Besitz einer Methode zu sein, die unblutig und bei vor-sichtiger Anwendung ohne Schaden für Frauen, besonders zur Zeit der Wechseljahre zu einer ganz erheblichen Steigerung des Wohlbestehens, der Arbeitsfreudigkeit und zur Hebung des allgemeinen Körperzustandes führt.

Daß es gelingt, offensichtliche Störungen der Schilddrüsen-tätigkeit (Basedowische Krankheit), des Gehirnanhangs (Nierenkrankheit) und anderer Drüsen mit innerer Sekretion mittels Röntgenstrahlen günstig zu beeinflussen, nimmt demnach nicht Wunder.

Aber Dr. Fränkel ging noch weiter. In der Annahme, daß auch das Wachstum der bösartigen Geschwülste (Krebs) sich dem Einfluß der inneren Sekretion nicht entziehen können, versuchte er gleichfalls durch Bestrahlung der innersekretorischen Drüsen mittelbar auf die freilebende Geschwulst einzuwirken. Und auch hier blieben ihm Erfolge nicht verlegt. Es gelang nicht nur, den Allgemeinzustand von Krebskranken wesentlich zu bessern, auch das Wachstum von Geschwülsten selbst konnte so zum Stillstand, ja zur Heilung gebracht werden. Wahrscheinlich spielt die Anregung des die Geschwulst umgebenden normalen Bindegewebes hierbei eine bedeutende Rolle. Für den hemmenden Einfluß der Röntgenstrahlen auf die Bildung von freilebenden Geschwülsten spricht noch das verhältnismäßig seltene Vorkommen von bösartigen Tumoren bei Frauen, die früher einmal wegen eines anderen Unterleibsleidens mit Röntgenstrahlen nach der Methode Fränkels behandelt waren.

Es ist wohl mit Sicherheit zu erwarten, daß es den weiteren Forschungen gelingen wird, den Einfluß der Röntgenstrahlen auf die innere Sekretion über die Verjüngung der Frau, über die Bekämpfung des Krebses hinaus weiteren Heilzwecken dienstbar zu machen.

## Die Liquidierung der deutschen Revolution von 1848.

Die Schließung der Arbeiterverbrüderungen.

Von Ludwig Brügel (Wien).

Die Revolution von 1848 hatte allenfalls ihr tragisches oder tragikomisches Ende gefunden: in Paris, Wien, Berlin und Frankfurt. Die „Bundeszentral-Kommission“ hatte somit all die großen Reden in den Parlamenten und die blutigen Barrikadenkämpfe überlebt. In das Reich der Franken war Napoleon Bonaparte als Sieger eingezogen, in Oesterreich hatte der „Eroberer“ von Wien, Fürst Alfred Windischgrätz, der Reaktion die Bahn freigemacht, und in Preußen sahen die kaum ernstlich gefährdet gewesenen Hohenzollern sicherer als jemals auf dem ihnen von „Gottes Gnaden“ beschiedenen Königsthron, der ihnen dauerhafter erschienen war als die von den deutschen Stämmen erst zu zimmernde kaiserliche Sitzgelegenheit.

Überall gingen die Herrscher, die sich neu installiert hatten, nachdem der Revolutionssturm gewichen war, daran, ihr Regiment vor etwaigen neuen Kalamitäten zu sichern. Als die erste Gewähr hierfür erschien ihnen die Beseitigung der im Sturmjahre geschaffenen „Arbeiterverbrüderungen“, wie die 1848 begründeten politisch-gewerkschaftlichen deutschen Vereinigungen der Arbeiterklasse sich nannten. Da diese von einem mehr oder minder klaren Sozialismus durchdrungen waren, erschien dem König von Preußen, aber auch den anderen deutschen Fürsten ihr Bestand als eine drohende Gefahr. Hatte man in Frankreich und Oesterreich sich zur Beseitigung dieser gefährlichen Gesellschaften ausschließlich der Gewalt der Bajonnette bedient, griff man in Preußen, dem gepriesenen Land der Gottesfurcht und Zucht, außer zu den Bajonetten auch noch zu der allezeit prompt funktionierenden Verwaltungsmaschine, die im revolutionären Treiben nur ganz wenig eingetroffen war. Man ließ vorerst in Preußen, ehe man an die gründliche Arbeit ging, die Arbeiterorganisationen noch fast das ganze Jahr 1849 ruhig gewähren, betrieb aber im Stillen alle Vorbereitungen, um dann gegen alle Arbeiterverbrüderungen den großen Schlag zu führen.

Im Frühjahr 1850 teilte die königlich-preussische Regierung der Bundeszentral-Kommission eine Denkschrift über die Arbeiterverbrüderungen mit, aus welcher sich unzweifelhaft ergibt, daß diese Vereine nicht allein bei den stattgefundenen Aufständen in Deutschland sich tätig beteiligt haben, sondern auch fortgesetzt Zwecke verfolgen, welche auf den Umsturz aller staatlichen und sozialen Ord-

nung gerichtet sind. Aus diesen Gründen hat die gedachte Regierung die Schließung aller, im preussischen Staate noch bestehenden Arbeitervereine angeordnet und gleichzeitig den sogenannten „Gutenbergbund“ sowie die Zigarrenarbeiter-Verbrüderung der Beaufsichtigung durch königliche Postbehörden unterworfen.“

Daß diese Beaufsichtigung durch die königlichen Behörden gleichbedeutend war mit der Auflösung der Verbrüderungen ist selbstverständlich. Tatsächlich erfolgte auch wenige Wochen später, wie die Bundeszentral-Kommission allen deutschen Staaten mitteilte, die Auflösung aller „derartigen Vereine“. Diesem Beispiel Preußens folgte auch Sachsen.

Nach war es denn auch wirklich gelungen, diese Vereine, deren Teilnehmer ausschließlich „subversiven Zwecken“ dienten, aufzulösen. Die Behörden Preußens und Sachsens gingen um so schneidiger vor, als sie überall verbreitet liegen, die Arbeiterverbrüderungen gehören einer obersten Behörde in London, deren Ziel es sei, „alle staatliche und soziale Ordnung unauflösbar“.

Die aus dem Juni 1850 stammende Denkschrift der preussischen Regierung ist natürlich um die Gründe für eine Auflösung der Arbeiterverbrüderungen nicht verlegen, wie ja seinerzeitige Verwaltungsbeamte stets noch die tauglichen Begründungen fanden. So wird dargelegt, daß alle unter dem Eindruck der Märzereignisse von 1848 entstandenen Arbeitervereinigungen revolutionäre Ziele verfolgten. Auch die verschiedenen Gesellensongresse, die im Sommer 1848 abgehalten wurden, seien revolutionären Inhaltes voll gewesen. Was sei es denn etwas anderes als Revolution, wenn beispielsweise der Gesellensongress von Aitona folgende Programmpunkte aufstellte:

Errichtung einer sozialen Kammer, gemeinschaftliche soziale Gesetzgebung für ganz Deutschland, Errichtung eines sozialen Ministeriums, Organisation der Arbeit, Organisation eines Banksystems, Ausführung öffentlicher Arbeiten für die Freiwilligen-Armeen und Unterricht auf öffentliche Kosten. Dieses Programm hatten sich fast alle Verbrüderungen zu eigen gemacht, die zur Durchführung ein Zentralkomitee gewählt hatten. Als besonders revolutionär wird es in der Denkschrift hingestellt, daß der Präsident der Buchdrucker, Stefan Born, in einer Diskussion über die Einschränkung des Lehrlingswesens die Ausrufung machte: „Ich bin nicht für die Prinzipien der Buchdrucker, sondern für das Prinzip der Revolution!“

„Könnte noch ein Zweifel bestehen“, so heißt es in der Denkschrift, „daß die Tendenz der Verbrüderungen eine soziale und damit folgerichtig auch eine politische ist, so sei auf das Manifest an die Arbeiter Preußens verwiesen, worin als das Hauptstrebende hingestellt wird, daß die Arbeiter zu

einer Aktion erweckenden Macht im Staate sich einigen und organisieren müssen, daß Affiliationen und Werkstätten errichtet werden, aus welchen unendliche Vorteile für die Bildung, den Wohlstand und die Freiheit des Volkes hervorgehen müssen.“ Das ist doch sicherlich höchst revolutionär!

Das wichtigste Argument für die Auflösung der Vereinigungen mußte aber der Inhalt des Organs „Die Verbrüderung“ bieten. „Es enthält fortlaufend Artikel, welche auf die Untergrabung des Königtums und auf Anreizung der Arbeiter gegen die Besitzenden abzielen.“ Auch die — feststehende — der Vereine liefern den Beweis dafür, daß sie revolutionär sind. Das größte Kontingent für die staatsgefährlichen Verbrüderungen stellen die Buchdrucker; ihre Organisation, der „Gutenbergbund“, marschierte an der Spitze der aufrührerischen Arbeitervereine. Die von ihm ausgehenden Gefahren seien um so größer, als seine Verbindungen über ganz Deutschland verzweigt sind.

Nach ihm rangiere an Gefährlichkeit die Zigarrenarbeiter-Affiliation, die wie der „Gutenbergbund“ strafbare Zwecke verfolge. „Die Idee, eine Vereinigung der Zigarrenarbeiter zu stiften, ging von dem Werkführer einer Berliner Zigarrenfabrik Wenzel Kahlwed im Jahre 1848 aus, und zwar beabsichtigte er dadurch der immer mehr und mehr um sich greifenden Entfremdung der Zigarrenarbeiter entgegenzutreten. Zunächst stiftete Kahlwed in Berlin einen Zigarrenarbeiterverein zur gegenseitigen Unterstützung, begab sich alsdann 1849 auf Reisen, bewirkte die Gründung ähnlicher Vereine in verschiedenen deutschen Städten und bahnte den Weg zu einer Verbindung derselben untereinander an. 1849 wurden mehrere Kongresse abgehalten. Daß auch die Zigarrenarbeiter-Affiliation sozialpolitische Tendenzen verfolgte, geht aus den Artikeln des Organs „Concordia“ deutlich hervor. Kahlwed selbst ist ein Revolutionär, was daraus erhellt, daß er in einem Schreiben an das Zentralkomitee der Verbrüderung die Anfrage erhebt, „Die preussische Regierung lange Briefe auf“. Auch das Prinzip der Selbsthilfe, wie es die Affiliation aufgestellt habe, spreche für die verdammenden politischen Tendenzen der Vereinigung.“

Die Denkschrift erklärt schließlich, daß aber nicht bloß der „Gutenbergbund“ und die „Affiliation der Zigarrenarbeiter“ wegen ihrer revolutionären Ziele der Auflösung zu verfallen haben, sondern daß alle Lokalvereine, die der Verbrüderung angeschlossen sind, dieses Schicksal teilen müßten, „beim sie alle verfolgen strafbare Zwecke und ihr Bestand könne sich auf Artikel 30 der Verfassung vom 31. Januar 1850 nicht stützen.“

Die deutsche Arbeiterklasse hatte diesen ersten Schlag überdauert, wie sie noch einem Menschenalter das Sozialisten-gesetz überlebte.

